

PROTOKOLL

Begrüßung

Weizsäcker

Darf ich zunächst Herrn Präsidenten Koivisto begrüßen und ihm herzlich dafür danken, dass er bereit ist, an diesem Gespräch teilzunehmen, ebenso wie Herr Außenminister Tuomioja, der uns gleich mit einem Referat in die Thematik, die wir uns vorgenommen haben, einführen wird. Herrn Minister Jakobson möchte ich noch einmal für seinen gestrigen After-Dinner-Speech danken, in dem er die grundlegende Problemstellung im historischen Kontext dargelegt hat. Nicht zuletzt gilt mein Dank Herrn Minister Iloniemi, der sich bereit erklärt hat, die Leitung des Gesprächs zu übernehmen.

Wir kommen stets besonders gern nach Finnland, ein Land der großen Gastfreundschaft - und der frischen Luft. Ein Land, das uns mit Rat und Tat für Europa unersetzlich ist. Die KSZE-Gipfelkonferenz, die 1975 in Helsinki mit der Schlussakte abschloss, war nicht nur eine multilaterale Bestätigung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges, sondern sie brachte vor allem Bewegung in die Ost-West-Beziehungen, was für uns alle vorteilhaft war.

Seit Finnland Mitglied der Europäischen Union ist, hat sich - in der Hoffnung auf baldige Mitgliedschaft weiterer Ostseeanrainerstaaten - der gesamte Ostseeraum mehr und mehr zu einer einzigartigen Region innerhalb der Europäischen Union entwickelt. Manche sprechen sogar von einer werdenden Modellregion. Welcher andere Teil des großen, disparaten, europäischen Gebildes ist nicht nur durch ein Binnenmeer, sondern durch seine alten historischen, kulturellen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Beziehungen so eng verbunden wie die Anrainerstaaten der Ostsee? Deswegen ist es sicher kein zu hoher Anspruch, wenn wir diese Tagung unter die Überschrift "Prosperität und Stabilität" stellen in der Hoffnung, das Fragezeichen, mit dem der Titel versehen ist, zukünftig möglichst in ein Ausrufezeichen abzuändern. Zugleich ist uns bewusst, dass Russland an keiner anderen Stelle seiner europäischen Grenzen mit dem Westen so eng verbunden ist wie im Ostseeraum. Auch das ist ein äußerst wichtiger Tatbestand, der hier auf der Agenda steht.

Lassen sie mich abschließend nur noch anmerken: Dieser Gesprächskreis verdankt sich keiner staatlichen Initiative, sondern der unternehmerischen Verantwortung des Industriellen und Stifters Kurt A. Körber, dessen besonderes Anliegen es war, ein internationales Forum für einen offenen Ideen- und Meinungsaustausch zu schaffen, das sich seit nunmehr vier Jahrzehnten vor allem im Ost-West-Dialog bewährt hat. Wir sind sehr froh, dass wir dies heute in Helsinki erneut erproben können.

Iloniemi

Zunächst möchte ich der Körber-Stiftung Dank sagen, dass sie Helsinki als Tagungsort gewählt hat. Helsinki als Stadt an der Ostsee bietet sich natürlich an, wenn man Fragen des Ostseeraums erörtern will.

Unser erstes Thema befasst sich mit dem Potenzial, das die Ostseeregion für die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Nordosteuropa bietet. Dazu werden wir zunächst zwei Einführungen hören, nämlich von Außenminister Tuomioja, der beginnen wird, gefolgt vom früheren Minister Haarder aus Dänemark. Doch zuvor möchte ich nicht versäumen, meiner Freude darüber Ausdruck zu verleihen, dass wir uns der Anwesenheit zweier früherer Staatsoberhäupter erfreuen, nämlich Herrn von Weizsäcker und Herrn Koivisto, die ich besonders herzlich begrüßen möchte. Ich denke aber, der Teilnehmerkreis insgesamt ist ausgezeichnet besetzt mit Repräsentanten aus allen Ländern rund um die Ostsee, die aufgrund ihrer Stellungen und ihrer Erfahrungen bestens mit den Problemen dieser Region vertraut sind.

Tuomioja

Welches Potenzial hat die Ostseeregion anzubieten? Ich werde diese Frage mehr unter politischen als ökonomischen Aspekten angehen. Was die wirtschaftliche Seite angeht, möchte ich nur darauf verweisen, dass der Ostseeraum eine der dynamischsten Regionen in Europa und in der heutigen Welt ist. Dies wurde uns einmal mehr bewusst beim Treffen des Ostseerats in dieser Woche in Hamburg, der reichsten Region in der gesamten Europäischen Union. Dies ist beispielhaft auch für einige der Ostseeanrainerstaaten, die noch arm sind, und zeigt die Möglichkeiten auf, die in der Ostseeregion vorhanden sind, beispielsweise, was den internationalen Handel angeht, heute einer der größten Akteure weltweit.

Ich will mich aber, wie gesagt, mehr auf die Politik der Region konzentrieren und mich mit drei Aspekten des fortschreitenden Transformationsprozesses befassen, nämlich mit der Nördlichen Dimension, der Erweiterung der EU sowie mit der Integration Russlands in die gesamteuropäische Zusammenarbeit. Die Nördliche Dimension ist zu einem festen Begriff in der Union und ihren Partnerländern geworden. Sie ist zugleich integraler Bestandteil der Außenpolitik der Union geworden. Diese 1997 gegründete regionale Initiative hat das Bewusstsein der nördlichen Mitspieler in besonderer Weise geprägt. Sie hat dem neuen strategischen Denken einen Impuls verliehen, nicht nur bei den Regierungen, sondern auch auf der regionalen und subregionalen Ebene bei Nichtregierungsorganisationen, der Privatwirtschaft und nicht zuletzt bei Netzwerken wie heute hier.

Die Nördliche Dimension ist eine partnerschaftlich orientierte EU-Politik, deren wichtigstes politisches Ziel die Einbindung Russlands in die europäische Integration im Hinblick auf eine engere Kooperation mit der Europäischen Union darstellt. Die einzige Möglichkeit, dies zu realisieren, ist, Entwicklungen entgegenzuwirken, die neue Trennlinien entlang der Grenze der sich erweiternden Europäischen Union und der Russischen Föderation schaffen. Russland muss davon überzeugt werden, dass die Union sein Hauptpartner in der Zukunft bleiben wird. Die EU-Kandidaten in der Region Estland, Lettland, Litauen und Polen sowie die Länder des Europäischen Wirtschaftsraumes Island und Norwegen ebenso wie Russland können in der Nördlichen Dimension ihre Stimme zu Gehör bringen und durch Dialog deren Agenda in enger Zusammenarbeit mit der Kommission beeinflussen.

Da nicht alle mit dem Konzept der Nördlichen Dimension näher vertraut sind, will ich die Schlüsselbereiche des Aktionsplanes von 2000 bis 2003 kurz erwähnen. Dabei handelt es sich um Energie, Transport, Informationsgesellschaft, Umwelt und natürliche Ressourcen, nukleare Sicherheit, Gesundheitswesen, wirtschaftliche Zusammenarbeit, beispielsweise Investitionsförderung, Entwicklung von Bildung und Forschung, Rechtssicherheit und innere Angelegenheiten, regionale und grenzüberschreitende Kooperation sowie Kaliningrad. Das ist eine recht umfangreiche Liste, und wenn ich etwas ausgelassen habe, ist es möglicherweise die Kultur.

Der Aktionsplan stellt keine Prioritätenliste von Projekten dar, sondern bildet die Grundlage für die Umsetzung der Nördlichen Dimension. Es ist eine politische Empfehlung und ein Dokument, das bei der Vorbereitung von Projekten und Aktivitäten zu berücksichtigen ist, die von den EU-Mitgliedsländern und anderen Partnern ins Leben gerufen wurden. Wichtig ist die gemeinsame Finanzierung durch Gemeinschaftsprogramme, internationale Finanzinstitutionen, nationale Programme und den privaten Sektor. Ohne erhebliche Unterstützung seitens nationaler Quellen und internationaler Finanzinstitutionen wird die Umsetzung des Aktionsplans schwierig sein.

Nationale Ressourcen meint auch die Partnerländer und Beiträge aus dem privaten Sektor. Offenkundig sind diejenigen, die bereit sind, sich am stärksten an den Projekten zu beteiligen, auch jene, die dabei am meisten zu gewinnen haben. Die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns, die Programme wie Tacis, Phare und Interreg einbezieht, wird weithin erkannt. Jetzt erwarten wir, dass die Schnittstelle zwischen Phare und Tacis überprüft wird im Hinblick auf die Ausweitung grenzüberschreitender Kooperation zwischen der künftigen Europäischen Union und Russland.

Was die internationalen Finanzinstitutionen angeht, so folgen diese zweifellos ihren eigenen Regeln und Zielsetzungen bei ihren Entscheidungen. Dabei können politische Empfehlungen wie der Aktionsplan Nördliche Dimension keine entscheidende Rolle spielen. Die Europäische Entwicklungsbank (EBRD) hat vor kurzem eine Initiative im Rahmen einer Umweltpartnerschaft der Nördlichen Dimension vorgelegt. Überdies können die neuen Möglichkeiten der Europäischen Investitionsbank (EIB), sich an einigen Umweltprojekten in Russland zu beteiligen, als viel versprechender Anfang der künftigen Einbeziehung Russlands in die Nördliche Dimension gewertet werden.

Hinsichtlich der Finanzierung der Nördlichen Dimension kann man in der Tat sagen, dass es weniger an notwendigen Mitteln fehlt, sondern mehr an finanzierbaren Projekten und an mangelnder Beteiligung seitens der Empfängerländer einschließlich Russlands. Ich erwähne dies, weil bei mehreren Projekten die Finanzierung im Prinzip gewährleistet ist, aber es Schwierigkeiten gibt, sich über die tatsächliche Umsetzung zu einigen, was dazu führt, dass Russland fürs Erste ohne die dringend benötigte Unterstützung bleibt, die wir bereits zur Verfügung gestellt haben.

Verbesserungen beim Investitionsklima einschließlich eines wirksamen Vorgehens gegen Korruption, die leider in Ländern der Region immer noch vorhanden ist, sind unabdingbar, um die Aktionen der Nördlichen Dimension umsetzen zu können.

Die schwedische EU-Präsidentschaft hat eine aktive Rolle bei der Entwicklung der Nördlichen Dimension gespielt und sich insbesondere auf vier Bereiche konzentriert: Umwelt, atomare Sicherheit, Kampf gegen das organisierte Verbrechen und Kaliningrad. Und für den Europäischen Rat nächste Woche in Göteborg wird Schweden zusammen mit der Kommission einen umfassenden Bericht zur Umsetzung vorbereiten.

Im Januar dieses Jahres hat die Kommission ihre Überlegungen zur Kaliningrad-Region vorgelegt, die nunmehr die Grundlage für mögliche Schritte zur weiteren Förderung der Zusammenarbeit zwischen Russland und der sich erweiternden EU darstellen. Kaliningrad als eine so genannte Pilotregion in den Beziehungen zwischen der EU und Russland hat großes Interesse bei verschiedenen Beteiligten ausgelöst. Ich denke, wir sollten mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen, dass Russland in seinen Delegationen, insbesondere im Rahmen der Nördlichen Dimension bei einem Ministertreffen in Luxemburg und jetzt bei dem Treffen des Ostseerats den Gouverneur von Kaliningrad einbezogen hat.

Die Gespräche werden in den Arbeitsgruppen des Partnership and Cooperation Agreement (PCA) fortgesetzt. Es müssen Lösungen gefunden werden, wie mit der Enklave Kaliningrad nach der nächsten EU-Erweiterung umzugehen ist. Die künftigen EU-Mitgliedsstaaten sollten Gelegenheit haben, ihre Sicht darzulegen, wie praktikable Lösungen bei möglicherweise schwierigen Fragen gefunden werden können, zum Beispiel bei Visafragen und beim Transitverkehr.

Während des vergangenen Jahrzehnts hat der Ostseeraum ein enormes Potenzial an Zusammenarbeit und zudem eine erstaunliche Fähigkeit bewiesen, dieses Potenzial in funktionsfähige Strukturen wie die Helsinki-Kommission, den Ostseerat, die subregionale Ostseekooperation und das Programm Ostsee 21 zu verwirklichen. Diese und eine große Anzahl weiterer regionaler Organisationen haben ihr Interesse bekundet, für die Nördliche Dimension einen Beitrag zu leisten und somit die Koordination und die Synergieeffekte der Zusammenarbeit in der Region auszuweiten. Die Nördliche Dimension mit ihrem partnerschaftlich ausgerichteten 15-plus-7-Zuschnitt unterstützt die Beitrittskandidaten und den Beitrittsprozess; Russland erhält eine faire Chance für eine gegenseitig vorteilhafte Kooperation mit der sich erweiternden Union.

Der EU-Erweiterungsprozess, der in Luxemburg im Dezember 1979 begonnen wurde, verläuft stetig in Richtung der Aufnahme neuer Mitglieder. Mein Beitrag wurde vor dem irischen Referendum verfasst, und es bleibt abzuwarten, ob dies nur ein Schluckauf in einem ansonsten glatt verlaufenden Prozess ist oder ob dadurch neue zusätzliche Schwierigkeiten entstehen werden. Ich denke, wir sollten das ernst nehmen; denn für eine erfolgreiche Erweiterung und für den generellen Erfolg der Europäischen Union brauchen wir die volle Unterstützung der Völker. Wenn die Menschen die Europäische Union und ihre Erweiterung nicht befürworten, wird dies zu großen Problemen führen. Das irische

Referendum könnte im schlimmsten Fall Rückwirkungen in anderen Ländern haben, aber ich vertraue noch darauf, dass wir eine gute Chance haben, die Ziele und Zeitpläne zu erreichen, wie sie auf den Gipfeltreffen von Helsinki und Nizza vereinbart wurden. Die Entscheidung des Europäischen Rats vom Dezember 2000 in Nizza hat dem Erweiterungsprozess gute Impulse verliehen. Was immer die Verdienste und Mängel der Beschlüsse in Nizza und insbesondere des Verhandlungsprozesses sein mögen, das wichtigste Ergebnis ist, dass sie die Erweiterung voranbringen können.

Es gibt im Prinzip eine klare Strategie, eine Straßenkarte, und wir haben einen ausweisbaren Fahrplan für die Verhandlungen. Die Europäische Union sollte in der Lage sein, neue Mitglieder schon vor 2003 zu akzeptieren. Doch dann wird der weitere Fortschritt davon abhängen, wie weit die Vorbereitungen in den Beitrittsländern gediehen sind. Trotz des offiziellen Optimismus, den wir alle teilen, wonach wir 2004 die ersten neuen Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union begrüßen werden, sollten wir ganz offen und ehrlich über die damit verbundenen Probleme reden. Das gilt sowohl für die EU-Seite, wo wir bislang in den Verhandlungen die Fragen der Landwirtschaft noch überhaupt nicht angefasst haben, als auch für die Beitrittsländer, die noch sehr viele Fortschritte machen müssen, bevor sie für eine EU-Aufnahme bereit sind. Dies ist nicht mehr vornehmlich eine Frage, den Acquis in Gesetzgebung zu überführen, sondern inwieweit der Acquis tatsächlich umgesetzt werden kann. Wie ich bereits erwähnt habe, berühren wir hier auch Fragen guter Regierungspolitik und Korruption, wo noch sehr viel zu tun bleibt.

Es liegt auf der Hand, dass die Erweiterung die Union als Ganze grundlegend verändern wird. Doch wie sie die Union verändern wird, ist schwerer zu sagen, zum Beispiel welche Folgen sie für bestehende EU-Politiken haben wird wie die gemeinsame Agrarpolitik, Schengen und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Das leitende Prinzip seitens der Union besteht darin, dass der Acquis vor dem Beitritt voll umgesetzt und Übergangszeiten in Umfang und Länge begrenzt werden sollten, doch wir alle wissen, dass einige Politikfelder in der Union selbst der neuen Situation angepasst werden müssen. Dies gilt insbesondere für die Agrar- und Strukturfonds und auch für den EU-Haushalt generell.

Es ist klar, dass die Erweiterung in einer politisch und wirtschaftlich nachhaltigen Weise erfolgen sollte. Wir dürfen aber nicht das Hauptziel und die enormen Möglichkeiten und Vorteile aus dem Blick verlieren, die die Erweiterung bietet. Es wäre zu einfach, angesichts der schwierigen Details bei den Erweiterungsverhandlungen zu resignieren und die vielfältigen Probleme nur als potenzielle Bedrohungen anzusehen. Wir sollten das große Ziel nicht aus dem Auge verlieren und was dies für Frieden und Stabilität ebenso wie für Wohlstand und Gedeihen auf Dauer für ganz Europa bedeutet. Deshalb müssen wir das Gesamtbild und die Zukunft in einer weit größeren Perspektive als nur der Übergangsperiode sehen, über die wir gegenwärtig sprechen.

Eine erweiterte Union bedeutet, dass sich das jetzige geografische Gebiet gemeinsamer Werte wie Frieden und Stabilität beachtlich erweitern wird mit einem neuen politischen und Sicherheitsaspekt. Die Erweiterung wird auch das globale Gewicht der EU erhöhen. Zugleich werden aber auch Koordination und Entscheidungsfindung auf empfindlichen Feldern schwieriger als zuvor. Deshalb werden, wie auf vielen anderen Politikfeldern, auch bei der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik institutionelle Reformen nötig sein, damit die Union funktionsfähig und effektiv bleibt.

Obschon dieses Übereinkommen im Prinzip die Erweiterung der Union bis zu 27 Mitgliedern abdeckt - und es kann fünfzehn Jahre oder länger dauern, bis wir diese Zahl erreicht haben -, gab es wohl niemand am Verhandlungstisch in Nizza, der der Auffassung war, dass wir nicht die Anzahl der Einzelfragen, die im Nizza-Abkommen entschieden wurden, zurückdrehen müssten. Die gemeinsamen europäischen Werte: Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechte und Grundfreiheiten werden weithin von den Beitrittskandidaten geteilt. Sie sind auch sehr daran interessiert gewesen, an den Formen außen- und sicherheitspolitischer Zusammenarbeit teilzunehmen, die ihnen bereits offen steht. Sie haben zudem großes Interesse an einer gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bekundet.

Alle Beitrittsländer aus dem Ostseeraum haben bei ihren Verhandlungen gute Fortschritte gemacht. Estland und Polen haben mit ihren Verhandlungen in der ersten Gruppe begonnen, Lettland und Litauen in der zweiten. Aber die Länder der zweiten Gruppe haben es recht gut geschafft, mit den Ländern gleichzuziehen, die mit den Gesprächen früher begonnen hatten. Ich denke, dies ist eine Leistung, die man anerkennen sollte. Es zeigt, dass das Prinzip, auf der Grundlage des Erreichten zu verfahren, in der Praxis funktioniert und einen Aufhol- und Differenzierungsprozess eingeleitet hat. Diese Prinzipien müssen für die weiteren Verhandlungen gültig bleiben.

Nach der so genannten Straßenkarte, die von der Europäischen Kommission im Herbst 2000 entwickelt wurde, sind die Beitrittsgespräche in eine neue entscheidende Phase getreten. Wir sehen

uns jetzt bei den Gesprächen schwierigen und komplexen Fragen gegenüber wie Umwelt und Freizügigkeit von Menschen. In Finnland sind wir überzeugt, dass man eine flexible und faire Lösung finden kann, was die Freizügigkeit von Arbeitskräften angeht. In der Tat gibt es bereits einen Konsens in der Union auf der Basis der Vorschläge der Kommission. Das Einzige, was die Sache noch schwierig machen kann, ist, wenn man versucht, diese Fragen mit anderen Tatbeständen zu verknüpfen, was wir möglichst verhindern sollten. Wir hoffen, dass die Haltung der Europäischen Union in dieser Hinsicht noch während der schwedischen Präsidentschaft zustimmungsfähig ist.

Schließlich möchte ich in diesem Zusammenhang die Bedeutung der öffentlichen Meinung sowohl in den Mitglieds- als auch in den Beitrittsländern betonen. Ich denke, wir müssen den Erweiterungsprozess in der Öffentlichkeit stärker wahrnehmbar machen. Das ist absolut notwendig, wenn wir einen unerwarteten Rückschlag in der öffentlichen Meinung bei den letzten Schritten der Erweiterung vermeiden wollen. Wir müssen daran denken, dass Erweiterung und Beitritt in allen Beitrittsländern mit Referenden einhergehen. Wenn wir mit der Erweiterung vorankommen wollen, muss aber auch in den jetzigen Mitgliedsländern öffentliche Unterstützung gegeben sein.

Im Ergebnis wird die Erweiterung die Ostsee praktisch zu einem Binnenmeer der Union machen. Regionale Zusammenarbeit im Ostseeraum wird im Rahmen der Aktivitäten der Union selbstverständlich werden. Im Hinblick auf die Außenbeziehungen wird diese Kooperation im Wesentlichen zwischen der EU und Russland auf Basis der PCA und einer gemeinsamen Strategie stattfinden mit dem Ziel, Russland in alle Kooperationsformen der EU einzubeziehen.

Präsident Putin hat seine Überzeugung dahingehend zusammengefasst: "Russland muss ein starker Staat sein oder es wird aufhören zu bestehen." Wenn dies im Kreml so wahrgenommen wird, bedeutet es, dass das Land schwach ist und auseinander fallen wird, wenn es nicht in der Weise zu lenken ist, wie Russland immer gelenkt wurde, nämlich an der kurzen Leine. Präsident Putin hat sieben Superregionen geschaffen, an deren Spitze Generalgouverneure stehen, die unmittelbar dem Präsidenten verantwortlich sind. Es gibt weiterhin 89 Subregionen und ihre Gouverneure mit bestimmten Rechten und Pflichten sowie auch gewisse Einnahmequellen. Es bleibt abzuwarten, wie diese Strukturen ihre Aktivitäten koordinieren werden.

Letzte Woche in St. Petersburg hatte ich Gelegenheit, den Gouverneur der Nordwestregion zu fragen, wie er seine Aufgabe sieht. Seine Antwort machte deutlich, dass er die Hauptaufgabe darin sieht, für ausländische Partner, die mit Russland kooperieren und in Russland tätig sind, beispielsweise im Investitionsbereich, sicherzustellen, dass die Zusammenarbeit auf der Grundlage gemeinsamer, anerkannter allgemein gültiger Regeln geschieht, so dass lokale und regionale Behörden nicht ihre eigenen unterschiedlichen Steuern oder Regelungen einführen können. Das sollte den ausländischen Partnern die Zusammenarbeit mit und in Russland erleichtern. Mich hat diese Antwort gefreut, denn dies habe ich auch Kollegen geantwortet, die uns Finnen als Nachbarn Russlands gefragt haben, wie wir die russischen Reformen in dieser Hinsicht beurteilen. Was die Zukunft bringt, muss man abwarten. Aber ich denke, wir können guter Hoffnung sein, dass die Reformen in diesem Punkt positiv sein werden.

Allerdings ist die generelle Reformagenda in Russland noch unklar. Die Justizreform und die Rechtssicherheit sind von zentraler Bedeutung. Die Duma wird die ersten Gesetzentwürfe vor der Sommerpause erhalten. Wenn diese Veränderungen verabschiedet werden, würde das bedeuten, dass zukünftig Gerichte und nicht der Staatsanwalt zum Beispiel über eine Inhaftierung entscheiden. Geschworene werden auch bei russischen Gerichtshöfen eingerichtet.

Präsident Putin hat deutlich gemacht, dass das Hauptziel der russischen Außenpolitik die Integration Russlands in Europa ist. Dies beruht auf einer realistischen Einschätzung, denn der russische Außenhandel mit der EU von derzeit etwa 35 Prozent wird mit der Erweiterung auf 50 Prozent steigen.

Auf dem EU-Russland-Gipfel vor einigen Wochen bekräftigten beide Seiten die Absicht, ihre langfristige strategische Partnerschaft zu stärken, die auf demokratischen Prinzipien, der Anerkennung der Menschenrechte, dem Rechtsstaat und der Marktwirtschaft beruht. Wenn wir unsere Beziehungen auf gemeinsame Werte gründen, können wir wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand, soziale Entwicklung, saubere Umwelt und höhere Sicherheit und Stabilität in Europa am besten voranbringen.

Russlands Bemühungen auf dem Gebiet der Marktreformen sollten neue Möglichkeiten eröffnen. Russland will sich in die Weltwirtschaft integrieren und Mitglied der WTO werden. Die Anwendung internationaler Regeln und Verhaltensnormen und die volle Umsetzung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens sind Schlüsselemente, um die Wirtschaft der EU und Russlands einander anzunähern. Die Erweiterung wird, wie gesagt, die wirtschaftlichen Aktivitäten zwischen der EU und

Russland verstärken. Russland hat sich der EU-Erweiterung nicht widersetzt, ist aber natürlich an den Auswirkungen interessiert, die diese für Russland insgesamt haben werden. Die Union ist ihrerseits bereit, die Probleme zu erörtern, die mit der Erweiterung für Russland entstehen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf unsere Erfahrungen in Finnland eingehen. Verständlicherweise waren wir bei der Diskussion über unseren EU-Beitritt daran interessiert, wie sich dies auf unsere Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu Russland auswirken würde. Bereits in diesem Stadium kamen wir zu dem Ergebnis, dass die EU-Mitgliedschaft in dieser Hinsicht für uns von Vorteil sein würde, weil die bereits bestehenden Absprachen zwischen Russland und der Europäischen Union uns bessere Möglichkeiten bieten würden als die bilateralen russisch-finnischen Abkommen. Diese Einschätzung hat sich als richtig erwiesen. Die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Russland haben von unserer Mitgliedschaft in der Europäischen Union profitiert. Wichtig ist auch, dass Russland diese Ansicht teilt, was Außenminister Iwanow während seines Besuchs in Finnland vor einigen Wochen ausdrücklich bestätigt hat.

Iloniemi

Vielen Dank, Herr Tuomioja, für Ihren facettenreichen Beitrag zu unserer Diskussion. Als Nächstes wird Herr Bertel Haarder sprechen, Mitglied des Europäischen Parlaments.

Haarder

Ich komme aus der Politik. Ich gehöre dem Europäischen Parlament seit sieben Jahren an, war vierundzwanzig Jahre im dänischen Parlament und zehn davon im Nordischen Rat in meiner Eigenschaft als Minister für Bildung und Forschung.

Erlauben Sie mir zunächst einige Worte zur nordischen Zusammenarbeit im Nordischen Rat, der sich aus dem Ministerrat und den Räten der Parlamentarier zusammensetzt. In ihm sind Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland und Island vertreten. Stellen Sie sich vor, dass wir uns dort seit vierzig Jahren Jahr für Jahr treffen und kein einziges Mal über Außen- oder Verteidigungspolitik sprechen konnten. Die wichtigsten Themen konnten wir dort also nicht erörtern. Deshalb konzentrierten wir uns auf kulturelle und wirtschaftliche Fragen. Wenn sich die Bildungs- und Kulturminister trafen, verbrachten wir die Zeit damit, Gelder aus unserem sehr bescheidenen Fonds für alle Arten von kulturellen und wissenschaftlichen Vorhaben zu verteilen. Das war nordische Kooperation über vierzig Jahre, weil Europa gespalten war.

Als der Kalte Krieg vorüber war, konnten wir plötzlich über alles reden, aber unser Interesse richtete sich auf die EU mit ihrer Dynamik und ihrer ökonomischen Anziehungskraft. Norwegen, Schweden und Finnland bewarben sich um die Mitgliedschaft. 1994 hätten wir gemeinsam einen historischen Schritt tun können, um die fünf nördlichen Länder in der EU zu vereinen. Doch dann stimmte Norwegen mit Nein, und Island bewarb sich gar nicht erst. Wenn sich Norwegen für die EU entschieden hätte, wäre Island sicher gefolgt, und die fünf Länder mit einer Gesamtbevölkerung von 23 Millionen Menschen hätten nach dem Vertrag von Nizza 34 Stimmen im Ministerrat verglichen mit Deutschland, das bei einer Bevölkerung von nahezu 80 Millionen nur 29 Stimmen hat. Das macht deutlich, welche Möglichkeiten kleinere Länder in der EU haben, und es zeigt zugleich, dass das, was man in Irland und anderswo behauptet, der Vertrag von Nizza sei für die kleinen Länder nicht günstig, so nicht stimmt.

Wir haben die Gelegenheit verpasst, sodass unsere fünf nördlichen Länder jetzt genauso gespalten sind, wie sie es immer waren. Finnland ist das einzige Vollmitglied der Europäischen Union; Dänemark hat drei entscheidende Vorbehalte, wenn es um die Wirtschafts- und Währungsunion, die Verteidigung und das Recht in inneren Angelegenheiten geht. Dies sind gegenwärtig die drei wichtigsten Bereiche in der Zusammenarbeit. Dänemark ist daran nicht beteiligt. Schweden gehört der Wirtschafts- und Währungsunion nicht an, und Norwegen hat sich selbst zu einer Kolonie der EU gemacht, indem es allen Entscheidungen der EU folgt, ohne irgendeinen Einfluss darauf zu haben. Island ist in der gleichen Lage. Ich hoffe, dass Irland nicht denselben Weg gehen wird. Ich füge hinzu, hoffentlich überdenken die 60 Prozent der Esten, die derzeit gegen einen Beitritt zur EU sind, ihre Haltung und versäumen nicht die Gelegenheit. Die Geschichte des Nordens sollte keine Geschichte verpasster Gelegenheiten werden. Stattdessen sollten wir alle dem finnischen Beispiel folgen.

Um das Problem, das wir insbesondere in Norwegen und Dänemark antreffen, ein wenig zu erklären, so denke ich, dass es aus einer merkwürdigen Mischung besteht von Minderwertigkeitskomplex und der Vorstellung, wir seien besser als unsere Nachbarländer, vor allem als jene im Süden. "Small" mag ja "beautiful" sein, aber wir machen uns selbst kleiner, als wir sind, und wir machen uns auch schöner,

als wir in Wahrheit sind. Beides ist für die internationale Zusammenarbeit nicht gut. Das führt zu verpassten Gelegenheiten. Man könnte hinzufügen: Gott sei Dank können wir uns das leisten.

Um diese selbst auferlegte Schwäche zu kompensieren, waren die nordischen Länder bestrebt, eine umfassende Ostseekooperation unter besonderer Berücksichtigung der kleinen baltischen Staaten zu entwickeln, die auch Beobachter bei den Nordischen Räten waren. Wir versuchen, die traurige Tatsache auszugleichen, dass wir fünfzig Jahre lang die drei baltischen Länder und Völker völlig ignoriert haben. Jetzt gibt es viel Austausch und Beistand, einschließlich Unterstützung im militärischen und auch im zwischenmenschlichen Bereich. Wir treten dafür ein, zumindest in Dänemark, dass den kleinen baltischen Ländern sowohl der Beitritt zur EU wie auch zur NATO erlaubt wird. Dies wird eine Toppriorität sein, wenn Dänemark in einem Jahr den Vorsitz in der EU übernimmt.

Die EU hat die Nördliche Dimension zum Glück Schritt für Schritt entwickelt, wie Herr Tuomioja sagte, und zur offiziellen EU-Politik ähnlich dem Barcelona-Prozess im Mittelmeerraum gemacht. Zu Ihrer Information: In der nächsten Woche in Straßburg wird die liberale Gruppe im Europäischen Parlament, deren Vizepräsident und außenpolitischer Koordinator ich bin, die überarbeitete Fassung einer Politik der Nördlichen Dimension vorlegen und auf die Tagesordnung setzen. Dies hat für uns, und ich denke, auch für das ganze Parlament, hohe Priorität. Das ist kein leeres Gerede, sondern ganz konkret.

Die Nördliche Dimension beabsichtigt, unsere Nachbarn mit einzubeziehen, insbesondere Russland, das einzige Land im Ostseeraum, das nicht der EU und der NATO beiträgt. Damit soll signalisiert werden, dass die EU kein geschlossener Club ist. Sie errichtet keine Hindernisse gegen irgendjemanden. Wir möchten Handel treiben, zusammenarbeiten und zur Lösung der gewaltigen Umweltprobleme, der Kriminalität, der Energie, der Probleme in der Polarregion und so weiter einen Beitrag leisten. Herr Tuomioja hat alle diese Themen erwähnt. Wir möchten die parlamentarische Zusammenarbeit und die zwischenmenschlichen Beziehungen in der gesamten Region entwickeln. Und wenn Russland zustimmt, soll aus Kaliningrad das Hongkong Russlands werden zum beiderseitigen Vorteil für Russland und für die Europäische Union. Das ist wirklich eine Vision.

Zur Zeit der Wikinger gab es Freizügigkeit und Handel quer über die gesamte nördliche Hemisphäre von Grönland bis zur Wolga mit der Ostsee als dem dynamischen Zentrum. Leider waren damals damit auch einige Untaten verbunden, als die Wikinger Klöster und Kirchen überfielen und ausraubten. Ich rufe deshalb nicht nach einer Wiederholung. Unser Ziel sollte es sein, die Ostsee wieder zu einem dynamischen Zentrum der Zusammenarbeit mit Frieden und Gerechtigkeit in der ganzen nördlichen Region zu machen. Letztlich sollten wir die Ostseeregion in der Weise entwickeln, dass alle Länder um die Ostsee herum der EU, der NATO und auch dem Schengener Abkommen beitreten.

Mit Russland sollten wir große Anstrengungen unternehmen, einige der nachteiligen Folgen dieser Entwicklung einzudämmen und diese Herausforderungen in einen Vorteil zu verwandeln, wie Herr Tuomioja sagte. Lassen Sie uns eine Nördliche Dimension der EU entwickeln, um Russland zu einer intensiven Zusammenarbeit zu veranlassen; lassen Sie uns einen europäischen Wirtschaftsraum schaffen, der auch Russland, zumindest den nordwestlichen Teil Russlands, einbezieht.

Als Politiker bin ich davon überzeugt, dass sich die Erweiterung der EU und der NATO nicht aufhalten lässt, wenn jene Länder beitreten wollen. Wir können diese Länder auch nicht davon abhalten, sich am Schengener Abkommen zu beteiligen, sodass wir stärkere Kontrollen an den Außengrenzen der EU nicht verhindern können. Aus diesem Grunde hat der Kampf gegen das internationale Verbrechen einen so hohen Stellenwert in unserer Wählerschaft, dem wir Politiker Rechnung tragen müssen. Deshalb müssen wir nach Lösungen suchen, damit Polen nicht von der Ukraine abgeschnitten wird und wir damit alle Chancen, die sich aus der Zusammenarbeit über die neuen Grenzen hinweg ergeben, zunichte machen. Daher sollte auch die Zusammenarbeit mit Russland oberste Priorität einer erweiterten Union haben. Gleiches gilt für eine erweiterte NATO. Die Ostseekooperation könnte zur treibenden Kraft für eine solche Entwicklung werden.

Iloniemi

Herr Haarder meinte, wir hätten in der nordischen Zusammenarbeit viel Zeit verloren, weil wir die wichtigsten Themen nicht behandelt haben. Das ist sicher Ansichtssache. Ich denke, dass wir die Zeit in mancher Hinsicht gut genutzt haben, beispielsweise haben wir seit Jahrzehnten einen gemeinsamen Arbeitsmarkt in dieser Region. Auch die kulturelle Zusammenarbeit sollte man nicht gering schätzen. Selbst wenn wir einige Bereiche ausgeschlossen haben, können sich andere Ergebnisse sehen lassen.

Damit eröffne ich die Diskussion zum ersten Tagesordnungspunkt.

Kindsmüller

Herr von Weizsäcker hat vom Ostseeraum als einer werdenden Modellregion gesprochen. In der Tat haben die Regionen in Europa mit dem historischen Einschnitt der Jahre 1989/1991 mehr Spielraum erhalten, die bis dahin weitgehend in das Korsett der Nationalstaaten eingezwängt waren. Das ist eine historische Chance auch für den Ostseeraum, in dem in den vergangenen zehn Jahren Strukturen geschaffen wurden, die sich nicht mehr an die Grenzen der Nationalstaaten halten und der eben damit eine neue Dynamik entwickelt hat.

Bezeichnenderweise ist das Konzept der Ostseekooperation nicht in den Außenministerien erfunden worden, sondern von den Handelskammern, den Universitäten und den Subregionen. Darin sehe ich eines der großen Potenziale der Ostseeregion. Deshalb sollten wir hier auch nicht nur in außenpolitischen Kategorien über diese Region nachdenken, sondern den innenpolitischen Aspekten, beispielsweise einer gemeinsamen Wissenschaftspolitik und Kulturpolitik, Rechnung tragen, Bereiche, in denen in den letzten Jahren bereits erhebliche Fortschritte erzielt wurden.

Was unterscheidet die Ostseeregion von anderen europäischen Regionen? Lassen Sie mich dazu vier Punkte nennen. Erstens zeichnet sich diese Region durch einen besonderen kulturellen Reichtum aus, und zwar in einer bemerkenswerten Vielfalt. Das stellt in der entstehenden Wissensgesellschaft ein unschätzbbares Kapital dar und begünstigt die Innovationsfähigkeit in großartiger Weise.

Zweites Spezifikum der Ostseeregion ist die Nachhaltigkeit. Insbesondere in den skandinavischen Ländern gibt es eine tief verwurzelte Tradition nicht nur des Umgangs mit der Natur, sondern auch in den sozialen Beziehungen. Nachhaltigkeit dürfte für die künftige europäische Entwicklung von erheblichem Wert sein.

Das dritte Element ist die vorgenannte Innovationsfähigkeit. Dafür hat ein amerikanisches Institut einen so genannten information society index entwickelt, der anhand von Indikatoren nachweist, dass die Staaten dieser Region zu den innovativsten in der Welt gehören. Schweden etwa ist inzwischen führend im Bereich der Informationsgesellschaft - noch vor den USA.

Das vierte Element betrifft das Stichwort Zivilgesellschaft. Ich erwähne in diesem Zusammenhang die samtene Revolution in den baltischen Staaten, die Solidarnosc in Polen und das in den skandinavischen Ländern tief verwurzelte Gefühl für Verantwortung und Solidarität. Hier spielen die Nichtregierungsorganisationen eine viel stärkere Rolle als in anderen Teilen Europas. Auch das gehört zu den Potenzialen dieser Region.

Mit Blick auf die Anforderungen, die heute an die Wissensgesellschaft gestellt werden und bei denen es nicht nur um Fragen der Infrastruktur oder der Steuersätze geht, wage ich die Behauptung, dass diese Region über Potenziale verfügt, die sie für die künftige globalisierte Welt in besonderer Weise befähigt.

Lange

Herr Kindsmüller hat zu Recht die Innovationskapazität der nördlichen Regionen angesprochen, die sowohl für die Länder, die im Zuge der Osterweiterung Aufnahme in die EU finden, als auch für deren Nachbarstaaten von großer Bedeutung ist. So hat sich beispielsweise die Innovationskapazität Finnlands direkt auf Estland ausgewirkt. Dort konnten sehr schnell Kommunikationsmöglichkeiten aufgebaut werden. Das betrifft etwa die nahezu lückenlose Abdeckung des Landes mit Mobilfunk, die Digitalisierung der Kommunikation und auch das Programm zur Computerisierung des Schulwesens, das der estnische Außenminister Ilves initiiert hat. Das heißt, hier hat die Modernisierung beispielgebende Fortschritte gebracht, die auf den ganzen Erweiterungsraum ausstrahlen - und darüber hinaus. Aktuell dringlich stellt sich diese Aufgabe für die Politik der Europäischen Union im Modernisierungsvortrieb in Richtung Kaliningrad und die angrenzenden Regionen Russlands und Weißrusslands.

Wie Herr Kindsmüller sagte: Die Modernisierungsfähigkeit Europas und sein Platz in einer globalisierten Welt hängt wesentlich von den Innovationskapazitäten ab, die Europa im nördlichen Raum entwickelt, weil der in dieser Hinsicht weiter ist als der europäische Süden. Die regionale wie globale Dimension des Modernisierungsprozesses gilt es dabei besonders in Institutionen wie dem Ostseerat und der Initiative "Nördliche Dimension" zu beachten.

Knudsen

Ich denke, dieser Gesprächskreis gibt uns die Gelegenheit, das Potenzial der Ostseeregion kritisch und realistisch zu hinterfragen. Wir neigen dazu, einige Dinge zu vergessen, wenn wir über das Potenzial der Zusammenarbeit in der Ostseeregion reden, nicht zuletzt politisch. Wir sollten uns bewusst sein, dass alle Mitglieder, alle Länder in dieser Region Verpflichtungen und Interessen auch anderswo haben. Ich weise auf die Tatsache hin, dass das Engagement in der Ostseeregion für kein Land der Region oberste politische Priorität hat. Das heißt, wenn man all die Verpflichtungen und Interessen addiert, die jedes dieser Länder in der Region hat, und man vielleicht annimmt, dass dies in der Summe das politische Potenzial der Region ergibt, dann muss man davon alle Verpflichtungen und Interessen abziehen, die diese Staaten anderswo haben.

Die anderen Verpflichtungen außerhalb der Region in Rechnung zu stellen, ist notwendig, wenn man zu einer realistischeren Einschätzung kommen will, was die Region tatsächlich ausmacht. Deshalb würde ich sagen, das Hauptpotenzial der Ostseeregion insgesamt liegt in dem, was sie in den vergangenen zehn Jahren zu tun begonnen hat, nämlich ein Treffpunkt zu sein und ein Mittel, um die Interessen und Verpflichtungen der Länder und Regierungen leichter zu verknüpfen, die sonst kaum zusammengekommen wären und nicht irgendwelche gemeinsamen Kooperationsprojekte zustande gebracht hätten. Sie sollten deshalb nicht in so allgemeinen Worten über das große Potenzial der Region reden. Wir müssten mehr in die Einzelheiten gehen.

Iloniemi

Wir können sicher hinzufügen, dass nicht nur Regierungen, sondern auch die Wirtschaft an dieser Region interessiert sind. Es gibt eine Reihe gelungener Beispiele, wie die Geschäftswelt quer über die Ostsee ihre Aktivitäten koordiniert hat.

Hoyer

Herr Knudsen hat davor gewarnt, die nordische Zusammenarbeit nicht zu romantisch zu sehen. Denn die Länder dieser Region haben durchaus ihre jeweils spezifischen Interessen, deren Prioritäten nicht nur auf die engere Zusammenarbeit in der Ostseeregion gerichtet sind. Ich sehe darin eher eine Stärke. Denn die 50 oder 60 Millionen Menschen, die hier teilweise etwas chaotisch organisiert sind, verfolgen vor allem auch eine globale Perspektive.

In einer Zeit, wo die Europäische Union aufgrund ihrer inneren Reformunfähigkeit bisweilen Gefahr läuft, sich zu einer Art Festung zu etablieren und damit den Chancen der Globalisierung nicht entsprechend Rechnung zu tragen, wird von der nördlichen Region ein Innovationsdruck auf die Europäische Union ausgeübt, den wir dringend benötigen. Von daher könnte die ungeheure Vielfalt, die wir hier antreffen, für die europäische Integration im Rahmen der Globalisierung eine Kraft darstellen, die wir unbedingt begrüßen sollten.

Stebelski

Wir sprechen zu häufig nur über die letzten zehn Jahre. Wir sollten besser die vergangenen 25 Jahre berücksichtigen. Alle wesentlichen Entwicklungen, die in Europa stattgefunden und die diesen Kontinent dramatisch verändert haben, sind von dieser Region ausgegangen, angefangen mit der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki im Jahre 1975, die den Oppositionsbewegungen in Mitteleuropa den Brennstoff geliefert hat. Insbesondere die Solidarnosc-Bewegung in Polen tauchte nach dieser Konferenz von 1975 und der Schlussakte von Helsinki auf.

In dieser Region haben sich die ersten organisierten Oppositionsbewegungen unter kommunistischer Herrschaft gebildet und erfolgreich an Macht gewonnen. Hier haben wir den Fall der Berliner Mauer und den Zusammenbruch der Sowjetunion erlebt. Es war auch diese Region, die vielleicht die größten Vorteile aus den Veränderungen von 1989/90 in Europa gezogen hat, einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands, der EU-Mitgliedschaft von Finnland und Schweden und der NATO-Mitgliedschaft Polens.

Gegenwärtig stellt die Ostseeregion eine echte Herausforderung für die östliche Erweiterung der Europäischen Union dar. Zwei nordische Präsidentschaften der EU - Finnland und Schweden - haben einen beträchtlichen Beitrag für dieses Ziel geleistet. Nach dem negativen irischen Referendum muss man allerdings ernsthaft daran zweifeln, ob die Union tatsächlich bereit ist, neue Mitglieder bis Ende 2003 aufzunehmen. Diese Einschätzung ist in den letzten Entwicklungen nach dem Vertrag von Maastricht begründet.

Es ist offensichtlich, dass für die meisten, wenn nicht für alle Länder in der Region die Ostseezusammenarbeit dazu dient, ihre Stellung in anderen Zusammenhängen zu stärken. Das

beschränkt sich nicht nur auf die Entwicklung der Europäischen Integration und auf die Erweiterung der Europäischen Union. Wir sollten die Komplexität aller Prozesse in Europa und weltweit im Blick haben, einschließlich der NATO-Erweiterung und dem Globalisierungsprozess, um die Zusammenarbeit in der Ostseeregion in einen geeigneten Rahmen zu setzen. Gleichzeitig sollten wir die Ostseezusammenarbeit als ein Mittel verstehen, um das Potenzial der angrenzenden Länder ebenfalls zu erhöhen.

Wir sollten dabei nicht nur den politischen Kontext in Rechnung stellen. Schon jetzt steht Polen für die Europäische Union als Markt an vierter und Russland an sechster oder siebter Stelle. Finnland wiederum gehört zu den konkurrenzfähigsten und innovativsten Ländern. Das heißt, hier ist tatsächlich ein großes Potenzial vorhanden.

Yagya

Es wurde hier darauf hingewiesen, dass die integrativen Prozesse im Ostseeraum Teil der Globalisierung von Wirtschaft und Politik sind. In der Tat können wir diese Vorgänge nicht von der globalen Entwicklung losgelöst betrachten. Insofern ist die Integration im Ostseeraum auch Teil jener Integration, die sich im Rahmen der Europäischen Union vollzieht.

Die Erweiterung der Europäischen Union folgt deshalb auch nicht nur dem internen europäischen Einigungsprozess, sondern entspricht ebenso dem Wunsch der Mitgliedsstaaten der EU, das wirtschaftliche, politische und soziale Potenzial in Europa auszubauen, um das bestehende Gleichgewicht zwischen der Europäischen Union und den USA aufrechtzuerhalten. Dazu liegt eine Reihe von Expertenuntersuchungen vor. Danach werden die USA und die Europäische Union in zwanzig Jahren mit jeweils etwa 21 Prozent am Weltinlandsprodukt beteiligt sein. Ohne die Erweiterung würde sich der Anteil der Europäischen Union verringern. Mit der Erweiterung könnte die EU das jetzige Niveau von 21 Prozent in etwa halten.

Was die kleineren Länder betrifft, welche die Aufnahme in die Europäische Union anstreben, wollen diese damit auch verhindern, dass sie ins Abseits geraten. In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass bestimmte internationale Organisationen einen größeren Einfluss auf die Weltwirtschaft und die Weltpolitik ausüben als selbst die stärksten Weltmächte.

In dieser Hinsicht dürfte der Ostseeraum also tatsächlich eine Art Modellregion für die Beziehungen darstellen, die sich zwischen den Staaten der Welt im Allgemeinen und der Ostseeregion im Besonderen entwickeln. Ich denke, über die regionale Integration wird eine globale Dynamik ausgelöst, die letztlich zum Weltfrieden führt.

Was Russland angeht, könnte sein Anschluss an die Ostseeregion ein Weg sein, um an der gesamteuropäischen Integration noch aktiver teilzuhaben. Der Erste Stellvertretende Außenminister der Russischen Föderation, Alexander Awdejew, hat am 15. Februar dieses Jahres auf dem EU-Russland-Forum in Moskau, an dem unter anderem auch Javier Solana teilgenommen hat, auf die Frage, welche Rolle Russland in Europa und welches Verhältnis es zu den Ländern der Europäischen Union anstrebe, geantwortet: "Wir wollen eben solche Beziehungen mit den Ländern der Europäischen Union, wie sie zwischen diesen Ländern im Rahmen der Europäischen Union bestehen - allerdings unter Beibehaltung unserer Unabhängigkeit." Russland behält sich also vor, in Fragen der Wirtschaft und Politik gegenüber Europa auch künftig selbständig zu handeln. Von daher wäre es unabdingbar, dass die Russische Föderation nicht einfach jene bereits erwähnten Programme übernimmt - insbesondere das Programm der "Nördlichen Dimension" -, sondern auch eigene Initiativen ergreift unter besonderer Berücksichtigung der Prozesse, die in der Ostseeregion stattfinden.

Ich bin der Meinung, dass es zum einen ein Programm für den Nordwesten Russlands im Rahmen der Zusammenarbeit in der Ostseeregion geben sollte, zum anderen aber auch ein Programm für die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union im Ganzen.

Medalinskas

Wenn wir über die Ostseeregion sprechen, sollten wir zunächst den heutigen Kern dieser Region im Blick haben, den, so meine ich, die jetzigen Mitgliedsländer der Europäischen Union in der Ostseeregion bilden.

Lassen Sie mich mit Schweden, Dänemark und Finnland beginnen. Ich denke, es ist verständlich, wenn die EU jetzt Formen regionaler Kooperation eingeht. Es gibt bereits die Mittelmeerdimension, und es ist gut möglich, dass es auch die Ostseedimension geben wird, wenn weitere Länder des

Ostseeraums der Europäischen Union beitreten, wie etwa Polen und die baltischen Staaten. Wir sprechen hier in der Tat über ein beachtliches Potenzial in der Europäischen Union.

Diese Region kann jedoch nur dann ein starkes Potenzial ausbilden, wenn die betreffenden Länder auch untereinander zusammenarbeiten. Sie haben eine mehr oder weniger gemeinsame Agenda, vielleicht nicht bei allen, aber doch bei einigen Problemen. Wir werden sicher versuchen, die Europäische Union stärker auf Fragen dieser Region zu konzentrieren; aber wir wissen auch, dass es in der Europäischen Union durchaus widersprüchliche Agenden gibt.

Ich bin sicher, dass Herr Knudsen diesen Punkt im Sinn hatte. Denn gegenwärtig haben die EU-Länder der Ostseeregion - möglicherweise stellt sich das für die NATO anders dar - nicht immer die gleiche Agenda. Das gilt selbst für die nordischen Länder, die über einige wichtige Politikfelder innerhalb der Europäischen Union unterschiedlicher Meinung sind.

Was die Zusammenarbeit zwischen den EU-Ländern und den Beitrittskandidaten in der Ostseeregion angeht, scheint mir Herr Knudsen allerdings nicht Recht zu haben. Sie sag-ten, Herr Iloniemi, dass die Wirtschaft bereits einen großen Sprung nach vorn gemacht hat und die Politiker dem erst folgen müssen. Der Ostseeraum wird zu einer Ostsee-Wirtschaftsgemeinschaft. Nach Litauen beispielsweise kommen deutsche und polnische Investitionen; es könnten auch estnische, schwedische oder finnische Investitionen sein. Das heißt, die Ostsee-Wirtschaftsgemeinschaft hat sich so positiv entwickelt, dass die Politiker mit diesem bereits erreichten Entwicklungsstand gleichziehen müssen.

Wenn die baltischen Staaten und Polen Mitglied der Europäischen Union werden, können wir uns auf diese Art der Ostseekooperation beziehen. Dabei können auch Erfahrungen der engen litauischen und polnischen Zusammenarbeit hilfreich sein. Vielleicht führt dies dann zu einer mehr oder weniger gemeinsamen Haltung, was den baltischen Ländern nützen könnte.

Jetzt zu der Frage: Könnte die Zusammenarbeit im Ostseeraum nicht nur den baltischen Staaten Wohlstand und Stabilität bringen angesichts der ohnehin vorhandenen Kooperation dieser Staaten und auch wegen der recht schnellen Entwicklung in den baltischen Staaten und in Polen? Ließen sich die gleichen Ergebnisse im Hinblick auf Russland erreichen? Dies scheint mir eine sehr wichtige Frage zu sein. Doch wenn wir über Beziehungen zu Russland sprechen, so geht es nicht nur darum, was die Europäische Union tun muss, um Russland einzubinden, sondern auch darum, was Russland tun muss, um ein bereitwilliger Partner zur Zusammenarbeit mit Europa zu werden.

Warum wäre es zum Beispiel zu begrüßen, wie Herr Yagya sagte, dass die Europäische Union Kooperationsprojekte mit dem nordwestlichen Russland entwickelt? Darum will sich die Europäische Union mit Kaliningrad bemühen. Dabei verweist aber Russland mitunter darauf, dies sei seine Angelegenheit, und die Regierung werde darüber entscheiden, was man zu tun hat. Es gibt aber bisher sehr viele europäische Kooperationsprojekte beispielsweise im nordwestlichen Teil Russlands. Ich hoffe, es wird dazu kommen; denn das ist nicht nur für die Kaliningrad-Region wichtig, sondern auch für den Nordwesten Russlands, zumal es sich hier um die Region handelt, die am stärksten proeuropäisch ausgerichtet ist im Vergleich zu anderen Regionen Russlands.

Schließlich eine Frage, die sich nicht direkt auf die Ostseekooperation bezieht, die aber dennoch wichtig ist. Russland und andere Teile Europas sollten auch deshalb zusammenarbeiten, um die Demokratie in der Region zu fördern. Damit spreche ich das Problem Weißrussland an. Ich denke, Europa und Russland sollten eng zusammenarbeiten, um in Weißrussland die Demokratie voranzubringen. Denn Russland hat, wie wir wissen, großen Einfluss auf die Politik Weißrusslands. Diejenigen russischen Politiker, die über proeuropäische Politik sprechen, sehen Russland als ein demokratisches Land. Ich denke, es wäre klug, speziell in dieser Frage einen gemeinsamen Ansatz zu entwickeln, zumal wir vor der Präsidentenwahl in Weißrussland stehen. Neben Wohlstand und Stabilität könnte also die Demokratie eine wichtige Aufgabe sein, die man in dieser Zusammenarbeit erreichen sollte.

Rahr

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik hat in den letzten zwei Jahren mehrere Veranstaltungen zur Ostseeregion durchgeführt, aus denen ich den Eindruck gewonnen habe, dass sich die Wetterlage über der Ostsee eher verschlechtert hat, auf jeden Fall recht unbeständig ist. Es ist zwar noch kein Sturm angesagt, aber es sind dunkle Wolken über der Region aufgezogen. Ab und zu weht ein eisiger Wind, bei dem man nicht genau feststellen kann, ob er vom Osten oder vom Westen kommt. Die Ostseeregion wurde offenbar solange als stabil angesehen, als der Westen noch keine praktischen Schritte eingeleitet hatte, um auch in diesem Raum verstärkt Einfluss zu nehmen. Dazu möchte ich drei Aspekte ansprechen, die die Lage hier komplizieren könnten.

Das Erste ist die EU-Osterweiterung. Im Westen hat man sich beispielsweise die Behandlung von Kaliningrad offenbar einfacher vorgestellt. Russland fürchtet offensichtlich die Abspaltung seiner Region. Ich sehe darin ein gravierendes Problem.

Der zweite Aspekt betrifft die NATO-Osterweiterung. Dabei werden von amerikanischer Seite die baltischen Länder mit einem Mal stark ins Visier genommen, die möglichst alle drei in die NATO aufgenommen werden sollen. Für Moskau ist dies inakzeptabel, falls Russland selbst nicht auch der NATO beitreten würde.

Der dritte Aspekt, der in der Tat dunkle Wolken über der Region zusammenbrauen lässt, ist die NMD-Debatte, die der neue amerikanische Präsident Bush losgetreten hat und die er mit äußerster Rigorosität gegen Russland, aber auch gegen die westlichen Verbündeten führt. Dadurch könnte auch der Norden Europas in Mitleidenschaft gezogen werden, wenn etwa in der Polarregion NMD-Anlagen errichtet werden.

Diese drei Prozesse sind im ersten Halbjahr 2001 in den Vordergrund getreten - Gott sei Dank während der schwedischen EU-Präsidentschaft. Wenn die Deutschen in dieser Zeit die Präsidentschaft in der EU innegehabt hätten, wäre es höchst problematisch geworden - sowohl beim Thema Kaliningrad als auch im Hinblick auf die NATO-Osterweiterung, und zwar nicht nur in Bezug auf Russland, sondern auch auf Polen und die baltischen Länder. Die schwedische Präsidentschaft hat sich in diesen Fragen sehr diplomatisch verhalten; man hätte es kaum besser machen können. Hoffentlich werden die beiden nächsten Präsidentschaften, Belgien und Spanien, in gleicher Weise weiterarbeiten.

Anders als der kaspische Raum wurde die baltische Region bisher nicht als Krisenregion angesehen. Aber jetzt müssen wir feststellen, dass die unterschiedlichen Interessen nicht nur zwischen den verschiedenen EU-Staaten und Russland, sondern auch innerhalb der Europäischen Union selbst für einigen Konfliktstoff sorgen können.

Minister Tuomioja hat die so genannte Kölner EU-Strategie erwähnt, in der die Europäische Union ihr Vorgehen gegenüber Russland definiert hat. Darauf hatte der damalige russische Ministerpräsident Putin vor anderthalb Jahren hier in Helsinki als Antwort die EU-Strategie Russlands vorgetragen. Ich denke, diese Vorschläge sollten wir uns in Erinnerung rufen, wenn wir die heutige Politik Putins verstehen wollen.

Dabei ging es erstens um eine Energieallianz mit Europa; zweitens um den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, um den Norden Russlands als Brücke zwischen Europa und Asien einzurichten. Drittens waren darin vorsichtige Andeutungen einer Zusammenarbeit mit der Europäischen Union im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik enthalten, die unter Putin, anders als unter Jelzin, Konturen annimmt. Mein Eindruck ist, dass man in vielen europäischen Staaten davon überzeugt ist, dass Präsident Putin eine sehr viel pragmatischere Politik verfolgt, um Europa und Russland zusammenzubringen. Eine solche strategische Partnerschaft wird allerdings von den USA sehr kritisch betrachtet. Auch in manchen EU-Beitrittskandidaten wird Misstrauen geweckt.

Ich komme gerade von einer Konferenz in Riga, wo Teilnehmer aus Estland mir als dem Vertreter aus Deutschland vorwarfen, eine Art Neuauflage des Molotow-Ribbentrop-Pakts zu präsentieren, weil ich die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit Putin dargelegt habe. Es sind dort in der Tat Ängste und Misstrauen vorhanden, die so schnell wie möglich bereinigt werden sollten. Ich denke, wenn es nicht gelingt, im Rahmen der Nördlichen Dimension die Partnerschaft zwischen der EU und Russland zu implementieren, wird es kaum möglich sein, einer solchen Kooperation in anderen Regionen zum Erfolg zu verhelfen.

Es gibt zwei konkrete Testfälle, wo sich zeigen könnte, wie weit der Westen beziehungsweise die Europäische Union mit Russland im Rahmen der Nördlichen Dimension kooperieren kann. Das ist zum einen die Frage des Energietransports. Ist der Westen bereit, mit Russland zusammen Öl- und Gaspipelines zu bauen? Zum anderen müsste von russischer Seite ein Signal gegeben werden, dass Russland daran interessiert ist, mit dem Westen zusammen seine Umweltprobleme zu lösen.

Ich werte es als erfreuliches Zeichen, dass an diesem Bergedorfer Gesprächskreis zum ersten Mal Vertreter des von Putin neu gegründeten nordwestlichen Bezirks teilnehmen, während früher diese Fragen fast ausschließlich von Moskau aus behandelt wurden. Hier haben wir jedenfalls Gelegenheit, direkt mit einer neuen politischen Institution im Rahmen der Nördlichen Dimension zu sprechen, die von Herrn Tscherkessow in St. Petersburg geleitet wird.

Henningsen

Um es zuzuspitzen: Im Jahre 1992 war dem schwedischen Ministerpräsidenten Ingvar Carlsson gewissermaßen über Nacht eine Idee gekommen, mit der er sofort in die Öffentlichkeit ging, nämlich: Schweden müsse der Europäischen Union beitreten. Er hatte darüber zuvor weder mit seiner Regierung noch mit dem Parlament noch mit seiner Partei gesprochen und auch nicht mit seinem finnischen Kollegen, der sich gerade auf einer Auslandsreise befand, weswegen er ihn - so die Ausrede - nicht erreichen konnte. Diesem Umstand haben wir es letztlich zu verdanken, dass Finnland heute Mitglied der Europäischen Union ist. Denn eine Mitgliedschaft Schwedens ohne Finnland hätte keinen Sinn gemacht.

Nun gibt es in Deutschland und auch in einigen anderen Ländern durchaus vernünftige Menschen, die meinen, dergleichen könne sich im Hinblick auf die NATO-Mitgliedschaft Finnlands wiederholen. Das heißt, trotz der gegenteiligen offiziellen Haltung, die Finnland heute vertritt, könnte ein führender Politiker plötzlich sagen, Finnland müsse Mitglied der NATO werden. Das würde dann einen Dominoeffekt haben; denn das würde auch die Mitgliedschaft der baltischen Länder in der NATO automatisch nach sich ziehen.

Ich komme zu der Vermutung, weil ich gestern in der Zeitschrift Huvetstads Bladet einen längeren Aufsatz des jüngst zum Oberkommandierenden der finnischen Streitkräfte ernannten Admiral Kaskeala las, der sich dahingehend äußerte, dass er einer NATO-Mitgliedschaft der baltischen Länder durchaus positiv gegenüberstehe. Das weicht aber von der bisherigen offiziellen finnischen Politik deutlich ab. Könnte dies nicht ein Schritt sein, aus dem von Bertel Haarder beklagten Chaos in der Region hin zu mehr Zusammenhalt in der Region zu kommen? Das heißt, man schließt sich der NATO an, um die Zusammenarbeit in der Region zu verstärken, zumal es offensichtlich einfacher ist, Mitglied der NATO als Mitglied der Europäischen Union zu werden.

Mein Eindruck ist - da bin ich anderer Meinung als Sie, Herr Rahr -, nicht zuletzt dank der relativ pragmatischen Politik, die Russland in der letzten Zeit betrieben hat, könnte sich hier eine Änderung der russischen Haltung zeigen. Russland widerspricht nicht der Mitgliedschaft der baltischen Länder der Europäischen Union. Deshalb könnte ich mir vorstellen, dass die Einstellung Russlands auch in puncto NATO-Mitgliedschaft der baltischen Länder sich allmählich ändert. In dem Fall müsste allerdings Finnland vorgehen, um den baltischen Ländern den Zutritt zur NATO zu ermöglichen.

Wenn ich dies als Frage an Herrn Außenminister Tuomioja richte, bin ich mir natürlich einer gewissen Provokation bewusst, was Sie mir bitte nachsehen wollen.

Iloniemi

Ich verstehe dies als eine freundliche Provokation. Lassen Sie uns sehen, ob sich jemand davon provoziert fühlt.

Tuomioja

Ich fühle mich nicht provoziert. Es gibt darauf vielleicht auch von finnischer Seite unterschiedliche Antworten. Ich weiß jedoch nichts von einer heimlichen finnischen Agenda, der NATO beizutreten. Ich möchte dies deutlich zum Ausdruck bringen, denn einige meiner Kollegen und einige Journalisten stellen immer wieder diese Frage, indem sie meinen: Wenn man die Artikel von Herrn Jakobson liest, die zweimal im Jahr im Herald Tribune und anderswo erscheinen, kann man den Eindruck gewinnen, er spreche das aus, was die Finnen denken, aber nicht offen sagen wollen. Das ist aber keineswegs der Fall. Er hat seine Auffassungen und wir die unseren.

Es gibt auch im Parlament unterschiedliche Meinungen, aber in den letzten fünf Jahren hat sich die parlamentarische Meinung in Finnland stabilisiert. Es gab früher mehr Spekulationen und größere Ungewissheit, welches der richtige Weg im Hinblick auf die NATO wäre. Das ist heute nicht mehr der Fall. Ich selbst glaube auch nicht, dass die Mitgliedschaft der baltischen Staaten in der NATO daran etwas ändern würde. Zweifellos wird es Leute geben - und Herr Jakobson gehört sicher dazu -, welche eine solche Auffassung vertreten. Ich selbst bin nicht dieser Meinung. Was die Bemerkungen von Admiral Kaskeala angeht, so waren diese zuvor weder mit dem Präsidenten noch mit dem Premierminister oder mit dem Außenminister abgestimmt, und wir waren darüber nicht gerade glücklich. Es zeigt wieder einmal, dass es besser ist, die Politik den Politikern und nicht Generälen oder Radikalen zu überlassen.

Heimsoeth

Herr Knudsen hat sicher Recht, wenn er eine realistische Sicht der Dinge anmahnt. Es muss nicht nachteilig sein, wenn nicht alle Staaten in diesem Raum der Ostseeregion die erste Priorität in ihrer

Politik einräumen. Russland oder Deutschland beispielsweise haben durchaus auch andere Perspektiven, die sie beachten müssen. Ich sehe darin auch keinen Widerspruch zu der Notwendigkeit, der Region insgesamt wieder mehr Beachtung zu schenken. Wir befinden uns hier in einem historischen Prozess, in dem die Geografie wieder zu ihrem Recht kommt und nicht mehr die Ideologie bestimmt.

Deutschland ist auf dem Wege, wieder mehr zu einem "Ostseestaat" zu werden. Das gilt auch für Russland, weit mehr jedenfalls, als dies zu Zeiten der Sowjetunion jemals der Fall gewesen ist, auch wenn Russland nicht wieder in dem Maße zu einem Staat Nordeuropas werden wird, wie es das bis Mitte des 19. Jahrhunderts gewesen ist. Was Polen angeht, habe ich den Eindruck, dass der Blick in Richtung Ostsee von Warschau aus noch nicht sehr ausgeprägt ist.

Dann zum Thema Globalisierung und Regionalisierung. Der Bericht des National Intelligence Council in den USA über die globalen Trends bis 2015 enthält vier Modelle, wie sich die Welt weiter entwickeln könnte. Nur eines dieser Modelle verspricht eine positive Entwicklung, bei der alle von der Globalisierung profitieren. Drei Modelle gehen dagegen von verschiedenen "Regionalisierungsprozessen" aus. Ein solcher Prozess findet etwa im Rahmen der Europäischen Union statt. In der Ostseepolitik geht es weitgehend darum, Russland möglichst eng an die EU und an die Nachbarstaaten heranzuführen.

Wenn wir von einer Großregion Ostsee sprechen, dann ist damit nicht nur eine wirtschaftliche Regionalisierung gemeint. Wir sollten auch die Möglichkeit sehen, die Anziehungskraft durch ein gutes "Markenzeichen" zu erhöhen. So wie in den USA das Silicon Valley seinerzeit zu einem Wirtschaftsfaktor ersten Ranges geworden ist - das Wissenschaftler aus aller Welt angezogen hat -, hätte auch die Ostseeregion sehr viel zu bieten, was ihr insgesamt nutzen könnte, wenn man entsprechende Schwerpunkte setzen würde.

Herr Rahr sieht schlechtes Wetter aufziehen, andere nehmen eher günstige Winde über der Ostseeregion wahr. Mein Eindruck ist, dass wir es in dieser Region eher mit einer positiven Konstellation zu tun haben, die wir nicht durch eine Dramatisierung in der Frage der NATO-Erweiterung beeinträchtigen lassen sollten. Während der deutschen Präsidentschaft im Ostseerat im letzten Jahr hat sich gezeigt, dass die Region auch in politischer Hinsicht sehr gut zusammenwächst und auch die Zusammenarbeit mit Russland vorankommt.

Iloniemi

Ich habe den CIA-Report auch gelesen, den Sie erwähnen, Herr Heimsoeth. In der Tat herrscht darin ein eher pessimistischer Ton vor. Aber was wollen Sie von einer Institution anderes erwarten, die nun einmal dafür verantwortlich ist, alle möglichen Gefährdungen aufzuspüren, statt die positiven Entwicklungen auszumachen?

Nyberg

Dunkle Wolken und Regen gehören nun einmal zum Sommer, lieber Herr Rahr. Ich habe mich mit den Fragen der Ostseeregion seit mehreren Jahren beschäftigt und bin ganz sicher, dass man hier nicht von einer Krisenregion sprechen kann. Die tatsächlichen Gegebenheiten zeigen ein anderes Bild, insbesondere wenn man andere Regionen zum Vergleich heranzieht. Sicher, die Umweltprobleme sind zum Teil Besorgnis erregend und auch die HIV-Infizierung wächst erschreckend schnell, nicht nur in Russland, sondern beispielsweise auch in Estland.

Zweifellos besteht zwischen den Ländern in dieser Region ein erhebliches Gefälle, was den Lebensstandard und die soziale Absicherung angeht, und auch in dem, was man heute "digital divide" nennt. Die baltischen Staaten beispielsweise sind gegenüber Russland auf dem Gebiet der Kommunikationstechnologie sehr viel weiter.

Dann ein Wort zu Kaliningrad, ein Thema, über das jetzt zum ersten Mal realistisch gesprochen wird, seit der damalige Ministerpräsident Putin in Helsinki auf dem EU-Russland-Gipfel dazu Stellung genommen hat. Für Kaliningrad gibt es sicherlich keine Patentlösungen, und es wird seine Zeit brauchen, dass man da überhaupt weiterkommt, aber es wird zumindest darüber diskutiert. Es war einer der wichtigsten Aspekte während der finnischen Präsidentschaft, dass wir uns dieses Themas angenommen haben, was die deutsche Seite während ihrer EU-Präsidentschaft aus verständlichen Gründen, wie Herr Rahr sagte, nicht tun konnte.

Was Schengen betrifft, muss man eindeutig feststellen, dass das Schengener Abkommen auch für die Staaten vorteilhaft ist, die daran nicht beteiligt sind. Touristenzahlen und die Übernachtungen steigen an. Finnland wird in diesem Jahr vermutlich zehn Prozent mehr an Visen für russische Staatsbürger

ausstellen als im vergangenen Jahr und liegt damit heute schon an zweiter Stelle nach Deutschland, das bisher mit 350000 Visen Spitzenreiter ist - Finnland kommt auf 330000. Eine Million Russen haben im Jahre 2000 Finnland besucht - viele benutzen ihr Visum zu mehrfachen Reisen. Wenn sich die wirtschaftliche Situation in Russland verbessert, werden die Zahlen weiter steigen. Ich sehe jedenfalls keine Obergrenze für Tourismus. Dass Schengen auch Probleme mit sich bringt und etwa die polnisch-ukrainische Grenze geschlossen werden muss, wenn Polen dem Schengen-Regime beitrifft, wissen die Polen besser als jeder andere.

Herr Schlögel und auch Herr Heimsoeth sprachen die Zugverbindungen an. Es gibt inzwischen direkte Züge von Helsinki nach Moskau, und der Nordexpress von Helsinki nach St. Petersburg wird sicher für die nächsten Jahre noch die schnellste Verbindung bleiben, wenn jemand von Moskau aus nach Europa reisen will.

Stürmer

Wie wir von Herrn Nyberg gerade hören, können sich inzwischen über 300000 Russen das teure Finnland leisten. Das ist nicht überwältigend, aber immerhin ein Anfang.

Nyberg

Ich will dazu nur anmerken, Herr Stürmer: Die russischen Realitäten stellen sich heute anders dar, als das noch vor einigen Jahren der Fall war. Die Grenzen sind offen, das ist eine große Errungenschaft; die russische Bevölkerung verfügt auch über ansehnliche Dollarbeträge. Beides ließe sich im Falle einer Phase der Restauration nur schwer wieder zurückdrehen. Man kann heute durchaus schon von einem russischen Massentourismus sprechen, und es gibt genügend Leute, die über viel oder sogar sehr viel Geld verfügen und die es sich leisten können, ins Ausland zu reisen.

Stürmer

Nun hat uns Herr Außenminister Tuomioja insofern ein Rätsel aufgegeben, als er versicherte, Finnland habe einerseits keine hidden agenda für die NATO, aber andererseits auch keine Bedenken gegen die Aufnahme der baltischen Staaten in die NATO. Ich sehe hier ein Problem. Es ist richtig, dass sich der Westen, die NATO verpflichtet fühlen, um die Sicherheit jener Staaten besorgt zu sein, die aus der Kälte kamen. Doch bis 1994 war vorherrschende Meinung auch auf amerikanischer Seite, dass es klug sei, selbst den Wunsch Polens, der NATO beizutreten, zu ignorieren. Stattdessen sollten Einrichtungen wie Partnership for Peace, Sonderverträge, Besuche des amerikanischen Präsidenten, Flottenbesuche und dergleichen Polen ein Gefühl der Sicherheit vermitteln. Partnership for Peace beinhaltete zu dem Zeitpunkt einen breiten Fächer von Maßnahmen, die man gut von Brüssel aus steuern kann und die quasi NATO-Mitgliedschaft bedeutet hätten, ohne dass dies offiziell so genannt worden wäre.

Medalinskas

Ich will kurz auf das Thema eingehen, das hier unerwarteterweise aufgebracht wurde, nämlich die Frage der Mitgliedschaft der baltischen Staaten in der NATO. Einer der Punkte, die stereotyp vorgebracht werden, ist die Behauptung, Litauen wolle nur deshalb Mitglied der NATO werden, weil es sich vor Russland fürchtet. Meinungsumfragen in Litauen zeigen, dass nur 30 Prozent der litauischen Bevölkerung die NATO-Mitgliedschaft aus Sicherheitserwägungen und wegen der von Russland ausgehenden Bedrohung befürworten. Die große Mehrheit sieht die Priorität darin, dass man an allen Organisationen beteiligt sein will, die in der europäischen Politik etwas zu sagen haben. Deshalb lassen Sie uns die Mitgliedschaft in EU und NATO als zwei Seiten ein und derselben Münze betrachten.

Zum anderen sollte man nicht den russischen Stereotypen folgen, die nicht nur die NATO, sondern auch Europa immer noch als "wir" und "sie" ansehen. Deshalb sollte man dafür sorgen, dass beide Organisationen und die Länder, die an beiden Organisationen beteiligt sind, mit Russland kooperieren. Litauen etwa arbeitet heute nicht nur mit Kaliningrad, sondern auch mit anderen Regionen Russlands zusammen, was ein gutes Beispiel dafür sein könnte, wie Länder als Mitglieder der EU und der NATO miteinander kooperieren können.

Schließlich: Die baltischen Staaten sind bisher natürlich kein NATO-Gebiet, obgleich die NATO ein Kommandokontrollsystem für diese Region besitzt; aber die NATO-Mitgliedschaft ist bereits im Süden der Ostsee - in Deutschland und Polen - gegeben. Nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern auch die Europäische Union haben Versprechungen in dreierlei Hinsicht gemacht. Erstens hieß es, dass Geschichte und Geografie keine Rolle spielen. Zweitens, die Länder, die vor fünfzig Jahren bestraft

wurden, sollen nicht erneut bestraft werden. Und drittens: Die Stellung eines Landes ist nicht so wichtig. Nach so vielen Versprechungen sollte man besser über die Bereitschaft der Länder nachdenken, die der NATO beitreten und wirkliche Partner im Rahmen der NATO werden wollen, als die Stereotypen anderer Länder zu verbreiten.

Ich denke, es wäre sehr zu begrüßen, wenn die polnische Mitgliedschaft in der NATO dazu führte, dass Präsident Putin zum Ausdruck bringen würde: Wir haben jetzt bessere Beziehungen zu Polen als vorher. Wir sollten aufgeschlossen sein und den baltischen Raum in die zweite Welle der NATO-Erweiterung einbeziehen, um uns und den Polen ebenso wie den Russen zu zeigen, dass derartige Stereotypen im 21. Jahrhundert verschwinden müssen und die NATO eine Organisation zur Zusammenarbeit und nicht des Konflikts in der Region darstellt.

Lange

Wir sollten uns bei der Frage der NATO-Erweiterung nicht immerfort die Drohung vor Augen führen, dass dann der Kalte Krieg wieder aufleben würde, insbesondere wenn die baltischen Länder in die NATO aufgenommen würden. Was wir uns fragen müssten, ist vielmehr: Welche objektiv legitimen russischen Sicherheitsessentials werden dadurch berührt und was sind andererseits im russischen Denken lediglich überkommene sowjetische Stereotypen?

Woran es in der gegenwärtigen Situation fehlt, um an den objektivierenden Kern der Sicherheitsprobleme heranzukommen, ist das, was den Kalten Krieg schließlich überwinden half: nämlich vertrauensbildende Maßnahmen im Rahmen der Rüstungskontrolle. Weil wir nicht vermittels derer reale von irrealen Befürchtungen trennen können, tun wir uns auch so schwer damit, die realen russischen Ängste einzuschätzen und zu berücksichtigen. Daran sollten wir in der Europäischen Union vor allem arbeiten, um uns ein realistisches Bild vom heutigen Russland machen zu können.

Heimsoeth

Sie sagen, Herr Stürmer, für die amerikanische Politik habe jetzt Asien vor Europa Priorität erlangt. Nun, das haben wir in den vergangenen zwanzig Jahren schon des Öfteren gehört. Ich denke, das hat sich nicht so sehr geändert. Und was die NATO-Erweiterung angeht, so ist es wohl nur eine Frage der Zeit, wann sie stattfinden wird - ob nun vor oder nach der EU-Erweiterung.

In dem Zusammenhang halte ich das Stichwort "Vertrauensbildung", das Herr Lange erwähnte, für bedeutsam. Das heißt, wir sollten alles tun, damit, wenn die NATO-Erweiterung kommt, dies so wenig wie möglich Anlass zur Konfrontation mit Russland bietet. Allerdings werden aus Furcht vor einer Regionalisierung der Sicherheitspolitik Vorschläge für vertrauensbildende Maßnahmen abgeblockt. Deshalb sollten wir uns eingehend darüber Gedanken machen, wie wir auf diesem Gebiet konstruktiv mit Russland zusammenarbeiten könnten.

Es gibt die Kieler Initiative von Schweden und Deutschland: Im September dieses Jahres soll ein Treffen der Verteidigungsminister in Stockholm stattfinden, an dem auch Staaten außerhalb der Region beteiligt sind, was ich für sinnvoll halte. Dies sehe ich auch als wichtige "vertrauensbildende Maßnahme", aus der weitere folgen könnten.

Stalvant

Herr Heimsoeth hat darauf hingewiesen, dass der Ostseerat die am stärksten formalisierte Körperschaft ist, obwohl er vergleichsweise keine sehr formale Struktur aufweist, denn er hat nur einen schwachen rechtlichen Unterbau. Er wurde einige Jahre nach dem ersten Zusammentreten von Parlamentariern und im Anschluss an eine subregionale Konferenz gegründet. Alle diese Elemente eines kooperativen Netzwerkes wurden unabhängig voneinander geschaffen, und die Beziehungen zwischen ihnen sind noch immer fließend.

Wenn wir uns die verschiedenen makro- oder multilateralen subregionalen Einrichtungen in Europa anschauen, so gibt es noch kein ideales Modell. Nehmen wir zum Beispiel den Nordischen Rat. Er bestand zwanzig Jahre lang als eine parlamentarische Versammlung, wobei die Regierungen nur als Gäste an den Sitzungen teilnahmen. Schließlich schufen sich die fünf Regierungen eine eigene Koordinierungsstelle - in Anlehnung an den Ministerrat der EU. Ein zweites Beispiel: Der Barents-Euro-Arktische Rat wies von Anfang an eine doppelte Struktur auf. Auf einer Ebene sind es die Außenminister, und auf einer zweiten gibt es den Regionalrat, der sich aus den Provinzen oder Landkreisen zusammensetzt und sich gesondert trifft. Beide Körperschaften haben ein Verfahren zur Berichterstattung eingerichtet.

Wenn Russland, das als nächstes Land den Vorsitz im Ostseerat übernimmt, den Ostseerat als geeignetes Instrument betrachtet, um seine Stimme in Brüssel zur Geltung zu bringen und vielleicht auch, um subregionale Angelegenheiten zu koordinieren, dann wäre es folgerichtig, dass wir die Beziehungen des Rates zu anderen institutionellen Gegebenheiten sowohl im Hinblick auf die Subregionen als auch bei der Parlamentarierversammlung im Auge haben. Diese institutionellen Fragen sind sicher interessant und wichtig. Wir sollten es jedoch vermeiden, dass der Ostseerat so endet, wie es Paul Henri Spaak einmal über den Europarat geäußert hat. Spaak behauptete, es gäbe zwei Strukturen innerhalb des Rates: zum einen die ministerielle Ebene, die gegen Europa und zum anderen die Parlamentarische Versammlung, die für Europa war. Auch deshalb meine ich, sollte man einen breiteren Ansatz wählen, um diese Beziehungen untereinander zu regeln.

Herr Nyberg hat die Frage aufgeworfen, in welchem Maße es Wolken mit einem Silberstreif am Horizont gibt. Ist die Ostseeregion eine Krisengemeinschaft - und wenn ja, in welcher Hinsicht? Wir sollten uns daran erinnern, dass der Stabilitätspakt für den Balkan erst im letzten Herbst erstmals in Gang kam und die früheren jugoslawischen Republiken ihr Interesse an einem Beitritt zu Europa bekundeten. Daraufhin wurde in der Tat ein neues Kriterium für die EU-Mitgliedschaft der Kopenhagener Liste hinzugefügt. Die Europäische Kommission und Mitglieder des Ministerrates erklärten den Repräsentanten dieser Staaten, sie sollten erst einmal beginnen, untereinander zu kooperieren über die Grenzen hinweg zwischen Städten, den lokalen Gemeinschaften etc. Die unmittelbare Reaktion der Repräsentanten darauf war eine klare Ablehnung, weil sie meinten, damit würde ihnen eine Falle gestellt, um ihre Präsenz in Brüssel auf ewig hinauszuzögern. Ich denke, bei der Erfahrung auf dem Balkan sollten wir mit der russischen Infrastruktur, was die Zusammenarbeit angeht, recht zufrieden sein. Das gilt auch für die Beständigkeit des Handelsaustausches, der in dieser Region stattfindet.

Fagnäs

Was das wirtschaftliche Potenzial angeht, wissen wir, dass in den 90er-Jahren das Wachstum in dieser Region das der EU weit übertroffen hat. In dieser Hinsicht ist dieser Raum also recht viel versprechend. Die Ostseeregion umfasst zwischen 15 und 20 Prozent des Welthandels, was natürlich bis zu einem gewissen Grade davon abhängt, wie stark man Deutschland dabei einbezieht.

Interessant ist, dass weit mehr als die Hälfte der russischen Exporte über die Ostsee laufen, wovon wiederum die Hälfte über baltische und finnische Häfen läuft. Das heißt, die gegenseitige Abhängigkeit zwischen den Ländern in der Region wächst, was aber vor allem dann der Fall ist, wenn Energietransporte über oder unter der Ostsee stattfinden. Ein Ostsee-Gasverbund in der Region würde für viele Länder zum ersten Mal eine diversifizierte Energieversorgung unter Wettbewerbsbedingungen bedeuten. Ich halte das für eine besonders wichtige Entwicklung.

Wir wissen, dass die Transportverbindungen aus vielen Gründen verbessert werden müssen, nicht nur weil wir die Naturvorkommen in Russland entwickeln und nutzen wollen, sondern auch um den Beitritt der baltischen Staaten und Polens zur EU zu erleichtern und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie insgesamt zu steigern. Es besteht eine starke wechselseitige Abhängigkeit zwischen der EU und Russland, die sich auf den Ostseeraum konzentriert, die größte Schnittstelle zwischen Russland und der EU.

Wichtig ist, dass alle die Länder in der Region die Dynamik der Integration gleichermaßen begreifen. Integration und Erweiterung der EU sollten nicht als ein Nullsummenspiel angesehen werden, und man sollte nicht auf mögliche negative Konsequenzen der Erweiterung abheben. Diese Einstellung ist sehr wohl bekannt. Ich meine, es ist für die Länder der Region und auch für die gesamte Region wichtig, dass Russland nicht von den dynamischen Entwicklungen der sich erweiternden EU abgeschnitten wird und nicht eine so genannte selbst gewählte Isolierung erleidet. Dies könnte in einer Situation entstehen, in der die Beitrittskandidaten den Acquis Communautaire übernehmen und anwenden und dadurch die Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU ins Stocken gerät.

Es gibt derzeit keine Fortschritte bei der Lösung der institutionellen Probleme der EU und Russlands. Hier kommt dem Partnership and Cooperation Agreement (PCA) eine wichtige Rolle zu, wobei ich sicher bin, dass die EU-Kommission darüber auf der letzten Stufe sprechen wird. Aber auch die Organisationen der Ostseekooperation spielen dabei eine bedeutende praktische Rolle, wenn es darum geht, die Handelshindernisse zu überwinden. Dies ist jedenfalls Teil der Philosophie der Nördlichen Dimension.

Lassen Sie mich einige Bemerkungen aus finnischer Sicht hinzufügen, insbesondere der finnischen Wirtschaft, die auch eine globale Perspektive hat. Dieser Raum ist für die finnische Wirtschaft von

großer Bedeutung. Hier befinden sich zwei ihrer wichtigsten Handelspartner, nämlich Deutschland und Schweden. Und die baltischen Staaten zusammen sind heute wichtigere Handelspartner als Russland, obwohl der Anteil der Region an unserem Handel sich in den letzten zehn Jahren von 47 auf 39 Prozent verringert hat. Während sich unser Handel insgesamt verdreifacht hat, hat sich der Handel in dieser Region nur verdoppelt. Ein Grund dafür war die russische Wirtschaftskrise im Jahre 1998 und ihre Auswirkungen. Vielleicht gehören dazu auch überschätzte Wachstumserwartungen. Was aber in diesem Zusammenhang vor allem gesehen werden muss, sind die Auswirkungen des Globalisierungsprozesses im Bereich der Wirtschaft und der Investitionen, die eine Schlüsselfunktion der Internationalisierung der großen Unternehmen darstellen.

Damit komme ich auf die Frage zurück, die andere Teilnehmer bereits angesprochen haben: Kann die Ostseeregion im globalen Maßstab ihre Anziehungskraft behaupten? Wenn nicht, warum ist das so, und was könnte man dagegen tun? So haben die finnischen Investitionen in Estland beträchtlich zugenommen, wo wir heute 2000 Firmen haben; in Deutschland sind es 500 Unternehmen, das ist ein erheblicher Größenunterschied. Vor fünf Jahren wurde bereits angenommen, das Handelsvolumen zwischen Finnland und Estland werde das mit Deutschland übertreffen. Seitdem ist es aber um 200 Prozent gewachsen. Das zeigt, wie schwierig es heute ist, die Aktivitäten der Geschäftswelt vorauszusehen.

Zum Glück hat die Wirtschaft ein großes Interesse daran, die vielfältigen Handelshindernisse, die noch bestehen, aus dem Weg zu räumen. Dazu gibt es rund 80 Empfehlungen seitens der Ostseewirtschaft über ein Beratungsgremium der Handelskammer, die sich auf technische und praktische Hindernisse bei Handel und Investitionen beziehen. Diese Empfehlungen sind Teil des Aktionsplanes Nördliche Dimension, beginnend mit einfachen grenzüberschreitenden Verfahren. Es gibt auch ein Wirtschaftsforum, das auf Initiative der Nördlichen Dimension geschaffen wurde und das hoffentlich seine Arbeit fortsetzen wird. Außerdem besteht eine Arbeitsgruppe beim Ostseerat, dessen Aktivitäten größtenteils mit Fragen zu tun hat, die für die nordischen Länder und für Deutschland im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft behandelt werden sollten. Aber in der Praxis müssen wir unsere Anstrengungen fortsetzen.

Schlögel

Ich bin recht zuversichtlich, dass die Ostseeregion zukünftig eine sehr wichtige Rolle spielen wird. In gewissem Sinne muss sie allerdings erst wieder geschaffen, geradezu neu erfunden werden und sich im Bewusstsein der Menschen etablieren.

Matti Klinge, der bedeutende finnische Historiker und Autor, hat ein Buch über den Ostseeraum geschrieben, auf dessen Cover bezeichnenderweise die Städte Lübeck und St. Petersburg abgebildet sind. Wenn man sich den Ostseeraum in seiner ganzen Breite vor Augen führt, dann sind wir sicher noch sehr weit davon entfernt, schon von einem einheitlichen Raum sprechen zu können. St. Petersburg beispielsweise wird als Stadt der Ostseeregion noch kaum wahrgenommen; denn alle Wege nach St. Petersburg führen nach wie vor über Moskau. Das Gleiche gilt für Kaliningrad. Das heißt, es wird noch erheblicher Anstrengungen bedürfen, bevor man wieder von einem einheitlichen Ostseeraum sprechen kann, den es über Jahrhunderte gegeben hat und der im 20. Jahrhundert schwer beschädigt worden ist.

Diese Entwicklung hat nicht zuletzt zu einer ethnischen Entmischung dieser sehr heterogenen Region geführt, die sich vor allem mit ihrer Geschichte neu beschäftigen muss, um eine Vorstellung von der einstigen kulturellen Einheit zu bekommen, die von St. Petersburg bis Kopenhagen, von Lübeck bis Helsinki reichte. Dabei geht es nicht nur um Wissenstransfer, sondern um eine intensive Kommunikation zwischen den Wissenschaftsbereichen und auch zwischen den Öffentlichkeiten der betreffenden Länder.

Meine Überlegungen stützen sich vor allem auf Beobachtungen während meiner Reisen vor Ort. Und wenn die Politik darangehen will, den Ostseeraum als Einheit neu zu denken und ihm einen Zusammenhalt zu geben, dann sollte man unbedingt die spontanen Prozesse beachten, die dort stattfinden. Meine Zuversicht über die zukünftige Entwicklung resultiert aus der Wahrnehmung, dass bereits bedeutende grenzüberschreitende Bewegungen hier stattfinden, etwa in Form der Arbeitsmigration. Im Grunde sind die Menschen in vieler Hinsicht weiter als die Politik.

Meine Befürchtung im Hinblick auf die Erweiterung der Europäischen Union und der NATO ist, dass dadurch diese spontanen Bewegungen wieder gestört werden könnten, statt sie zu beschleunigen und zu intensivieren.

Deshalb sollte man überlegen, wie sich der Transfer und die Bewegung von Menschen erleichtern lassen. Das betrifft beispielsweise die Visaerteilungen und die Entbürokratisierung des Verkehrs. Man sollte viel mehr über infrastrukturelle Maßnahmen nachdenken. Um es ganz deutlich zu sagen: Die Wiederherstellung einer schnellen Bahnverbindung zwischen Paris und St. Petersburg, den Nordexpress, finde ich sehr viel perspektivreicher als die Erweiterung der NATO. Diese eher vorpolitischen Prozesse und nicht nur die politischen und institutionellen Prozesse, die in unseren Überlegungen immer eine vorrangige Rolle spielen, halte ich für wichtig.

Thönnnes

Herr Yagya hat die Notwendigkeit der Kooperation unter anderem vor dem Hintergrund der fortschreitenden Globalisierung in der Welt begründet. Sie zwingt uns, die internen Wachstumspotenziale zu nutzen. Fachleute gehen davon aus, dass der Binnenhandel in der Ostseeregion Wachstumschancen von 100 bis 250 Prozent hat.

Hinzu kommt - und das halte ich noch für wichtiger -, die Zusammenarbeit in der Ostseeregion hat eine nicht zu unterschätzende friedensstabilisierende Wirkung. Während die Ostsee in den letzten 50, 60 Jahren die Region geteilt hat, so verbindet sie sie heute, und dies sollten wir unter allen Umständen bewahren. Zur Friedenserhaltung dient im Übrigen auch die soziale Sicherheit. Deshalb kommt der sozialen Dimension in der Zusammenarbeit hier eine besondere Bedeutung zu. Mit ihr kann man den bestehenden Disparitäten begegnen.

In dieser Region kommen Länder zusammen, die auf der einen Seite sehr hohe soziale Standards aufweisen - ich nenne Schweden, Dänemark und Deutschland als Beispiele -, während auf der anderen Seite die jungen Demokratien mit zum Teil sehr liberalen Wirtschaftspolitiken über nicht sehr gefestigte soziale Strukturen verfügen. Das Pro-Kopf-Einkommen im westlichen Teil des Ostseeraumes ist fünf- bis zehnmals höher als im östlichen Teil. Während in Russland die Lebenserwartung im Durchschnitt bei 57 bis 58 Jahren liegt, beträgt sie in Skandinavien 80 Jahre. Aus diesen Zahlen wird deutlich, welche Herausforderungen sich einer Kooperation und dem wirtschaftlichen Wettbewerb stellen.

In einer Europäischen Union, die in einigen Jahren 25 oder 26 Mitglieder hat, wird die Frage zweifellos brisant, welchen Stellenwert die soziale Dimension in der EU dann haben wird. Wer und nach welchen Maßstäben wird in der EU dafür sorgen, den sozialen Frieden zu erhalten? Jedenfalls wird sich die EU auch in dieser Hinsicht in den nächsten zwanzig Jahren weit schneller und rasanter verändern, als das in den vergangenen zwanzig Jahren der Fall war. Schnelle Veränderungsprozesse setzen ein Mindestmaß an sozialer Stabilität voraus, weil die Menschen sonst nicht bereit sind, diesen Weg mitzugehen.

Der Nordische Rat hat in den letzten Jahren versucht, sich angesichts dieser Veränderungen neu zu orientieren. Der Ostseerat besteht seit zehn Jahren. Die Frage ist, wer in welchen Feldern tätig wird und wie man die Politiken der beteiligten Länder koordiniert. Überwiegt die Konkurrenz untereinander, oder arbeitet man stärker zusammen? Wie wird diese Region in Brüssel auftreten? Gibt es gemeinsame Interessen, die man auch gemeinsam durchzusetzen versucht, oder dividiert man sich auseinander, was andere Regionen in Europa begünstigen würde? Auf jeden Fall wird der Kampf um die Finanzen in Brüssel härter werden. Die Ostseeregion hat sicher große Potenziale, sie weist aber auch erhebliche Infrastrukturdefizite auf.

Schließlich die Frage der Demokratisierung in diesem Prozess. Die Ostseeparlamentarierkonferenz hat im vergangenen September zum neunten Mal getagt. Sie kommt dieses Jahr in Greifswald in Deutschland zusammen. Welche Rolle spielen die Parlamentarier in diesem Prozess? Kommen sie nur zusammen, um Meinungen auszutauschen, Resolutionen zu verabschieden, die anschließend abgeheftet werden, oder entwickelt sich daraus ein Begleitinstrument für den Ostseerat mit einer stärkeren parlamentarischen und demokratischen Ausrichtung? Auf diese Weise könnte die Transparenz erhöht werden, was auch die Akzeptanz der Veränderungsprozesse in der Öffentlichkeit stärken würde. Oder wollen wir den Demokratisierungsprozess weitgehend den NGOs überlassen?

Sollen diese Fragen auf der anderen Seite nur auf Regierungsebene verhandelt werden, um sie anschließend in den einzelnen Parlamenten zu diskutieren? Wenn Europa in Zukunft seine Identität viel stärker aus den Regionen heraus ableiten soll, um die innere Stabilität zu verbessern, dann wird die Frage einer regionalen Parlamentarisierung an Bedeutung gewinnen.

Heimsoeth

Vor einigen Tagen hat in Lübeck ein großes Forum für Nichtregierungsorganisationen stattgefunden, an dem sich auch 25 NGOs aus Russland neben russischen Regierungsvertretern beteiligt haben. Auch aus allen anderen Ostseestaaten waren NGOs vertreten. Das heißt, in allen diesen Staaten geht der Demokratisierungsprozess voran.

Natürlich gibt es auch Defizite, auf die Herr Thönnies hingewiesen hat. Die Infrastruktur etwa entwickelt sich zu langsam. Es gibt sogar gewisse Rückschritte. Den Zug beispielsweise, der vor anderthalb Jahren noch von Berlin nach Kaliningrad fuhr, gibt es nicht mehr; die Zugverbindung von Berlin nach Kopenhagen entwickelt sich schwierig, und es gibt heute weniger Fährverbindungen, die von deutschen Städten aus über die Ostsee gehen. Hier sind alle Staaten der Region gefragt, insbesondere auch Polen, dem eine sehr wichtige Rolle am südlichen Rand der Ostsee und für die Landverbindung zwischen den baltischen Staaten und Mecklenburg-Vorpommern zukommt.

Die Ostseeparlamentarierkonferenz, die Herr Thönnies erwähnte, ist sicher noch kein ideales Gebilde. Lediglich der Ostseerat, für den die Außenministerien der beteiligten Länder verantwortlich sind, weist eine relativ klare Struktur auf. Hier sind insgesamt Verbesserungen notwendig, um die Nördliche Dimension zu dem zu machen, was sie sein könnte und sollte. Das wird erhebliche Anstrengungen und eine noch bessere Abstimmung in Brüssel erfordern.

Fursenko

Wir sprechen hier über wirtschaftliche und soziale Probleme in einer globalen Welt. In diesem Zusammenhang will ich mich zur Stellung der Ostseeregion äußern. Das heißt, es geht nicht nur um diese Region im Rahmen der Europäischen Union, sondern um die Stellung des Ostseeraumes in der Welt insgesamt.

Ich denke vor allem an die Wettbewerbsvorteile, die diese Region in bestimmten Bereichen aufweist und die es aufrechtzuerhalten und auszubauen gilt. Insbesondere sehe ich diese Wettbewerbsvorteile angesichts zweier globaler Herausforderungen, vor denen die Menschheit heute steht.

Die eine Herausforderung ist, dass es weltweit nicht genügend qualifizierte Menschen gibt, die den Anforderungen der heutigen Wirtschaft entsprechen. Ein Problem, das sich daraus ergibt, ist der so genannte Braindrain. Das heißt, qualifizierte Leute wandern in Länder ab, die ihnen ökonomisch attraktivere Bedingungen bieten. Das kann auf die Dauer nicht so bleiben. Dieses Problem muss strategisch angegangen werden mit der Schaffung neuer Bildungssysteme.

Vor einem Monat wurde in Berlin der Vorschlag gemacht, eine europäische Ausbildung zu etablieren, die Mittel- und Osteuropa, die Ostseeregion und auch Russland einbeziehen sollte. Dies könnte gewissermaßen zu einer neuen Handelsmarke werden, für die sich nicht nur die Gesellschaft und der Staat, sondern auch die Wirtschaft engagieren sollten. Nur auf diese Weise könnte sich die europäische Wirtschaft gegenüber anderen Regionen in der Welt - ich denke an Asien, Afrika und Lateinamerika - auf die Dauer strategische Vorteile sichern. Dafür müssen Bedingungen geschaffen werden, um den Menschen in den betreffenden Ländern den Zugang zu einer europäischen Ausbildung zu ermöglichen. Das könnte für uns eine gemeinsame Aufgabe sein.

Die zweite Herausforderung besteht im Übergang von technokratischen zu sozialen Innovationen. Das ist ebenfalls ein konkreter Wettbewerbsvorteil für unsere Region und für Europa. Sicher, es gibt in dieser Hinsicht einen Mitbewerber, nämlich Japan, das schon immer auf soziale Innovationen und soziale Marktwirtschaft hin orientiert war. Infolge der Globalisierung gibt es aber überall in der Welt Konkurrenten. Dennoch haben wir in Europa darin gegenwärtig noch einen Vorsprung, den wir weiter ausbauen sollten. Das heißt, wir sollten uns als Region gemeinsam weiterentwickeln, um unsere Vorteile zu sichern.

Abschließend möchte ich noch auf ein sprachliches Problem hinweisen. In vielen Beiträgen hier ist immer von Russland und der Ostseeregion sowie von Russland und den Ländern der EU die Rede. Darin stellt man Russland gewissermaßen den anderen Ländern Europas gegenüber. Das mag nicht immer so gemeint sein, schafft aber unnötige psychologische Spannungen. Ich meine, wir sollten uns Gedanken darüber machen, welche Terminologie wir wählen, um einen solchen Gegensatz zu vermeiden.

Werz

Ich sehe eine Diskrepanz zwischen der Zunahme von Handel und Verkehr auf der einen Seite und der Identifikation mit der Ostseeregion als eine Einheit, auch im kulturellen Sinne, auf der anderen. Während der Handel und auch die Menschenströme stark expandieren - auch wenn dies sicher ungleich verteilt ist -, hinken andere Dinge hinterher. Herr Heimsoeth sprach die sich teilweise sogar

verschlechternden Zugverbindungen an. Das stellen wir im Übrigen auch im innerdeutschen Verkehr fest. Es soll allerdings in Zukunft, wie uns gesagt wird, wieder besser werden, wenn erst die Autobahn A 20 fertig ist, die bis nach Polen und möglicherweise bis nach Russland weiterführen wird. Vielleicht findet dadurch eine gewisse Verlagerung von der Schiene auf die Straße statt.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf einen anderen Tatbestand hinweisen. Anfänglich war das Interesse in den neuen Bundesländern an der Ostseeregion relativ gering. Das gilt im Übrigen auch für Polen, das - wie aus offiziellen polnischen Dokumenten ersichtlich ist - kaum die Ostsee im Blick hat. Das ist insofern verständlich, als es zu Zeiten des Kalten Krieges keine regionale Orientierung gab und geben durfte. Das war politisch nicht gewollt.

Hier haben nun in den letzten Jahren in der Tat erstaunliche Veränderungen stattgefunden. Das lässt sich beispielsweise an der wachsenden Zahl von Heimatmuseen feststellen und auch von Veröffentlichungen, die sich mit regionalen Gegebenheiten und Beziehungsfeldern beschäftigen. Ich denke etwa an das Thema Auswanderung nach Amerika, aber auch die aktuellen Migrationen nach Skandinavien. Gewiss, die skandinavischen Länder waren immer internationaler ausgerichtet als besonders die DDR; aber die neuen deutschen Bundesländer und beispielsweise Polen beginnen jetzt verstärkt ihre Ostseebezüge wieder zu entdecken, den Ostseeraum gewissermaßen neu zu erfinden, wie Herr Schlögel sagte.

Dies wäre im Übrigen auch eine lohnende Beschäftigung für die Regionalwissenschaften, die in letzter Zeit einen Aufschwung genommen haben. Wir registrieren jedenfalls ein zunehmendes Interesse für die Region bei Studenten an den Universitäten Rostock und Greifswald, die häufig auch in Finnland und in Schweden studieren wollen. Man sollte diesem neu erwachten Interesse ebenfalls in den Schulbüchern Rechnung tragen, um den Ostseeraum den Menschen näher zu bringen. Es geht nicht um einen so umstrittenen Begriff wie den einer "neuen Hanse". Jedenfalls sollten wir uns nicht nur über Wirtschaft und Handel Gedanken machen, sondern auch die kulturellen Begegnungen zwischen den Menschen im Auge haben.

Wistinghausen

Wenn wir hier über die Potenziale des Ostseeraumes und seinen spezifischen Charakter sprechen, hat mich das, was Herr Schlögel sagte, besonders beeindruckt. Ich möchte unterstreichen, dass im Prozess der Identitäts- oder Wiederfindung dieses Raumes noch sehr vieles aufzuholen ist, was in erster Linie den einstigen gemeinsamen Kulturraum betrifft. Natürlich wird die alte kulturelle Einheit nicht wiedererstehen können, sondern sie muss neu strukturiert werden.

Als ich 1998 in Helsinki den Botschafterposten übernahm, war in nahezu jedem Gespräch mit finnischen Politikern und Beamten sofort von der "Nördlichen Dimension" (der EU) die Rede - das hat inzwischen etwas nachgelassen. Wenn ich dabei aber auf den einheitlichen Kulturraum zu sprechen kam - statt nur von Umweltproblemen, Energieversorgung, grenzüberschreitendem Verkehr und dergleichen zu reden -, dann ertete ich bei meinen Gesprächspartnern bestenfalls ein mildes Lächeln. Denn wie wir alle wissen: Auf kulturellem Gebiet sind schnelle Erfolge nicht zu erwarten; das ist ein langfristiger Prozess, der seine Zeit braucht. Aber wir sollten diesen Bereich bei aller Bedeutung der Zusammenarbeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet nicht aus den Augen verlieren und auch mit konkreten Projekten vorantreiben.

Erziehung und Bildung spielen bei der Rückbesinnung auf die kulturelle Identität dieser Region eine große Rolle. Das macht die Bedeutung der Eurofakultät an den Universitäten von Riga, Tartu und Vilnius aus. Inzwischen ist eine solche auch in Kaliningrad eröffnet worden, und es bleibt zu hoffen, dass noch weitere solcher Fakultäten gegründet werden, damit zumindest eine kleine Elite gemeinsame Curricula und Lehrveranstaltungen durchlaufen kann und ein Netzwerk von Personen im Ostseeraum entsteht, das als Klammer dient.

Herr Kindsmüller sagte, das Konzept der Ostseekooperation sei nicht von den Außenministern erfunden worden. Aber immerhin war der Ostseerat eine deutsch-dänische Kreation, die von den damaligen Außenministern Uffe Ellemann-Jensen und Hans-Dietrich Genscher 1992 ins Leben gerufen wurde. Und in der Tat hat sich die offizielle russische Politik zu keiner Zeit einer EU-Mitgliedschaft der baltischen Staaten widersetzt - im Gegensatz zur NATO-Mitgliedschaft.

Man kann natürlich darüber philosophieren, lieber Herr Stürmer, ob es überhaupt sinnvoll war, die NATO zu erweitern. Aber wenn man diesen Prozess einmal begonnen hat, dann kann man nicht plötzlich innehalten, wenn man nicht "Grauzonen" - vor denen nicht nur von deutscher Seite gewarnt worden war - entstehen lassen und unglaubwürdig werden will, selbst wenn sich nur eine Minderheit

der Bevölkerung beispielsweise in Litauen, wie wir gehört haben, von Russland tatsächlich bedroht fühlt.

Wenn also von Russland keine wirkliche Bedrohung für die baltischen Länder ausgeht, dann kann man natürlich umgekehrt unsere russischen Kollegen hier fragen, ob denn die baltischen Staaten eine Bedrohung für Russland darstellen, sobald diese Mitglieder der NATO werden, wie Herr Lange zu Recht gesagt hat. Inwieweit würden dadurch denn tatsächlich russische Sicherheitsinteressen berührt?

Stebelski

Ich denke, viele der hier aufgeworfenen Fragen sprechen für die Zusammenarbeit in der Ostseeregion. Wenn man die Vorstellungen und Prioritäten der einzelnen Initiativen im institutionellen Rahmen der Ostseekooperation miteinander vergleicht, kann man den Eindruck gewinnen, dass noch ein großes Potenzial vorhanden ist, um die Zusammenarbeit innerhalb der bestehenden institutionellen Gegebenheiten weiter auszubauen.

Ich begrüße ausdrücklich die positiven Hinweise auf nichtmilitärische Vertrauensbildung im Ostseeraum. Mitte der 90er Jahre hat Polen verschiedene Vorschläge in dieser Hinsicht unterstützt. Aber für den Beginn einer Zusammenarbeit war es damals vielleicht noch zu früh.

Dann zu der Frage "wir" und "sie", das heißt jenen innerhalb der EU und jenen außerhalb. Es ist sehr wichtig, nach einem geeigneten Rahmen für die Ostseekooperation zu suchen, der dies ermöglicht. Heute stellt die Europäische Union für viele Länder vornehmlich den Rahmen dar, in dem die meisten Probleme gelöst werden. Wir sollten aber nicht vergessen, dass nicht alle Länder der Region zumindest in absehbarer Zeit diesem einzigartigen EU-Rahmen angehören werden.

Schließlich war ich doch sehr überrascht von der Bemerkung, dass der kürzeste Weg von Russland nach Europa über Finnland verlaufe. Das Konzept eines integrierten Europas muss Polen, die baltischen Staaten und einige andere Länder in den Rahmen der Europäischen Union einbinden; denn ich sehe einen kürzeren Weg von Russland nach Europa durch andere Länder.

Haarder

Das Stichwort ist die regionale Globalisierung in diesem Raum. Herr Medalinkas sagte, es habe den Anschein, dass die Politiker hinter dem privaten Sektor herhinken. Ich denke, das ist absolut richtig. Der private Sektor ist dabei, diese Region rapide zu verändern, was den wachsenden Austausch von Gütern und Personen angeht. Denken Sie nur an eine Million Besucher aus Russland, die jedes Jahr nach Finnland kommen, und an die 2000 finnischen Unternehmen in Estland. Herr Schlögel hat auf die Verkehrsströme über die Grenzen dieser Region hinweg hingewiesen, auch über einige der Grenzen, die künftig Schengener Grenzen sein werden. Dies wird zweifellos Probleme bereiten, mit denen wir uns befassen müssen.

Ich füge hinzu: Wir haben zu unserer Überraschung festgestellt, dass der nordische Raum anscheinend äußerst interessant für Privatfirmen ist, die fusionieren wollen. Es gibt große Zusammenschlüsse im Biersektor und bei Molkereiprodukten, bei Banken und in vielen anderen Bereichen. Wir Politiker richten unsere Aufmerksamkeit jedenfalls nicht so sehr auf die Nordische Kooperation; wir werden viel mehr von der europäischen Zusammenarbeit beherrscht. Aber der private Sektor engagiert sich gerade in dieser Region. Darin sehe ich einen Aspekt der Globalisierung. Deshalb sollten wir Politiker da mithalten und diesen Prozess anregen und nutzen.

Leider hat es den Anschein, als ob auch die Kriminellen internationaler sind als die Politiker in diesem Bereich. Deshalb müssen wir aufholen, wenn es darum geht, die Kriminalität zu bekämpfen.

Iloniemi

Mir scheint, dass Menschen in der Lage sind, sich schneller zu bewegen, so wie Kunden sich schneller ändern als Wähler.

Tuomioja

Als jemand, der eine Menge Zeit und das Geld der Steuerzahler darauf verwandt hat, im Nordischen Rat von Beginn an seit 1970 zu sitzen, war ich sehr froh über den Hinweis von Herrn Iloniemi, weil ich auch der Meinung bin, dass die nordische Zusammenarbeit eine wirkliche Erfolgsstory gewesen ist. Wir sollten auf keinen Fall die Leistungen verkleinern, die wir in den 60er und 70er Jahren, sogar schon in den 50er Jahren erreichen konnten. Wir haben in der nordischen Region Europas einen

europäischen Bürger geschaffen mit Freizügigkeit, ohne Passformalitäten, Einrichtungen der sozialen Sicherheit und Wahlrechte bei Gemeindewahlen für alle Bürger im gesamten nordischen Bereich - etwas, das die Europäische Union erst in den 80er Jahren erreicht hat. In dieser Hinsicht waren wir Vorläufer und die Tatsache, dass wir verschiedene soziale Sicherungssysteme hatten, war dafür kein Hindernis.

Auf der anderen Seite ist es uns nicht gelungen, eine Nordische Wirtschaftsunion zu bilden. Wichtig indes war, dass wir alle Teil der allgemeinen globalen Integration im Rahmen des Freihandels und eines multilateralen Freihandelssystems waren. Dies ist eine Zukunftsvision, die mir auch für die Ostseeregion vorschwebt. Was immer die Unterschiede in der Politik und in den Sicherungssystemen sein mögen, wir müssen darauf achten, dass unsere Grenzen offen bleiben und noch offener werden, damit die Menschen und die Wirtschaft Möglichkeiten haben, unter gleichen Voraussetzungen in allen unseren Ländern zu arbeiten. Das wird zum Erfolg führen. Auf diese Weise werden wir Wohlstand und letztlich auch Stabilität schaffen.

Bei dem letzten Treffen des Ostseerats warnte uns EU-Kommissar Christopher Patten davor, unsere baltische Zusammenarbeit nicht zu balkanisieren. Da ich nach ihm sprach, ging ich noch einen Schritt weiter, indem ich sagte: Vielleicht sollte man den Balkan "baltisieren". Das könnte einen großen Schritt nach vorn bedeuten.

Iloniemi

Wir gehen jetzt zum nächsten Thema über: "Wie steht es um die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland in der Ostseeregion? Ziele und Komponenten einer kooperativen Politik." Zuerst spricht Herr Christoph Zöpel vom deutschen Außenministerium.

Zöpel

Auf der Ministerkonferenz des Ostseerates in dieser Woche in Hamburg gab es einen Wortwechsel zwischen EU-Kommissar Patten und Außenminister Fischer über "Balkanisierung" und "Baltisierung" in Europa. Außenminister Tuomioja hat diese Stichworte am Schluss seines heutigen Referats aufgenommen.

Lassen Sie mich diese geopolitischen Begriffe so verstehen: Baltisierung ist die positive Gestaltung der Beziehungen zwischen Ost und West in Europa nach 1989, während Balkanisierung bisher misslungene Gestaltungen dieser Beziehungen meint. Die erfolgreiche Baltisierung begann mit der Idee des Ostseerats 1991/92. Beim Europäischen Rat von Kopenhagen 1993 wurden dann die osteuropäischen Länder zur Mitgliedschaft in die EU unter bestimmten Kriterien eingeladen. Wie es aussieht, werden Ende 2002 die Verhandlungen mit acht der zehn mittelosteuropäischen Beitrittskandidaten abgeschlossen sein - nicht mit Rumänien und Bulgarien -, die dann ab 2004 Mitglieder der Union werden könnten. Damit hätte der Prozess der Baltisierung für die meisten der Beteiligten in diesem europäischen Raum Erfolg gehabt.

Was als wichtige Aufgabe bleibt, ist, die Beziehungen zwischen der dann erweiterten Europäischen Union und Russland zu regeln. Dazu will ich zehn Thesen aufstellen.

Erstens. Die Ostseeregion und Nordosteuropa sind ein besonders begünstigter Raum für eine gemeinsame europäische Perspektive Russlands und der Europäischen Union. In diesem Raum gelingt das Zusammenleben germanischer, slawischer und finnougriischer Völker deutlich besser als in Südosteuropa, oft unpräzise Balkan genannt. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Dazu gehören im Mittelalter die Wikinger, die, gemessen an den Gräueltaten, die nach ihnen in der Welt geschehen sind, doch recht harmlose Gesellen gewesen sind. Ich erwähne des Weiteren die Hanse, die man angesichts der für die damalige Zeit hochmodernen Vernetzung von wirtschaftlichen und kulturellen Aktivitäten als Vorläufer der globalen Informationsgesellschaft betrachten könnte. Hinzu kommt, dass es hier keine Okkupation von außen gegeben hat wie in Südosteuropa durch die Türken. Und was Russland angeht, war mit der Gründung von St. Petersburg und der Politik Peters des Großen eine deutliche europäische Orientierung zu verzeichnen.

Zweitens. Die entscheidende Voraussetzung für eine gemeinsame europäische Perspektive Russlands und der EU und damit für eine erfolgreiche Zusammenarbeit liegt in einer Veränderung des russischen Selbstverständnisses. Das heißt, Russland muss seine Großmachtambitionen, die sich in militärischen Potenzialen ausdrücken und in der Fähigkeit, Abhängigkeiten zu schaffen, aufgeben und sich stattdessen als Großmacht in ökonomischen Kategorien definieren. Nur auf diese Weise wird sich das Wohlstandsgefälle, das zwischen Ost und West im Ostseeraum weiter besteht, überwinden lassen. Russland setzt zu viele seiner Ressourcen ein, um ein überkommenes Großmachtdenken zu

implementieren, und vergeudet deshalb Ressourcen, die ihm sowohl eine ökonomische Machtstellung wie eine Verbesserung des Lebensstandards seiner Menschen bringen könnten.

Drittens. Technologisch entscheidend für die Integration Russlands in eine gemeinsame europäische Perspektive ist die Entwicklung zur Informationsgesellschaft. Wir messen den Grad der Integration in die Informationsgesellschaft derzeit an der Zahl der Internetanschlüsse und der Benutzung von Mobiltelefonen - ob das auf die Dauer so richtig ist, mag dahingestellt sein. Auf diesem Gebiet liegt Russland mit dem Faktor 10 gegenüber den skandinavischen Ländern zurück. Estland weist eine mit Deutschland vergleichbare Internetdichte auf. In die Konzeption der Europäischen Union, eine Northern E-Dimension zu entwickeln, könnte Russland einbezogen werden. Einige Ansätze zur Intensivierung informationstechnologischer Strategien in St. Petersburg geben dazu Hoffnung.

Viertens. Im Ostseeraum kann die ökonomische Dimension der Partnerschaft zwischen Russland und der Europäischen Union am schnellsten positiv umgesetzt werden. Das gilt für eine Intensivierung der infrastrukturellen Entwicklung durch den Einsatz von Tacis; das gilt für mögliche Cross-Border-Kooperationen. Finnland bildet derzeit die schnellste Brücke zu Russland, weil es zwischen Finnland und Russland bereits eine EU-Grenze gibt. Die Brückenfunktionen Polens und der baltischen Staaten werden nach der Mitgliedschaft deutlicher werden.

Fünftens. Die Nördliche Dimension der Europäischen Union ist ein zukunftsorientiertes Beispiel für die Regionalisierung europäischer Politik sowohl in der Binnen- wie in der Außenperspektive.

Mit der Nördlichen Dimension signalisiert die Europäische Union in der Binnenperspektive eine interessante politische Entwicklung. Kleinere Mitgliedsstaaten kooperieren innerhalb der EU intensiver miteinander als mit entfernteren Mitgliedsstaaten, während größere Staaten in der EU ihre Außeninteressen regionalisieren. Das gilt in der Nördlichen Dimension sicher für Deutschland und für Polen. Der Vorwurf gegenüber diesen beiden Ländern, sie interessierten sich nicht so nachhaltig für den Ostseeraum wie etwa Schweden oder Estland, ist unberechtigt. Das Gegenteil ist der Fall. Zugespitzt formuliert: Sollten sich, sagen wir, München und Krakau besonders intensiv um den Ostseeraum kümmern, wäre das eher ein Fehler; denn sie sollten sich besser an einer Zusammenarbeit mit den Alpenländern oder mit Tschechien und Slowakien orientieren. Das, was an der Nördlichen Dimension besonders interessant ist - um es zu wiederholen: Die kleineren Staaten arbeiten intensiver zusammen, und die größeren regionalisieren ihre Beziehungen mit den regional entsprechenden Partnern.

Was die EU-Außenperspektive der Nördlichen Dimension angeht, nutzt die Europäische Union hier die unterschiedlichen geopolitischen und historischen Beziehungen ihrer Mitglieder zu Nichtmitgliedern für eine engere Kooperation. Die skandinavischen und die baltischen Länder, Finnland, Teile Polens und Deutschlands können in dieser Hinsicht mit Russland intensiver zusammenarbeiten, als das beispielsweise Spanien oder Irland möglich wäre. Die Nördliche Dimension kann also historische und geopolitische Bezüge zum Nachbarn Russland in spezifischer Weise nutzen, um damit den Gesamtprozess der stärkeren Verflechtung der EU mit Russland voranzubringen.

Sechstens. Kaliningrad hat für die Beziehungen der Europäischen Union zu Russland eine Pilotfunktion im Hinblick auf eine gemeinsame europäische Politik. So hat es Außenminister Iwanow auf der Ostseekonferenz in Hamburg gesagt. Diese Pilotfunktion wird besonders wichtig werden, wenn Kaliningrad zu einer Enklave innerhalb der Europäischen Union wird, was, wie gesagt, ab 2004 der Fall sein könnte, wenn die Beitrittskandidaten aus dem Ostseeraum Mitglieder der EU sein werden. Dabei sind gemeinsame Bemühungen um die wirtschaftliche Entwicklung und das Bemühen um humane Grenzregime, die zum einen sicher, zum anderen durchlässig sind, entscheidende Voraussetzungen.

Siebtens. Für die Beziehungen der Europäischen Union zu Russland im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Politik spielen das Verhältnis zu den russischen Minderheiten in einigen der zukünftigen, aber auch in jetzigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und die Grenzregime, miteinander verflochten, eine besondere Rolle. Diese Problematik ist bisher vernachlässigt worden. Minderheitenprobleme lassen sich leichter lösen, wenn die Minderheiten aus ihren Bezugsländern nicht ausgegrenzt werden. Der Zusammenhang zwischen Grenzverträgen und humanen Grenzregimen mit Russland einerseits und einer an multiethnischen Kriterien orientierten Minderheitenpolitik andererseits betrifft vor allem die baltischen Staaten.

Achtens. Rund um die Ostsee bilden Russland und die anderen Anrainerstaaten eine Gemeinschaft in Bezug auf die ökologischen Risiken. Die reicheren der Ostseeanrainerstaaten können die ökologischen Probleme der Ostsee nur überwinden - und verhindern, dass neue entstehen -, wenn sie

gemeinsam mit Russland handeln. Eine gemeinsame Politik bedarf hier sicherlich der finanziellen Unterstützung der reicheren Länder für das - zumindest pro Kopf - ärmere Russland. Die Ökologie rückt damit in den Mittelpunkt einer gemeinsamen europäischen Perspektive gegenüber Russland im Ostseeraum. Eine Politik der ökologischen Nachhaltigkeit gehört zum europäischen Wertekanon, dem Russland sich auch verpflichten sollte und will.

Neuntens. In eine gemeinsame europäische Perspektive zwischen der EU und Russland gehört die Sicherheitspolitik. Dabei halte ich es für verkürzt, die Diskussion auf die NATO-Mitgliedschaft weiterer Staaten zu konzentrieren. Diese Debatte sollte sich mit zwei anderen Fragestellungen verbinden; zum einen mit vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen Russland und jenen EU-Nachbarländern, die bereits der NATO angehören. Zum anderen mit Überlegungen zu einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik unter Einfluss der USA. Wenn diese beiden Gesichtspunkte von vornherein mit diskutiert werden und die Debatte nicht auf die unterschiedlichen Begründungen reduziert wird, die für oder gegen die Mitgliedschaft in der NATO sprechen, dann könnten die EU, Russland und die USA vielleicht aus einigen der gegenwärtigen Sackgassen sicherheitspolitischen Denkens, das den Kalten Krieg noch nicht vollständig überwunden hat, herauskommen.

Zehntens. Die historisch günstige Konstellation in den Beziehungen der verschiedenen Staaten rund um die Ostsee, die Tatsache, dass in diesem Raum der Gegensatz zwischen dem katholisch-protestantischen Westen und dem orthodoxen Osten nicht in der gleichen Weise ausgeprägt ist wie in Südosteuropa, erleichtert auch Perspektiven der verflochtenen zivilgesellschaftlichen Entwicklung. Staatliche Politik ist überall dort überflüssig, wo die Zivilgesellschaft Probleme selbst regelt. In der Ostseeregion sind jedenfalls die zivilgesellschaftlichen Kontakte, zumindest unter den nordischen Staaten und zwischen ihnen und Deutschland, sehr weit entwickelt.

In den vormals kommunistisch regierten Staaten, also sowohl in den baltischen Ländern wie in Polen, aber auch in Russland, besteht offensichtlich ein hohes Interesse an der schnelleren Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen und ihrer Verflechtung mit den westlichen Nachbargesellschaften. Das ist beispielsweise bei der ersten Konferenz des Ostseerats zusammen mit NGOs vor vierzehn Tagen in Lübeck deutlich geworden, auf der Repräsentanten der Zivilgesellschaften aus allen Mitgliedsländern vertreten waren. Wenn sich zeigen sollte, dass staatliche Politik in einigen Bereichen weniger nötig ist, weil inzwischen die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit gut funktioniert, wäre das der eigentliche Erfolg der Zusammenarbeit im Ostseeraum. Für den westlichen Teil gilt das sicher. Und wenn eine zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit auch mit Russland beschleunigt vorankommen soll, dann wird das eher im besonders europäisch orientierten Raum um St. Petersburg gelingen als in anderen Teilen Russlands, die geschichtlich und geographisch von europäischen Einflüssen weiter entfernt waren oder sind.

Kuznetsov

Mit Staatsminister Christoph Zöpel habe ich im September des vergangenen Jahres ein äußerst anregendes Gespräch über die Situation in und um das Gebiet Kaliningrad geführt. Dabei brachten wir die Überzeugung zum Ausdruck, dass beide Seiten eine Zusammenarbeit und die aufrichtige Erörterung aller Probleme anstreben.

Wenn man über die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland in der Ostseeregion spricht, muss man sich auch Gedanken über das Gebiet Kaliningrad machen. Dazu gehören nicht zuletzt die Probleme, die für uns entstehen werden, wenn Kaliningrad nach der Erweiterung nur noch von EU-Mitgliedsländern umgeben ist. Geografisch läge die Kaliningrader Oblast dann innerhalb der Europäischen Union, bliebe aber russisches Staatsgebiet. Es ist zweifellos eine besondere geopolitische Situation, die jetzt in Europa entsteht, was das enorme Interesse daran verständlich macht. Dazu will ich vor allem Stellung nehmen, aber auch auf einige andere Aspekte in den Beziehungen zwischen Russland und der EU in Bezug auf die Ostseeregion eingehen.

Der russische Außenminister Iwanow hat in seinem Vortrag in Hamburg zu Kaliningrad eingehend Stellung genommen. Etwa ein Viertel seines Beitrages war diesem Thema gewidmet. Das ist ungewöhnlich und mir ist nicht bekannt, dass sich ein hoher russischer Staatsbeamter zuvor in gleicher Weise geäußert hat.

Die Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU im Ostseeraum entwickelt sich im Großen und Ganzen positiv. Das Jahr 2001 gewinnt für uns insofern eine besondere Bedeutung, als Russland jetzt erstmals den Vorsitz im Ostseerat übernimmt und die Ministerratskonferenz im Jahre 2002 in Kaliningrad stattfinden wird. In St. Petersburg findet ein Gipfeltreffen des Ostseerates statt. Ich denke, wir haben mit solchen Konferenzen und Tagungen in Kaliningrad hinreichend Erfahrung. Dennoch würde ich unserer Zusammenarbeit nur die Note "befriedigend" geben. Der Grund ist, dass es in

unseren Beziehungen nicht nur einige negative Aspekte gibt, sondern auch Dinge, die uns besonders wehtun.

Die Kaliningrader Oblast beteiligt sich aktiv an der regionalen Zusammenarbeit. Zum Beispiel wurden die Stadt- und Gemeinderäte des Gebiets Kaliningrad erstmals Mitglieder der Euro-Region Ostsee, seit Russland hier einbezogen ist. Sehr gut funktioniert die Zusammenarbeit mit Litauen, was im Februar des letzten Jahres mit den gemeinsamen Nida-Initiativen zur "Nördlichen Dimension" zum Ausdruck kam. Für die gute Kooperation wurde Kaliningrad sogar mit der Flagge des Europarates belohnt. Wir wollen an dieser freundschaftlichen Zusammenarbeit festhalten, erhoffen uns dafür aber auch materielle Unterstützung. Ich kann hier nicht für unsere Nachbarn sprechen, aber wir brauchen diese Hilfe dringend.

Gegenwärtig sind für uns nur EU-Mittel aus dem Tacis-Programm verfügbar, die aber für die Kaliningrader Oblast hinter den Durchschnittswerten für Russland zurückbleiben. Aus unserer Sicht hat das Tacis-Programm für uns nur eine geringe Wirksamkeit. Dieser Meinung sind auch die Vertreter anderer russischer Regionen. Über ein Tacis-Büro wird seit 1992 gesprochen, ein solches wird aber erst in einer Woche in Kaliningrad eröffnet. Effektivere Programme wie Phare und Interreg bleiben für uns unzugänglich, selbst bei gemeinsamen Projekten mit den Nachbarländern. Die gemeinsamen Nida-Initiativen, die in Europa im letzten Jahr mit großer Begeisterung aufgenommen wurden, fanden letztlich keinen Eingang in die Agenda der "Nördlichen Dimension". In dieser Hinsicht wirken die verschiedenen Hinweise darauf, dass die "Nördliche Dimension" auch künftig keine Finanzmittel für die Zusammenarbeit bereitstellen wird, in gewisser Weise beruhigend. Das heißt, Geld wird es so oder so nicht geben.

Was uns in Kaliningrad derzeit vor allem besorgt macht, ist, dass die Zahl der Euroskeptiker in den Nachbarländern ständig anwächst. Russland ist, wie hier gesagt wurde, nicht gegen eine Erweiterung der EU, also die Aufnahme Polens und der baltischen Länder, verbindet damit aber die große Hoffnung, dass sich die Erweiterung möglichst sanft und Schritt für Schritt ohne Krisen in den Gesellschaften der Kandidatenländer vollziehen wird. Wir Kaliningrader wünschen mehr als alle anderen, dass es bei den Nachbarn ruhig bleibt. Es ist für uns eine schreckliche Vorstellung, dass sich Euroskeptiker in den Nachbarländern so aufführen könnten, wie es heute die Globalisierungsbefürworter und -gegner tun, die alles um sich herum zerstören.

Doch gibt es eine Angelegenheit, die für uns ganz besonders schmerzlich ist, das ist die mögliche Einführung der Visumpflicht von Seiten Litauens und Polens mit deren Beitritt zur Europäischen Union. Gegenwärtig besteht keine Visumpflicht, was ganz im Sinne aller Beteiligten ist. Herr Nyberg hat die russisch-finnische Grenze erwähnt, die für reiche Leute offen ist; ich spreche von der russisch-litauischen und der russisch-polnischen Grenze, die für arme Leute in Kaliningrad offen ist und die ihnen den Lebensunterhalt sichert.

Es gibt noch einen weiteren wichtigen Aspekt. Mit der Erweiterung der EU und der damit verbundenen Einführung eines Visaregimes für eine Million Einwohner der Kaliningrader Oblast und für viele Einwohner Litauens und Polens wird die Freizügigkeit im Grenzverkehr wesentlich eingeschränkt - immerhin eines der grundlegenden Menschenrechte. Was hier geschieht, ist eine Beschränkung der Freiheit nicht aufgrund einer sorgfältig abgewogenen rechtlichen Entscheidung, sondern infolge einer politischen Entscheidung und des Schengener Dogmatismus.

Wenn man sich die aktuellen Entwicklungen ansieht, dann hat es den Anschein, dass politische Entscheidungen, die auf die Beschränkung von menschlichen Freiheiten gerichtet sind, in rechtlicher Hinsicht ohne Bedeutung sind. Mein Empfinden ist - vielleicht täusche ich mich -, dass sich in der Geschichte der Europäischen Union erstmals eine starke Abweichung von den Grundprinzipien der Menschenrechte vollzieht, die in diesem Fall den Normen des Polizeirechts oder des Grenzschutzes unterworfen werden. Ich spreche als jemand, der in der Heimatstadt Immanuel Kants lebt, in der auf einer Tafel sein moralischer Imperativ zitiert wird.

Hier entsteht in Bezug auf die Visaerteilung eine Schiefelage; denn Russland bemüht sich seinerseits um eine Vereinfachung des Visaverfahrens. So wurde vor kurzem angekündigt, dass es für Kurzzeittouristen erlaubt sein wird, in drei Regionen unseres Landes ohne Visum einzureisen, nämlich nach Moskau, St. Petersburg und in das Gebiet Kaliningrad. Im Schengener Europa geht die Entwicklung aus irgendeinem Grunde in die entgegengesetzte Richtung.

1996 fiel beim Bergedorfer Gesprächskreis in Moskau der Ausdruck "Spaghetti-Junction". Gemeint war damit ein großes Europa mit Beteiligung Russlands, dessen Beziehungen durch ein Knäuel politischer und wirtschaftlicher Institutionen gesichert werden, die miteinander verwoben sind wie die Fahrbahnen eines Autobahnkreuzes, wo sich die Verkehrsteilnehmer in verschiedene Richtungen

bewegen können, ohne zusammenzustoßen. Damals wurde diese Konzeption des "Spaghettiknotens" überwiegend abgelehnt. Aber mir scheint, dass eine solche Analogie nicht ganz falsch ist, insbesondere wenn man über die Visaproblematik nachdenkt.

Ein weiterer Begriff ist der der guten Nachbarschaft. In offiziellen Dokumenten ist immer wieder von gutnachbarschaftlichen Beziehungen die Rede. Das gilt sogar für Verträge, die Russland mit geografisch weit entfernt liegenden Ländern geschlossen hat, wie beispielsweise mit Kolumbien oder mit Kanada. Überall ist von "guter Nachbarschaft" die Rede. So heißt es zum Beispiel im Protokoll des Europaparlaments "Gemeinsame Strategien gegenüber Russland" vom 12. Dezember 2000: "Die Politik der EU besteht darin, regionale Zusammenarbeit als Instrument zur Schaffung einer gerechten internationalen Ordnung und gutnachbarschaftlicher Beziehungen auf der Grundlage gemeinsamer Prinzipien, Normen und Werte zu unterstützen."

Leider findet dieser Terminus aus irgendwelchen Gründen keine Erwähnung in den Dokumenten des Ostseerats. Noch erstaunlicher ist, dass es anscheinend nicht einmal eine genaue Begriffsbestimmung gibt, was eigentlich unter guter Nachbarschaft zu verstehen ist. Das heißt, es gibt keine Definition, die sich als juristische Norm anwenden ließe. Zumindest war es mir nicht möglich, eine solche in russischen Wörterbüchern und Nachschlagewerken zu finden. Und deutsche Kollegen haben mir bestätigt, dass auch sie keine solche Definition gefunden haben. Dieser Sachverhalt ist keineswegs belanglos. Denn es stellt sich die Frage: Soll der Begriff gutnachbarschaftlicher Beziehungen überhaupt als Norm in den internationalen Beziehungen gelten? Wie soll eine gute Nachbarschaft verwirklicht werden? Sie kann sich zweifellos nicht allein durch Gipfeltreffen vollziehen, sondern betrifft die Zusammenarbeit auf allen Ebenen: in regionalen, lokalen und nichtstaatlichen Organisationen. Das ist eine Frage der Subsidiarität und wie sie in den gegenwärtigen nachbarschaftlichen Beziehungen wirksam werden kann. Wenn die Subsidiarität in der Nachbarschaft zum Tragen kommen soll, dann ist es notwendig, dass die nationalen Gesetze und administrativen Vorschriften angepasst werden. Dafür sollten alle möglichen Formen der Zusammenarbeit genutzt werden.

Ein praktisches Beispiel. Der Gouverneur der Kaliningrader Oblast, Wladimir Jegorow, trifft sich fast nirgendwo mit seinen direkten Amtskollegen, also mit den Vorsitzenden der entsprechenden Verwaltungsstrukturen in den Nachbarländern, beispielsweise den Woiwodschaften Polens, den deutschen Bundesländern oder den Landkreisen Litauens. Es gibt zwar zweiseitige Treffen, aber Einrichtungen wie einen Rat oder eine Konferenz regionaler Spitzenpolitiker sucht man vergeblich. Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas weist eine Beteiligung von 162 Subregionen auf. Bei so vielen Teilnehmern läuft eine Organisation ganz schnell aus dem Ruder. Mit anderen Worten: Die Entwicklung der Zusammenarbeit in der Ostseeregion weist noch große Möglichkeiten auf.

Gestatten Sie mir vier kurze Schlussfolgerungen:

Erstens meine ich, dass über eine gute Zusammenarbeit in der Ostseeregion bereits alles gesagt wurde und es jetzt notwendig ist, endlich zu Taten zu kommen.

Zweitens und vielleicht am wichtigsten: Die Erweiterung der Europäischen Union sollte nicht mit der Philosophie des Sieges, der in einem schweren Kampf errungen wurde, verbunden werden. Ich habe derzeit das Gefühl, dass sich in den Nachbarländern, was ihre Beziehungen zur Kaliningrader Oblast angeht, eine Art Siegermentalität breit macht, indem man die Aufnahme in die EU wie einen lang erwarteten Sieg feiert. Diese Euphorie lässt die Erreichung des Zieles in den Hintergrund treten. Dabei versuchen die Regierungen dieser Länder, ihre Völker in den europäischen Klub zu bringen, ohne zuvor die Wünsche der Menschen in einem Referendum zu erkunden.

Der französische Philosoph Jean Paul Sartre hat einmal gesagt: Wenn man den Details eines Sieges auf den Grund geht, ist er nur schwer von einer Niederlage zu unterscheiden. Ich möchte diesen Gedanken auf meine Weise umformulieren: In unserer heutigen Informationswelt, wo es das Internet gibt, sind alle Details zugänglich und allgemein bekannt. "Heute kann man niemanden von einem Sieg überzeugen, denn allen ist der Preis bekannt, der für den Sieg bezahlt werden musste!"

Drittens. Die Kaliningrader Bürger sehen sich heute einer Situation gegenüber, die es nirgendwo sonst in Europa gibt: Es findet in dieser Region ein - durchaus friedlicher - Prozess statt, durch den Menschen in ihrer Freiheit, die für sie geradezu lebenswichtig ist, eingeschränkt werden sollen. Das wäre der Fall, wenn für die Kaliningrader ein Visumszwang eingeführt und damit die Freizügigkeit im grenzüberschreitenden Verkehr zurückgedrängt würde. In dem Falle, so meine ich, müssten Kaliningrader eine entsprechende Kompensation für diesen Verlust erhalten. Anderenfalls würde man der europäischen Humanität und dem Rechtsempfinden einen großen Schaden zufügen. Immanuel Kant wäre sehr ungehalten.

Viertens. Bei den gutnachbarschaftlichen Beziehungen handelt es sich zweifellos um ein interessantes wissenschaftliches Thema. Es wäre sicher lohnend, diese als Rechtsnorm festzulegen und möglicherweise eine Konvention über gutnachbarschaftliche Beziehungen in der Ostseeregion auszuarbeiten. Dazu abschließend ein nicht ganz ernst gemeintes Beispiel. Im vergangenen Jahr hat eine Fußballmannschaft aus der Kaliningrader Oblast in der litauischen Liga gespielt. Ich denke, die gutnachbarschaftlichen Beziehungen in der Ostseeregion würden noch besser werden, wenn Mannschaften aus allen Ländern dieser Region bei Meisterschaften der Nachbarländer mitspielen könnten, sodass ein Fußballverband - gewissermaßen ein baltischer Fußballverband - entstehen würde. Das könnte jedenfalls schneller verwirklicht werden als die Schaffung des Ostsee-Energieverbundes, an dem heute bereits gearbeitet wird.

Ignatavicius

Zunächst möchte ich Artur Kuznetsov versichern, dass Euroskeptiker nicht so sehr eine Gefahr für das Gebiet von Kaliningrad darstellen, denn es gibt gerade mal etwas mehr als 20 Prozent von ihnen in Litauen. Es gibt weit mehr Kaliningrad-Anhänger in dieser Region, die gegen jede Art von negativen Erscheinungen opponieren. Ich verweise nur auf die Kaliningrader Mannschaft in unserer Fußballliga. Deren Leistung war vielleicht ein wenig zu gut; wir sind jetzt etwas vorsichtiger, uns noch weiter zu öffnen, denn das Team wurde fast litauischer Meister.

Um eine allgemeine Schlussfolgerung aus den bisherigen Beiträgen zu ziehen, so wurde hier der Eindruck vermittelt, dass die Ostseeregion sowohl ein ungeheures Wachstumspotenzial bietet, zugleich aber eine Region wachsender Disparitäten und ungleicher Entwicklung ist. Was die Beziehungen zu Russland und zu russischen Regionen wie der Kaliningrad-Oblast angeht, sind diese vor allem dadurch geprägt, dass Litauen und die anderen baltischen Länder sowie Polen dabei sind, der EU beizutreten. Die Beitrittsverhandlungen sind für uns ein starker Motor, um unsere Volkswirtschaften und Länder zu transformieren. Doch vorerst sehe ich keinen solchen Motor in Russland im Allgemeinen und in der russischen Region von Kaliningrad im Besonderen.

Es gibt eine wachsende Zahl von Initiativen und Strategien der EU in Bezug auf Russland, die russischen Regionen und Kaliningrad; auch Nachbarländer versuchen dort einige Projekte und Initiativen ins Leben zu rufen. Aber derzeit ist keine umfassende Strategie auf russischer Seite zu erkennen, die darauf gerichtet wäre, Möglichkeiten für die russischen Regionen im Nordwesten zu eröffnen, sich bei regionalen Kooperationen zu engagieren und den Erweiterungsprozess der EU zu unterstützen. Wir haben diese Fragen vor zwei oder drei Jahren in kleineren Gruppen an runden Tischen erörtert und sagen immer noch das Gleiche. Drei Jahre sind seit dem Beginn unserer Gespräche über die mit Kaliningrad zusammenhängenden Probleme vergangen. Wenn die Situation nach drei Jahren immer noch die gleiche ist wie zuvor, dann heißt das, dass eine Reihe von Chancen und Möglichkeiten vertan wurden. Denn anderthalb Jahre, die noch bis zur Beendigung unserer Beitrittsverhandlungen mit der EU verbleiben, sind auch für die Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland sowie für den begonnenen Dialog über die Zukunft des Kaliningrad-Gebietes entscheidend.

Ohne neue Ansätze und Mechanismen werden die russischen Regionen in zunehmendem Maße hinterherhinken. Die Disparität mit all ihren negativen Konsequenzen wie Schmuggel und organisiertem Verbrechen wird zunehmen. Es wird jedenfalls sehr viel schwerer werden, unsere Grenzen für grenzüberschreitende Zusammenarbeit im zwischenmenschlichen Bereich zu öffnen. Die möglichen Lösungen sollten sehr pragmatisch sein. Wir benutzen immer noch geopolitische Begriffe oder versuchen, sehr konkrete Probleme mit globalen Fragen der Weltwirtschaft zu verbinden.

Russland muss eine umfassende Strategie für die Beziehungen mit der Europäischen Union und für die regionale Integration entwickeln. Dies gilt insbesondere für Kaliningrad. Es fehlt offenkundig an finanziellen Instrumenten, was Artur Kuznetsov und andere angesprochen haben; es mangelt an Koordination, und Programme werden außerordentlich langsam abgewickelt und durch zentrale Entscheidungen behindert, weil alles vom Wirtschaftsministerium in Moskau gemanagt wird. Nach der Verwaltungsreform in Russland gibt es jetzt im Hinblick auf Kaliningrad Dreiecksverbindungen: Die Entscheidungen gehen von Moskau nach St. Petersburg und von dort nach Kaliningrad. Dies macht alles sehr langsam, und die wirklichen Nöte dieser Region gehen in diesem Prozess unter.

Wir erleben das tagtäglich. Wir investieren unser Geld in grenzüberschreitende Projekte; aber es ist kein Geld auf Kaliningrader Seite vorhanden. Russland gibt dafür keine Haushaltsmittel frei. Russland beteiligt sich nicht an den Tacis-Programmen. Es gibt keine dezentralen Finanzinstrumentarien in der Region. Die kürzliche dänische Idee der Gründung eines Fonds für regionale Zusammenarbeit wird vielleicht eine Lösung bringen. Unsere Regionen arbeiten schwer. Sie entwickeln Projekt um Projekt; das Euro-Rad, ein Fahrradweg durch Kaliningrad nach Polen und Deutschland. Doch das meiste steht

nur auf dem Papier, weil es keinen finanziellen Rückhalt gibt und deshalb ohne jede Perspektive bleibt.

Noch ein Wort zum beginnenden Dialog zwischen Russland und der Europäischen Union über die Perspektiven von Kaliningrad. Für diesen Dialog wird man gewiss sehr viel an Flexibilität auf beiden Seiten benötigen. Denn beide Seiten müssen die vorhandenen gesetzlichen Gegebenheiten für die Kooperation mit dieser Region Russlands ändern und ausweiten. Ich glaube nicht, dass das auf beiden Seiten leicht sein wird. Man hat für das Kaliningrad-Gebiet mehrere Begriffe gebraucht: eine Pilotregion oder eine Art Hongkong. Ich würde einwenden, dass bislang vielleicht nur Litauen in Bezug auf Kaliningrad eine Art von Hongkong-Behandlung im Sinne von visafreien Aufhalten praktiziert. Ich bin aber nicht sicher, ob Russland bereit ist, Visaverfahren zu erleichtern und den Hongkong-Weg zu gehen. Ein besonderes Visaregime für das Kaliningrad-Gebiet und die EU erscheint mir ebenso wenig eine wirkliche Option.

Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen wurden als realisierbare Lösung genannt, um die Spannungen in der Region abzubauen. Ich möchte dazu anmerken, dass wir bereits einige positive Entwicklungen mit Russland in dieser Hinsicht realisiert haben. Im letzten Jahr haben wir mehreren regionalen vertrauensbildenden Maßnahmen, zum Beispiel zusätzlichen Besuchen, zugestimmt entsprechend der Wiener Akte und dem Austausch von Informationen über unsere militärische Struktur gemäß dem CFE-Standard. Wir haben weitere vertrauensbildende Maßnahmen gegenüber Russland und Kaliningrad vorgeschlagen. Militärangehörige der Ostseeflotte nehmen jetzt an Umweltübungen in Litauen teil. Das scheint mir ein guter Weg zu sein, den man weiterverfolgen sollte.

Zusammengefasst: Es gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten, aber wir haben es mit einem sehr engen Zeitplan zu tun, um die Entscheidungen zu treffen.

Moshes

Ich gehöre, was die Beziehungen Russlands zur Europäischen Union betrifft, nicht zu den Euroskeptikern, auch wenn ich derzeit nicht unbedingt zum Lager der Europaenthusiasten zähle. Ich würde mich deshalb eher als einen Europarealisten bezeichnen. Das Verhältnis zwischen Russland und der sich erweiternden Europäischen Union, aber auch zwischen Russland und der EU insgesamt stößt nicht nur wegen Kaliningrad und auch nicht allein im Hinblick auf die Ostseeregion auf viele Probleme, von denen ich hier nur auf die drei wichtigsten eingehen will.

Erstens gibt es ein institutionelles Problem. Russland verfolgt nicht das Ziel der Aufnahme in die Europäische Union. Von daher erfährt der Dialog erhebliche Einschränkungen in der Praxis. Dafür ist beispielhaft, dass die Mittel, die im EU-Budget zur Projektfinanzierung aus Phare und Tacis vorgesehen sind, nicht gebündelt werden können. Dazu gehört auch der sonderbare Tatbestand, dass Gelder aus dem Interreg-Fonds den benachbarten russischen Territorien erst dann zukommen können, wenn die baltischen Staaten Mitglieder der EU geworden sind. Diese Mittel werden aber gerade jetzt dringend benötigt, damit die sozialen und ökonomischen Diskrepanzen in der Region sich nicht weiter verstärken.

Dass Russland nicht den Beitritt zur EU anstrebt und deshalb seine Gesetzgebung auch nicht auf die Prinzipien des *Acquis Communautaire* abstimmt, führt dazu, dass die Unterschiede zwischen Russland und dem europäischen Wirtschaftsraum größer werden. Was bleibt, ist der angestrebte Energiedialog, der aber die russischen Exporte weiterhin fast ausschließlich auf den Rohstoffsektor konzentriert.

Zweitens. Ein weiteres Problem besteht darin, dass der Dialog zwischen Russland und der Europäischen Union asymmetrisch verläuft. Das betrifft nicht nur die ungleichen Wirtschaftspotenziale. Erwähnen könnte man auch, dass Russland heute 40 Prozent seines Handels mit der EU abwickelt, während umgekehrt der EU-Handel mit Russland nur wenige Prozente ausmacht. Daran wird sich wohl auch in Zukunft nicht viel ändern. Mir geht es in diesem Zusammenhang vor allem darum, dass Russland nur über sehr begrenzte diplomatische Druckmittel verfügt. In Streitfällen kann Russland nur seine Position darlegen und muss ansonsten auf den guten Willen seitens Brüssel hoffen. Gegenmaßnahmen nützen gerade im Hinblick auf die EU-Erweiterung im Ostseeraum nichts.

Welche Möglichkeiten hat Moskau, wenn Kaliningrad von einem festen Grenzzaun umgeben ist? Sicher, es kann den Bürgern der Nachbarstaaten den Zutritt nach Kaliningrad verwehren. Das mag für diese gewisse wirtschaftliche Verluste mit sich bringen, sie könnten in dem Fall aber ihre Wirtschaftsaktivitäten jederzeit umorientieren, eine Möglichkeit, die für die Russen nicht gegeben ist. Das könnte nicht nur unmittelbare Wirkungen, sondern auch langfristige Konsequenzen haben. Wenn es Russland nicht gelingt, in der Europäischen Union mehr Verständnis für die eigene Haltung zu

finden, wird die Enttäuschung in Russland im Hinblick auf den generellen Dialog mit der EU zunehmen. Der Dialog zwischen Russland und der EU und zwischen Russland und Europa im weiteren Sinne erweist sich als verwundbar, sobald politische Faktoren ins Spiel kommen. Ich erinnere nur an den Dezember 1999, als der Tschetschenien-Konflikt auf dem Höhepunkt war. Damals ist es auf dem Forum in Helsinki nicht gelungen, jene Potenziale weiterzuentwickeln, die bereits vorhanden waren.

Sollte es zur Aufnahme der baltischen Länder in die NATO kommen, könnten die Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union noch in eine weit größere Krise geraten, ohne dass ich jetzt die Situation dramatisieren will. Zum einen bleibt, wie hier gesagt wurde, noch genügend Zeit, um eine solche Entscheidung zu überdenken. Zum anderen wissen wir nicht, was tatsächlich geschehen wird. Und ich denke auch nicht, dass sich Russland eine lang anhaltende Krise in seinen Beziehungen zur EU leisten kann. Schon eine Krise, die nur einige Monate oder gar ein Jahr andauert, würde diese Beziehungen weit zurückwerfen. Ich meine aber, man sollte die Möglichkeit einer solchen Krise nicht unterschätzen, wenn es zu einer entsprechenden Entscheidung auf dem Prager NATO-Forum im nächsten Jahr kommen sollte.

Drittens einige Bemerkungen zur "Nördlichen Dimension" als eines der Instrumente der EU-Politik gegenüber Russland. Es ist schon fast zur Gewohnheit geworden, die Vorzüge dieser Initiative in schönen Worten zu schildern. Sie ist in der Tat eine nützliche politische Konzeption, die aber in der Praxis bisher wenig Konkretes bewirkt hat. Der in Feira beschlossene Aktionsplan stellt nach wie vor eine Absichtserklärung dar, und es lässt sich schwer vorhersagen, was daraus werden wird. Ich bin in der Hinsicht recht skeptisch. So bin ich nicht davon überzeugt, dass sich die Brüsseler Kommission zukünftig weiter in dieser Richtung engagieren wird, wenn Finnland und Schweden den Vorsitz abgegeben haben. Ich glaube jedenfalls nicht, dass es zum Beispiel unter der spanischen Präsidentschaft einen Sonderbotschafter geben wird, der eigens für die "Nördliche Dimension" zuständig ist.

Die finanzielle Ausstattung wurde bereits erwähnt. Das ist eine Angelegenheit von Brüssel. In Russland wächst die Skepsis gegenüber der "Nördlichen Dimension" zumindest in zwei Richtungen. Zum einen zeigt sich, dass der Handel auf die Lieferung von Energieträgern fokussiert wird, während die Frage der technologischen Modernisierung Russlands vernachlässigt wird. Die Sowjetunion hat jahrzehntelang Energieträger verkauft, ohne dass an die Vorstellung einer "Nördlichen Dimension" auch nur zu denken war. Dabei will ich den Nutzen und die Tauglichkeit dieser Konzeption für die Entwicklung der nördlichen Regionen Russlands gar nicht ganz verneinen. Die Konzeption müsste allerdings weiter gefasst und im Hinblick auf den gegenwärtigen Dialog über eine Energieallianz konkretisiert werden.

Hier wurde verschiedentlich Kaliningrad mit Hongkong verglichen. Diese historische Analogie ist schon deshalb inadäquat, weil Hongkong erst durch die britische Kolonialverwaltung zu diesem Hongkong geworden ist. Unabhängig davon geht es zwar vor allem um die Steigerung der Exportorientierung der Kaliningrader Wirtschaft, aber ein Vergleich mit Shanghai oder einer anderen Sonderwirtschaftszone in China besagt wenig, weil wir uns hier in einer völlig anderen Situation befinden.

Olsson

Wenn wir über die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland in der Ostseeregion sprechen, dann geht es nicht zuletzt um die Frage: Was will Russland in dieser Hinsicht? Herr Ignatavicius hat darauf hingewiesen, dass das zuständige Ministerium in Moskau Tacis-Gelder für Projekte in der Region nicht gerade mit überwältigender Begeisterung freigibt. Was hat Moskau also mit Kaliningrad vor?

Ich entsinne mich an Beratungen mit Vertretern aus dem Außenministerium in Moskau vor unserer EU-Präsidentschaft. Dabei haben wir verschiedene Vorschläge auf den Tisch gelegt und uns wurde klargemacht, dass Moskau eine Besserstellung russischer Bürger, die in Kaliningrad leben, gegenüber anderen russischen Bürgern nicht akzeptieren würde.

Die Zusammenarbeit der EU und Russland in der Ostseeregion müsste also sowohl auf russischer als auch auf EU-Seite in einem größeren Kontext gesehen werden angesichts unterschiedlicher konkurrierender Interessen. Von den 15 EU-Mitgliedsstaaten sind hier nur vier vertreten. Sicher, wir vier gehören zu den Überzeugten und sitzen bereits im richtigen Zug. Das Problem ist, dass es noch elf weitere Mitglieder in der Union gibt, die vermutlich unterschiedliche Interessen gegenüber dieser Region verfolgen oder deren Interessen hinsichtlich dieser speziellen Region weit weniger ausgeprägt sind.

Fagernäs

Ich möchte einige Anmerkungen zu den Beiträgen von Herrn Kuznetsov und Herrn Moshes machen, die in vieler Hinsicht sehr wichtig waren, obwohl mich einige Punkte etwas irritiert haben.

Herr Kuznetsov hat die Hoffnung ausgedrückt, dass die EU-Erweiterung nicht als Sieg oder Niederlage verstanden wird. Wir meinen - ich zumindest bin davon überzeugt -, dass die Erweiterung nur Gewinner mit sich bringen wird. Das gilt sowohl für die Wirtschaft und die ökonomische Entwicklung als auch unter Stabilitätsaspekten. Dies hängt von der Integration ab, was von allen beteiligten Ländern der Region in gleicher Weise gesehen wird. Die Integration in der EU gründet auf einem Konzept, dass alle an den Vorteilen teilhaben und dass diese Vorteile aufgrund einer effektiveren Ökonomie zunehmen. Wir denken darüber nicht in geopolitischen Kategorien und fassen das Ganze nicht als ein Nullsummenspiel auf, schon gar nicht im Sinne von Sieg und Niederlage.

Herr Moshes sprach den Eurorealismus an und bezog sich dabei auf die grundlegenden Probleme in der Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU, und zwar vor allem aus zwei Gründen. Der eine Grund ist, dass Russland nicht der Europäischen Union beitreten wird. Zum anderen, wenn ich ihn richtig verstanden habe, wird Russland niemals den Acquis Communautaire akzeptieren, zumindest nicht als Ganzes. Dennoch besteht in der Partnerschaft und Zusammenarbeit eine Verpflichtung, die Vorschriften auf wirtschaftlichem Gebiet zu harmonisieren. Wir hoffen natürlich sehr, dass dies geschehen wird, weil es die geschäftliche Entwicklung erheblich erleichtern und auf diese Weise auch verhindert würde, dass zwischen den Kandidatenländern und Russland in Kürze eine normative Trennlinie entstünde.

Herr Moshes fügte hinzu, dass es Russland an wirtschaftlichen Hebeln fehle. Ich hoffe, er meinte damit Instrumente, die für die globale Ökonomie attraktiv sind, Anreize für privates Kapital schaffen, um zu investieren und neue Geschäftsfelder zu entwickeln. Dies würde ich als einen Hebel im globalen Kontext verstehen. Des Weiteren meinte er, die Nördliche Dimension habe in der Praxis nicht viel bewirkt und der technologischen Entwicklung in Russland nur wenig Beachtung geschenkt. Ich denke, wir stimmen darin überein, dass die Nördliche Dimension kein Schönheitswettbewerb ist. Aber es braucht seine Zeit, um dieses Konzept umzusetzen.

Herr Tuomioja hat zu Beginn unseres Gesprächs erwähnt, dass bei der Nördlichen Dimension nicht Geld das eigentliche Problem ist, sondern das Engagement und der Mangel an bankfähigen Projekten. Die Nördliche Dimension hat es nicht nur mit öffentlichen Projekten zu tun, und sie operiert nicht nur mit Beihilfen. Es geht vor allem um die Verbesserung der Investitionsbedingungen in den betreffenden Partnerländern, um es dem Privatkapital zu ermöglichen, in Sektoren zu fließen, die Teil des Aktionsplans sind, beispielsweise Energie, und dies nicht nur, um die nationalen Vorkommen auszubeuten, sondern um eine effizientere Energienutzung zu erreichen und das Energiesparen anzuregen. Neue Technologien werden in Russland auf diesen Gebieten sicherlich benötigt. Das gilt auch für Forstwirtschaft, Informationstechnologie und Verkehrswesen.

Moshes

Ich möchte eine Sache klarstellen. Ich habe nicht nur von ökonomischen Durchschnittswerten gesprochen. Mir ging es um die Asymmetrie des Dialogs, die im wirtschaftlichen Bereich evident ist, aber auch für die normalen diplomatischen Gepflogenheiten gilt. Deshalb war mein entscheidender Punkt: Wenn die EU die russischen Besorgnisse zum Beispiel bei der Visafrage nicht berücksichtigt, kann Russland wenig tun, um sich Gehör zu verschaffen. Und eben das beeinträchtigt den Dialog, denn da wird nicht von gleich zu gleich gesprochen. Die Folge sind erkennbare Ermüdungserscheinungen oder sogar Frustration.

Stürmer

Herr Zöpel hat als Voraussetzung für eine gemeinsame europäische Perspektive Russlands die Veränderung des russischen Selbstverständnisses im Hinblick auf seine Groß-machtdefinition genannt: statt militärischer hard power gewissermaßen ökonomische soft power. Und im Hinblick auf Kaliningrad zitierte er den russischen Außenminister Iwanow, der von einer Pilotfunktion für Kaliningrad gesprochen habe. Meine Frage ist: Pilotfunktion for better or for worse? Als Einfallstor für russische Kriminelle nach Westeuropa, das wünschen wir uns von Kaliningrad nun auf gar keinen Fall. Das ist einer der Gründe, warum auch die Europäische Union in der Visafrage sehr zurückhaltend ist. Das wird meist nicht so deutlich gesagt. Je mehr das Wohlstandsgefälle zwischen Polen, den baltischen Ländern und Russland zunimmt, desto stärker wird Kaliningrad ein Magnet für unerwünschte Elemente werden. Das verheißt jedenfalls keine gute Nachbarschaft.

Dazu kommt, dass Kaliningrad, abgesehen von seiner Lage an der Ostsee, kaum irgendwelche Attraktionen bietet. Der russischen Regierung ist dazu in den letzten zehn Jahren - wie zuvor schon der Sowjetregierung - nicht eben viel eingefallen, trotz vielfältiger Versprechungen, die immer wieder abgegeben wurden. Das wird sich in den nächsten Jahren kaum wesentlich ändern; denn Moskau hat zurzeit andere Sorgen, als sich bevorzugt um Kaliningrad zu kümmern.

Nun ist die Zeit bis zur Osterweiterung der EU, die 2004 oder 2005 stattfinden könnte, außerordentlich kurz. Deshalb wäre meine Anregung, in Brüssel entsprechende Arbeitsgruppen einzurichten - unter Beteiligung der Wirtschaft, der Banken und auch der Medien -, um Vorschläge für sinnvolle Entwicklungsvorhaben dieser Region zu erarbeiten. Dazu könnten etwa langfristige Leih- und Pachtverträge gehören, um den Russen endlich die Angst zu nehmen, dem Westen, speziell Deutschland, sei es nur darum zu tun, das frühere Ostpreußen aufzukaufen mit juristischen Tricks und kapitalistischen Machenschaften. Ich denke, es wäre wichtig, russische Befürchtungen und Bedürfnisse in Übereinstimmung zu bringen mit westlichen Interessen und Aktivitäten. Anderenfalls könnte sich die Lage um Kaliningrad zuspitzen.

Kindsmüller

Was kann die Ostseekooperation in Bezug auf Russland leisten? Neben den ökonomischen Problemen und den Schwierigkeiten mit Kaliningrad erscheint mir ein Thema besonders wichtig, nämlich die Zukunft der Zivilgesellschaft in Russland. Diese Frage dürfte langfristig für die Reformfähigkeit und auch für die ökonomische Stabilität Russlands von größter Bedeutung sein. Hier könnte das eigentliche Feld der Ostseekooperation liegen.

In der Zwischenzeit hat sich gerade im Bereich der persönlichen Kontakte ein Netz gebildet, das auf Russland ausgeweitet werden sollte, insbesondere auf den Nordwesten Russlands, der eine Art von kritischer Masse bilden könnte. Insofern teile ich auch die Kritik am Aktionsplan "Nördliche Dimension", bei dem noch zu wenig Aktion erkennbar ist.

Was könnte die Ostseekooperation konkret tun, um Russland zu helfen? In der Tat brauchten wir so etwas wie ein Ostseeprogramm der Europäischen Union. Das müsste gar nicht mehr kosten, sondern es würde schon ausreichen, wenn man die bereits vorhandenen Instrumente leichter verfügbar machen könnte, indem beispielsweise die bürokratischen Hemmnisse abgebaut werden.

Um die Zivilgesellschaft zu stärken, wäre etwa ein Verbund der Hochschulen im Ostseeraum im Sinne einer Ostsee-Universität hilfreich, damit Studenten heute in Kaliningrad, morgen in Riga, übermorgen in Kiel oder in Greifswald studieren können und sich auf diese Weise so etwas wie eine Ostseeidentität bilden würde, einschließlich der jungen intellektuellen Eliten Russlands.

Eine weitere Anregung: Warum gibt es bisher keine Ostsee-Jugendstiftung, wie sie auch vom Ostseerat mehrfach gefordert wurde, etwa nach dem Vorbild des deutsch-französischen Jugendwerks? Dort könnten junge Leute, Schülerklassen beispielsweise, aus verschiedenen Ländern der Ostseeregion zusammenkommen und dazu beitragen, dass sich insbesondere im Nordwesten Russlands gewissermaßen eine kritische Masse von Zivilgesellschaft bildet. Hinzu käme die Förderung von Initiativen auf lokaler Ebene, wie sie bereits vielerorts bestehen, die ausgebaut werden müssten.

Heimsoeth

Zu den konkreten Vorschlägen von Herrn Kindsmüller, die ich durchaus befürworte - beispielsweise den Gedanken einer Jugendstiftung -, stellt sich natürlich sofort die Frage, woher das Geld dafür kommen soll. Von deutscher Seite heißt es dann: Zusätzliche Mittel sind für ein solches Projekt nicht vorhanden; wenn man so etwas machen will, müssen andere Programme gekürzt werden. Ob sich dafür mehr private Gelder einwerben lassen, wäre zu prüfen.

Auch die Überlegung, eine Ostsee-Universität zu schaffen - vielleicht als ersten Schritt in Form einer Ostsee-Sommeruniversität -, ist sehr zu begrüßen, um die Mobilität der jungen Menschen in dieser Region zu erhöhen. Dazu würde beispielsweise auch die gegenseitige Anerkennung von Universitätsabschlüssen gehören. Ein entsprechender Vorschlag ist auf einer Expertentagung während der deutschen Präsidentschaft in Berlin gemacht worden. Dazu bedürfte es aber eines stimmigen Konzepts sowohl im Hinblick auf die organisatorischen Abläufe als auch der Schaffung der notwendigen finanziellen Voraussetzungen. Das sollte jemand bewusst in die Hand nehmen, andere würden dann mitziehen. Bisher ist es so, dass jedes Land im Wesentlichen seine eigenen Initiativen fördern möchte. Hier bedarf es noch einer intensiven Bewusstseinsbildung in Richtung der

Unterstützung multilateraler Projekte. Aber die Eurofakultät in Kaliningrad ist ein gutes Beispiel, dass es möglich ist, gemeinsame Projekte zu schaffen, wenn auch nicht leicht zu realisieren.

Kovalchuk

Ein Mensch fürchtet sich sehr vorm Fliegen. Als er das erste Mal in einem Flugzeug sitzt, wird er nervös und sagt zu seinem Nachbarn: "Sieh mal, die Menschen da unten, wie Ameisen." Der Nachbar schaut aus dem Fenster und antwortet: "Das sind Ameisen, wir fliegen noch nicht." Ich erwähne diese Geschichte, weil ich es für gefährlich halte, die Zukunft zu prognostizieren, wenn man die Prozesse, die sich in der Gegenwart vollziehen, nicht versteht.

In ganz Russland haben sich im vergangenen Jahr eine Reihe von Veränderungen vollzogen, die Bezug zu unserer Diskussion hier haben. Vor einem Jahr war Russland in Gefahr, seine territoriale Einheit zu verlieren, ob es als Staat weiterbestehen würde oder nicht. Das war nicht nur eine Folge der Wirtschaftskrise und war auch nicht nur auf die Situation im nördlichen Kaukasus zurückzuführen.

Russland hat in den letzten zehn Jahren ständige Systemveränderungen durchgemacht, ohne wirklich zu begreifen, was da vor sich ging. Eine der wesentlichen Auswirkungen war, dass die Abstimmung zwischen der regionalen und der föderalen Ebene nicht mehr funktionierte. Ein Beispiel: Eine Untersuchung ergab, dass über 50 Prozent der Gesetze und Verordnungen, die in den Föderationssubjekten erlassen wurden, nicht nur zur föderalen Gesetzgebung, sondern auch zur Verfassung der Russischen Föderation im Widerspruch standen.

Das führte natürlich zunächst zu Problemen im Bereich der Wirtschaft. Ein Investor beispielsweise hatte damit zu tun, dass die Gesetze in der einen Region sich grundlegend von denen unterschieden, die in einer anderen Region, in die er seine Produkte liefern wollte, Geltung hatten, insbesondere was die Besteuerung angeht.

Es hat aber auch politische Implikationen, wenn Verträge mit internationalen Partnern den Regelungen der Föderationssubjekte unterliegen und nicht denen des Staates insgesamt. In dieser Hinsicht war die Reform, die im vergangenen Jahr im Verwaltungssystem stattgefunden hat, vor allem darauf gerichtet, wieder einen einheitlichen Rechtsraum für das Land als Ganzes zu schaffen. Die Verwaltungsreform wurde bereits angesprochen, auch die Etablierung größerer Gebietseinheiten, die eben darin begründet ist.

Als zweites wichtiges Element erwähne ich den Tatbestand, dass die strategische Planung in Russland abhanden gekommen war. Man hätte genauer analysieren müssen, wie sich das Land in den letzten zehn Jahren entwickelt hat. Die Gesellschaft war sich nicht darüber im Klaren, was mit ihr eigentlich geschehen war. Deshalb waren die Präsidentschaftswahlen im letzten Jahr mit der Erwartung verbunden, dass wieder Klarheit über die gesellschaftliche Ordnung und die Prioritäten geschaffen wird. Deshalb richteten sich die Planungen entweder auf eine Branche oder auf eine Region oder auf ein Großunternehmen.

In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass im vergangenen Jahr zwei Zentren für strategische Forschung und Analyse gegründet wurden: das eine in Moskau; das andere in St. Petersburg, nämlich das so genannte "Nordwestzentrum", das eine große Gebietseinheit umfasst, die aus elf Föderationssubjekten besteht. Dazu gehören unter anderem Murmansk, Wologda, Karelien, die Leningrader Oblast und St. Petersburg. Die Hauptaktivitäten dieses Zentrums lagen bisher fast ausschließlich in den Regionen. Zunächst wurden in einem Grundsatzprogramm die zukünftigen Prioritäten im Nordwesten Russlands insgesamt festgelegt. An der Ausarbeitung waren die verschiedenen nordwestrussischen Gebietsexekutiven beteiligt. Zu den Prioritäten des russischen Nordwestens sollten danach die vertiefte Integration mit Europa und die Zusammenarbeit mit den europäischen Ländern gehören.

Zu den Veränderungen seit dem letzten Jahr gehört auch das Heranwachsen einer neuen Generation in Russland. Eine Gefahr für die Hinwendung Russlands zu den europäischen Gesellschaften könnte darin liegen, dass sie von unrealistischen Erwartungen ausgeht, die der heutigen Situation völlig unangemessen sind. In den letzten zehn Jahren hat sich Russland neben gewissen oligarchischen Strukturen in der Wirtschaft, die in den Massenmedien bevorzugt behandelt werden, eine neue Schicht ausgebildet - vor allem in den Provinzen -, die inzwischen an die Macht gelangt ist. Das zeigt sich schon in der Sprache, die diese jungen Leute verwenden, die eine ganz andere Einstellung und Psychologie widerspiegelt. Es geht weniger um eine Systemveränderung, sondern darum, ob es bei uns eine kritische Masse von Menschen gibt, die neu zu denken vermögen. Ich meine, das ist tatsächlich der Fall, und das beantwortet in gewissem Sinne auch die Frage, welche möglichen Gefahren von diesen und anderen Bewegungen in Russland ausgehen könnten.

Große Teile dieser jungen Generation vertreten nicht nur ganz andere Ansichten. Aufgrund der unbeschränkten Reisefreiheit haben sehr viele von ihnen bereits zahlreiche Länder besucht, vor allem in Europa. Das sind nicht nur die wohlhabenden Leute. Eine Analyse des Reiseverkehrs zeigte, dass die Zusammensetzung der Reisenden in etwa der Bevölkerungsstruktur im Ganzen entspricht. Es reist also nicht nur eine Elite. Von daher wage ich die Behauptung, dass man im jetzigen Russland - zumindest gilt das für den Nordwesten - heute von Europa mehr versteht als Europa von Russland. Deshalb sehe ich eine unserer Aufgaben darin, das gegenseitige Verstehen zu fördern. Wenn wir, bildlich gesprochen, gemeinsam ein Gebäude bauen wollen, können wir dies nur auf einem Fundament und nicht auf zweien gründen.

Abschließend zwei Bemerkungen. Zum einen möchte ich einen Vorschlag machen. Als Vertreter des Zentrums für strategische Forschung und Analyse der Nordwestregion würde ich es sehr begrüßen, wenn ein Bergedorfer Gesprächskreis in unserem Zentrum in St. Petersburg stattfinden könnte. Ich denke, das würde im Einverständnis mit Moskau möglich sein. Bei einem solchen Treffen sollten wir uns mit der Frage beschäftigen, inwieweit in Russland bereits eine kritische Masse, ein System von Prioritäten und Strategien vorhanden ist.

Zweitens. Herr Kindsmüller hat bereits einige konkrete Anregungen gegeben. Das heißt, für den generellen Informationsaustausch und die Erörterung der geopolitischen Situation im Allgemeinen sollten wir uns um eine Konkretisierung bemühen. Dafür wurden hier zwei Akzente angesprochen. Zum einen geht es um Innovationen, auf denen wir gemeinsam aufbauen können. Zum anderen müssen wir auf die Jugend setzen. Die meisten Leute unseres Alters werden kaum mehr etwas Neues schaffen können. Wir repräsentieren eine Übergangszeit. Wir sind ja auch nicht die Adressaten dieser Neuerungen, denn solche Prozesse ziehen sich über viele Jahre hin. Deshalb kommt es darauf an, für die junge Generation Programme zu erstellen, die sowohl der Innovation als auch der Bildung und dem intensiven Austausch dienen. Dafür brauchen wir konkrete Aktivitäten, um Dinge tatsächlich in Bewegung zu setzen und nicht nur in Programmen darzulegen.

Iloniemi

Bei einem solchen Treffen wird uns bewusst, dass der alte Homo sovieticus noch recht lebendig ist, während der neue junge Homo europaeus bisher noch keinen wirklichen Einfluss ausübt.

Schlögel

Ich habe kein Rezept, um den Russen zu raten, was sie tun sollten. Ich denke, die müssen ihre Probleme selber lösen. Ich möchte lediglich einige Beobachtungen und Anregungen beisteuern.

Es geht mir nicht um Russland als Ostseemacht, sondern zunächst um die Feststellung, dass die größte städtische Agglomeration Russlands an der Ostsee, nämlich St. Petersburg, mit seiner großen kulturellen und wissenschaftlichen Tradition in unserem Bewusstsein - zumindest gilt das für Deutschland - so gut wie überhaupt nicht vorkommt. Wenn man von Deutschland nach Russland blickt, dann ist man in erster Linie auf Moskau fixiert. Und solange sich das nicht ändert, wird sich auch auf russischer Seite kaum etwas in Richtung Ostsee tun.

Dabei bin ich der Ansicht, dass sich der Ostseeraum allmählich zu entwickeln beginnt, den ich mir ohne eine kulturelle Präsenz von St. Petersburg überhaupt nicht vorstellen kann. Wir haben inzwischen gute Erfahrungen mit Städtepartnerschaften gemacht, die aber ganz neu gedacht werden müssten. Es reicht nicht aus, dass da Hafenzentren mit Hafenstädten Verbindung aufnehmen und Universitäten zu Universitäten, sondern es geht darum, das spezifische Netzwerk von Städten im Ostseeraum wieder zu reaktivieren. So wurden beispielsweise in einer Ausstellung, die vor einem oder zwei Jahren in Stockholm zu sehen war, Stockholm und St. Petersburg spiegelbildlich als Städte am Wasser dargestellt. Das war großartig gelungen, weil dort das Visavis mitgedacht wurde, die andere Küste - die Ostsee weist ja viele solcher Visavis auf -, ohne die mitzudenken kein Ostseeraum entstehen wird. Das betrifft in Sonderheit St. Petersburg.

Wenn ich in Estland, in Tallinn, bin, stelle ich betroffen fest, wie sehr sich Tallinn von St. Petersburg abgewendet hat. Das ist insofern unverständlich, als St. Petersburg nach wie vor ein großes kulturelles und wissenschaftliches Zentrum darstellt beziehungsweise ohne jeden Zweifel wieder werden wird.

Ich plädiere also dafür, den Ostseeraum wieder mehr als Städterraum zu definieren und weniger über Russland im Allgemeinen zu sprechen, sondern über das spezifische Gewicht, das eine Stadt wie St. Petersburg in diesem Städtegefüge haben kann. Das hätte auch für Deutschland Konsequenzen, wo St. Petersburg heute noch unverdientermaßen ganz am Rande der Wahrnehmung steht.

Noch zwei Bemerkungen zur Entdramatisierung der Lage um die Kaliningrader Oblast. Zum einen ist die Lage dort nicht so neu, wie immer behauptet wird. Die Kaliningrader Oblast beziehungsweise früher Ostpreußen hatte immer eine exzentrische Position, was Glück und Unglück für diese Region zugleich bedeutete. In der Zwischenkriegszeit war dies im wahrsten Sinne des Wortes eine exzentrische Region, und man kam trotzdem irgendwie zurecht.

Zum anderen plädiere ich dafür, den Diskurs darüber in gewisser Weise zu entinstitutionalisieren und zu depolitisieren. Ich spreche in dem Zusammenhang von den "Kriechströmen" in diesem Raum, die von Helsinki nach Tallinn und von Stockholm nach St. Petersburg führen und die man analysieren sollte, um zu sehen, wie die Menschen dort ihren Geschäften nachgehen und ihr Glück machen. Ich möchte anregen, Plätze zu schaffen, an denen die Intelligenz des historischen Raumes zusammenkommen kann. Da sind viele Formen denkbar: wissenschaftliche Projekte an Universitäten, Zeitungsprojekte, Publikationen, mithin die Herstellung von Öffentlichkeit. Und ich plädiere für eine Depolitisierung und die Konzentration auf zivilisatorische Aufgaben, auf die Erneuerung der Verkehrsverbindungen, um die Städte über den Tourismus zu erschließen. Darin sehe ich ein ungeheures finanzielles und kulturelles Kapital, weil sich damit Räume für Begegnungen öffnen. Dafür braucht es Orte, wo darüber gesprochen werden kann, um an die bereits vorhandenen Kriechströme näher heranzukommen.

Nyberg

Ich stimme Herrn Schlögel sehr zu, wenn er meint, dass wir St. Petersburg nicht genügend Aufmerksamkeit widmen, in der Tat eine Riesenstadt und eine Stadt mit großen Problemen. Zugleich ist dies eine Stadt mit einer bedeutsamen wissenschaftlichen und kulturellen Basis, die nicht einfach verschwunden ist. Die industrielle Basis dagegen schwindet dahin und ist beileibe nicht so stark, wie viele Russen es gerne glauben möchten. Die Gründung der Stadt vor 300 Jahren hat alles verändert, auch das damalige schwedische Reich. Ein Ergebnis jenes Wandels ist natürlich ein unabhängiges Finnland. Die meisten unserer Schwierigkeiten, aber auch unsere Chancen entwickelten sich in jener Region und gingen von dieser gigantischen Stadt aus.

Eines der Probleme, mit denen wir es zu tun haben, ist, dass St. Petersburg keine westeuropäische Stadt ist, obwohl sie so aussieht, mit ihrer Architektur und all dem. Tatsache ist, dass St. Petersburg heute vollständig auf Moskau fixiert ist. Es ist keine Stadt, die auf die Europäische Union schaut und in europäischen Kategorien denkt. Sie denkt in Kategorien des Machtkampfes, an ihre Stellung in der Russischen Föderation, was verständlich ist. Aber sie ist auf Moskau fixiert und deshalb politisch eine schwache Stadt.

Es hieß hier, Tallinn habe keine wirkliche Verbindung zu St. Petersburg. Dafür gibt es viele Erklärungen. Aber es gibt eine Ausnahme, wo die Verbindung sehr, sehr eng ist: Das ist die kriminelle Szene. Nun, dies ist in der Tat eine ernsthafte Angelegenheit. Das Heroin gelangt nicht mehr direkt nach Finnland, sondern meist über Tallinn, also nicht über die Landgrenze aus Russland.

Zu sowjetischer Zeit war Narva bekannt als der "hundertunterste Kilometer". Dies ist ein Begriff aus dem sowjetischen Strafrecht. Nach einer Strafverbüßung war es den Betroffenen nicht erlaubt, sich näher als in 100 Kilometer Entfernung von einer größeren Stadt niederzulassen. Narva war genau dieser eine Kilometer. Deshalb entdeckte die kriminelle Szene von St. Petersburg Narva.

Die Vorzüge von St. Petersburg und auch das Interesse an der Stadt sind bekannt. Doch was heute stattfindet, ist ein einseitiger Tourismus. Die Russen reisen zu uns, die Menschen aus dem Westen reisen nicht nach Russland. Dies gilt gleichermaßen für Finnland wie für den weiteren skandinavischen und europäischen Raum. Wir hatten seit Jahren eine positive Reisebilanz mit Russland und die Kluft wächst. Genau wie Herr Kovalchuk sagte: Der ganze Nordwesten Russlands reist, und viele dieser Leute kommen nach Finnland. Daran ist nichts Negatives; Tatsache ist aber, dass wir das Risiko laufen, das Gefühl und die Kenntnis für jene Region zu verlieren und die rasche Veränderung von St. Petersburg nicht mehr wahrnehmen.

Was die Verbindungen angeht, möchte ich darauf hinweisen, dass es keinen regelmäßigen Schiffsverkehr von St. Petersburg zu irgendeiner größeren Stadt an der Ostsee oder dem Finnischen Meerbusen gibt. Es bestehen keine regelmäßigen Linien von Helsinki nach St. Petersburg. Ich weiß nicht, wie viele Schiffe von Helsinki nach Tallinn fahren; vielleicht 30 am Tag. Es gibt einen Helikopter und Flugverbindungen. Sieben Millionen Leute überqueren den Finnischen Meerbusen im Jahr. Fünf Millionen Menschen verkehren über die Landesgrenze zwischen Finnland und Russland. Aber die Situation ist insofern unnatürlich, als eine der größten kulturellen Attraktionen in Europa im Abseits liegt. Dafür gibt es viele Gründe. Eine Erklärung ist, dass es keine billigen Hotels gibt. Russland ist voll

von Fünfsternehotels. In Moskau ist das ganz schrecklich, und Gleiches gilt für St. Petersburg. Entweder findet man ein Fünfsternehotel oder gar keines.

Rahr

Wenn ich es richtig sehe, besteht hier weitgehend Konsens darüber, dass sich die NATO zumindest auf mittlere und längere Sicht auf die baltischen Staaten ausdehnen wird. Und von Kaliningrad heißt es - jedenfalls wird dies von europäischer Seite Russland gegenüber vermittelt -, dieses Gebiet werde zu einer Enklave werden. Von Russland wird erwartet, dazu eigene Vorstellungen zu entwickeln, die man dann prüfen werde im Sinne einer möglichen Zusammenarbeit. Aber ob Russland damit einverstanden ist oder nicht, die Sache sei so gut wie entschieden.

Was auf westlicher Seite offenbar fehlt, ist eine gewisse Abfederungsstrategie gegenüber Russland, die ich unbedingt für notwendig halte, um den Risiken und Herausforderungen zu begegnen.

Um die NATO-Osterweiterung abzufedern, sollte man die Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik suchen unter Einbeziehung der Nördlichen Dimension. Dazu könnte eine Aktivierung des NATO-Russland-Rates gehören, der die Ostseeregion stärker im Blick hat, wo die USA nicht in gleicher Weise präsent sind wie etwa im kaspischen Raum. Die Amerikaner sehen in der Ostseeregion ihre wesentlichen strategischen Interessen nicht so betroffen wie in der kaspischen und in der Schwarzmeerregion oder auch in der Ukraine. Darin könnte eine Chance liegen, im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden zwischen den europäischen NATO-Mitgliedern und Russland beispielsweise gemeinsame Manöver durchzuführen, nicht nur in der Ostsee, sondern auch in der Barentssee.

Was Kaliningrad angeht, könnte man eine mögliche Isolierung der Oblast vielleicht dadurch abmildern, dass man den Menschen dort - das sind ungefähr eine Million Personen - einen visafreien Zugang zur EU ermöglicht. Aus den baltischen Ländern fahren seit drei Jahren an die sechs Millionen Menschen Jahr für Jahr ohne Visum in die westlichen europäischen Länder. Auch Polen, Bulgarien und Rumänien unterliegen keinem Visumzwang. Einen solchen Versuch - zunächst zeitlich begrenzt - zu wagen, würde kein großes Risiko bedeuten. Eine Million Menschen werden Europa nicht überfluten.

Eine weitere Abfederung gegenüber Russland könnte die von Herrn Schlögel so genannte Entpolitisierung dieser Region bringen. Dazu würde gehören, die im Westen vor zwei Jahren begonnene Wertediskussion in Bezug auf Russland zu entschärfen. Die EU-Außenpolitik gegenüber Russland, aber auch gegenüber anderen Staaten, die nicht Mitglieder der Europäischen Union werden wollen, betont ständig die Fragen der Menschenrechte, des demokratischen Wertesystems, der liberalen Marktwirtschaft und versucht, diese Werte zu vermitteln.

Diese Demokratisierungskampagne, die die EU seit einigen Jahren gegenüber Russland betreibt, sollte vielleicht stärker in Richtung Modernisierung geführt werden. Das heißt, die Europäische Union sollte sich weniger als Demokratisierungs-, sondern mehr als Modernisierungspartner Russlands verstehen. Das bedeutet nicht, die Augen vor autoritären Tendenzen in Russland zu verschließen. Aber der Akzent auf die Modernisierung könnte deutlich machen, dass diese nur gelingen kann, wenn sich Russland zugleich stärker demokratisiert. Das würde in Russland nicht so sehr als Bevormundung des Westens wahrgenommen werden. Ich denke, die psychologischen Faktoren sollten gerade gegenüber Russland beachtet werden.

Die Nördliche Dimension könnte für eine solche Abfederungsstrategie in der EU eine Vorreiterrolle spielen, um die Modernisierung des nördlichen Russlands als gemeinsame europäisch-russische Aufgabe zu definieren. Auslandsinvestitionen könnten Russland helfen, nicht nur seine Umweltprobleme zu lösen, sondern vor allem auch die großen Gas- und Erdölreserven im Norden Russlands zu erschließen. Putin hat seine Bereitschaft erkennen lassen, gerade diese Region zu modernisieren. Einer der Oligarchen, Roman Abramowitsch, hat sich bereits im Nordosten engagiert; andere Oligarchen werden folgen. Da wird sich in den nächsten Jahren sehr viel tun, und die Europäer sollten diese Entwicklung nicht verschlafen.

Heimsoeth

Ich bin sehr einverstanden mit dem, was Herr Schlögel zu St. Petersburg und den kulturellen und sonstigen Entwicklungsmöglichkeiten dieser Region gesagt hat. Allerdings ist Kaliningrad ein schwieriges Thema aufgrund seiner Lage als Ex- oder Enklave und dem enormen Wohlstandsgefälle zu dem Umfeld. In der Tat zeichnete diese Region auch in der Zeit vor 1945 eine gewisse Exzentrizität aus, die nicht unbedingt positiv zu bewerten war. Ich denke nur daran, dass die Zustimmung zum

Nationalsozialismus in Ostpreußen aus eben diesem Grunde überdurchschnittlich hoch gewesen ist. Exzentrische Lagen führen oft zu problematischen Zuspitzungen.

Was ich gegenwärtig positiv vermerke, ist die Enttabuisierung des Themas Kaliningrad. Herr Kuznetsov hat zu Recht betont, dass die russische Regierung in Moskau Kaliningrad heute sehr viel mehr Aufmerksamkeit widmet. Noch ist allerdings nicht recht deutlich, welche Schlussfolgerungen man in Moskau zieht. Es gibt zwar einige positive Signale, dass man bestimmte Projekte in der Region entwickeln will, aber ohne zu sagen, wie sie finanziert werden sollen. Eine strategische Ausrichtung im eigentlichen Sinne ist noch nicht zu erkennen.

Das Visaproblem dürfte im Prinzip lösbar sein. Darüber denkt man derzeit in der EU-Kommission konstruktiv nach. Doch auch hier ist eine Standortbestimmung durch Moskau notwendig.

Was die Nördliche Dimension angeht, sehe ich die Dinge nicht so pessimistisch. Es geschieht seitens der EU sicher nicht genug, wenn ich an die Mittel denke, die aus den Tacis-Programmen nach Kaliningrad und in andere russische Regionen des Ostseeraumes fließen. Warum das so ist, dazu wird uns sicher Herr Summa einiges sagen können.

Henningsen

Herr Schlögel plädierte für eine gewisse Entpolitisierung und sprach von den Kriechströmen in der Region, die es zu beachten gelte. Die Regionalismusforscher sprechen im Hinblick auf die Bildung von Regionen von einem so genannten Top-down-Projekt, das zunächst in den Köpfen von Intellektuellen, auch von Politikern, entsteht, anschließend von der Wirtschaft umgesetzt wird und am Ende von der Bevölkerung angenommen werden muss. Wenn das nicht gelingt, kann Regionbildung auch scheitern.

Ich verweise nur auf das Experiment Öresund-Region, das als Top-down-Projekt zunächst gescheitert war, dann aber als Bottom-up-Projekt von der Bevölkerung in der Region akzeptiert wurde und damit realisiert werden konnte. Ich erwähne in dem Zusammenhang die Öresund-Brücke und die Gründung einer Öresund-Universität, ein Zusammenschluss von elf Universitäten in der Region. Das sind solche Kriechströme, von denen Herr Schlögel sprach. Ein anderes derartiges Projekt ist die Hochschule Södertörn im Süden Schwedens, wo mit Hilfe einer Stiftung Ostseeforschung finanziert und gelehrt wird.

Gleichwohl kann die Entpolitisierung nicht so weit gehen, dass die Politik völlig ausgeschaltet ist. Denn ohne politische Unterstützung können einige Hindernisse auf dem Weg zur Regionbildung schwerlich überwunden werden. Das betrifft beispielsweise Behinderungen der Mobilität, die politisch bedingt sind und nur politisch abgebaut werden können. So müssen polnische oder estnische Wissenschaftler, die zu uns nach Berlin kommen wollen, für eine Aufenthaltsgenehmigung 100 DM Stempelgeld bezahlen, während Angehörige aus EU-Mitgliedsländern den Stempel umsonst erhalten. Auch die Einreiseerlaubnis aus Nicht-EU-Ländern dauert sehr lange. Solche Dinge sind für wissenschaftliche Kontakte in hohem Maße hinderlich.

Ich habe in dem Zusammenhang die Einführung einer Art White-Card vorgeschlagen, um Behinderungen dieser Art zu vermeiden - etwas Ähnliches hatte die bayerische Staatsregierung früher einmal beabsichtigt. Deutsche Wissenschaftler, die beispielsweise nach Schweden gehen, sind mit unglaublichen Schwierigkeiten etwa aufgrund der schwedischen Steuergesetzgebung konfrontiert. Solche Mobilitätshindernisse für die Kriechströme bei der Regionbildung können nur politisch abgebaut werden.

Da Russland nicht Mitglied der Europäischen Union ist, können dort wissenschaftliche Programme nicht mit europäischen Geldern gefördert werden. Zum Teil springen da private Stiftungen ein. So wird die Eurofakultät in Kaliningrad nicht nur mit staatlichen Mitteln, sondern auch mit Geldern privater Stiftungen finanziert.

Die Regionbildung dient vor allem zwei politischen Zielen: nämlich Nachhaltigkeit und Vertrauensbildung. Und insofern sind dies auch Friedensprojekte.

Herr Schlögel hat die Bedeutung von St. Petersburg betont. In diesem Zusammenhang erscheinen mir auch ästhetische Fragen wichtig. Welche Gemeinsamkeiten im Stadtbild weisen beispielsweise Stockholm, Helsinki und St. Petersburg auf? Alle drei Städte liegen am Wasser, was sich zweifellos nachhaltig auf die Identitätsbildung als Voraussetzung für die Regionbildung auswirkt.

Im Gegensatz zur Mittelmeerregion erleben wir in der Ostseeregion ein relativ schwaches Engagement der EU, in deren strategischen Überlegungen die Ostsee bisher wenig vorkommt; dafür tummeln sich aber sehr viele NGOs, während diese Flora im Mittelmeerraum weitgehend

unterentwickelt ist, der andererseits politisch als Region sehr stark wahrgenommen wird. Solche Unterschiede müssten stärker bewusst gemacht werden.

Yagya

Ich bin doch etwas erstaunt, dass Herr Schlögel und auch Herr Nyberg ein so negatives Bild zeichnen, was die gegenwärtige Rolle von St. Petersburg angeht. Offenbar erscheint Herrn Nyberg St. Petersburg nicht als eine europäische Stadt, weil sie sich voll nach Moskau orientiert und von innerrussischen Problemen völlig absorbiert werde. Dabei haben Sie sich im Mariinskij-Palast, wo heute die Gesetzgebende Versammlung von St. Petersburg tagt, einmal dahin gehend geäußert, dass ohne St. Petersburg Kontakte zwischen Russland und der Europäischen Union kaum möglich wären. Diese Aussage widerspricht eigentlich dem, was Sie hier gesagt haben.

Ich meine - und das gilt für St. Petersburg im besonderen Maße -, wie gut die Beziehungen auf der Ebene zwischenstaatlicher Vereinbarungen auch immer sein mögen, realisiert werden sie letztlich auf der Ebene der Regionen, der Städte und noch kleinerer Einheiten. Deshalb sind die regionalpolitischen Probleme in Russland auch für die Europäische Union relevant.

Ich füge hinzu, dass es beispielsweise zwischen Polen und Russland interessante Vereinbarungen gibt, die die Kooperation mit St. Petersburg und auch mit der Kaliningrader Oblast betreffen. Ein weiterer Modellversuch ist die Übereinkunft zwischen Finnland und Russland hinsichtlich der Zusammenarbeit im Grenzgebiet. Leider ist bisher in Russland der Status der Grenzterritorien noch nicht gesetzlich festgelegt. Deshalb hat sich die Zusammenarbeit zwischen Finnland und Russland in den russischen Grenzgebieten noch nicht ausreichend entwickelt.

Ich sehe die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit sowohl auf Seiten unserer Nachbarländer als auch für Russland selbst in den Grenzgebieten zu Polen, Finnland und Litauen. Unsere Analysen an der Staatlichen Universität St. Petersburg zeigen jedenfalls, dass diese Zusammenarbeit bisher nicht optimal ist. Wenn die fehlende Zusammenarbeit zwischen den Städten der Ostseeregion beklagt wird, dann möchte ich daran erinnern, dass im Jahr 1991 in Danzig eine Vereinigung der Ostseestädte mit Zentrum in Kalmar gegründet wurde, einer schwedischen Stadt, die sehr aktive interstädtische Beziehungen pflegt. Diese Vereinigung nimmt sogar an der Arbeit der Parlamentarischen Ostseekonferenz teil. Das zehnte Treffen der Parlamentarischen Ostseekonferenz wird in diesem Jahr in Deutschland, und zwar in Mecklenburg, stattfinden.

Iloniemi

Wenn ich es recht erinnere, hat Martin Luther einmal gesagt: Wann immer du predigst, habe stets dein Publikum im Auge. Das stimmt nicht nur für Prediger, sondern auch für Diplomaten.

Skalski

Ich denke, wir befassen uns nicht ohne Grund so intensiv mit dem Gebiet Kaliningrad. Wenn Polen und Litauen in einigen Jahren Mitglieder der NATO und der EU sind, werden die Unterschiede zwischen Kaliningrad und seinem Umfeld gravierend sein. Und wie sich die Beziehungen zwischen unseren Ländern und diesem Gebiet dann entwickeln werden, können wir heute noch nicht sagen.

Herr Kuznetsov befürchtet, Polen und Litauen könnten für die Einwohner Kaliningrads die Visumpflicht einführen, noch bevor wir uns dem Schengener Abkommen anschließen. Wie sich Litauen verhalten wird, weiß ich nicht, aber es ist wenig wahrscheinlich, dass Polen so verfahren wird. Wir wollen zwar so schnell wie möglich dem Schengener Abkommen beitreten, sehen aber keinerlei Vorteil darin, einen Eisernen Vorhang zwischen Polen und unseren östlichen Nachbarn zu errichten. Wir werden uns überlegen, wie wir das Visumregime erleichtern können. Ich hoffe, wir schaffen es.

Mir gefällt der Vorschlag von Herrn Rahr, eine Ausnahmeregelung für die eine Million Einwohner des Gebietes Kaliningrad vorzusehen, damit sie in unsere Staaten ohne ein Visum einreisen können. In einigen anderen europäischen und nichteuropäischen Ländern wird das bereits praktiziert. Die Einwohner des Grenzgebietes erhalten das Recht, ohne Visum ins Nachbarland zu fahren. In einigen Fällen gilt diese Sonderregelung also nicht für den ganzen Staat. Für die Kaliningrader könnte eine Lösung so aussehen, dass sie zwar nicht nach Portugal, aber auf jeden Fall nach Polen und Litauen reisen dürften.

Des Weiteren wurde der Unterschied zwischen Kaliningrad und Hongkong angesprochen. Der entscheidende Punkt ist nicht die vormalige britische Vorherrschaft in Hongkong, sondern dass Hongkong ein Teil des chinesischen Festlandes ist. Zwischen Kaliningrad und Russland aber liegen zwei oder sogar drei andere Staaten - wenn man Weißrussland dazuzählt. Das ist eine andere

Situation. Ich würde es für sinnvoll halten, das Gebiet Kaliningrad in eine Gemeinschaft mit Litauen und Polen auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene einzubeziehen. Dabei denkt niemand daran, Russland die Kaliningrader Oblast wegzunehmen, aber die Verbindungen dieses Gebietes mit seinen Nachbarn sollten gestärkt werden. Denn das Wohlergehen von Kaliningrad hängt wesentlich von der Situation in Polen und in Litauen und von den Beziehungen zwischen Kaliningrad und diesen Ländern ab.

In dem Sinne würde dieses Gebiet eine gewisse "Pilotfunktion" ausüben, wie der russische Außenminister Iwanow kürzlich gesagt hat. Wenn Kaliningrad davon profitiert, könnte Russland möglicherweise versuchen, sich den europäischen Ländern entsprechend anzuschließen, ohne der EU und der NATO beizutreten. Ich denke, das wäre sowohl für Kaliningrad als auch für seine Nachbarn von Vorteil.

Kuznetsov

Ich kann Herrn Ignatavicius nicht ganz zustimmen, wenn er meint, an der geringen Wirksamkeit des Tacis-Programms sei die Bürokratie in Moskau schuld, ohne dass ich die Beamten in Moskau hier loben will. Ich habe seinerzeit einige Vertreter des Tacis-Programms, die so genannte Monitoring-Gruppe, empfangen, die mir über eine Reihe von möglichen Projekten in Kaliningrad berichteten und mir zahlreiche Unterlagen zeigten. Als ich sie dann fragte: "Könnte man Ihre Arbeit als eine Feasibility-Studie für Investitionen betrachten?", waren sie sehr verwundert. "Nein, so könnte man es nicht sehen. Diese Aufgabe ist uns nicht gestellt worden", hieß es. Daraufhin wagte ich anzumerken: "Wozu soll dann das Ganze dienen?" Letztendlich haben wir uns nicht verstanden. Mein Eindruck war, dass man sich zumindest in den ersten Stadien des Tacis-Programms mehr oder weniger fiktive Ziele gestellt hatte. Heute hat sich die Situation ein wenig zum Positiven verändert, aber die Beteiligten haben nicht mehr den anfänglichen Elan, sondern sind schon recht skeptisch geworden. Das heißt, der Name Tacis hat bei uns keinen guten Klang.

Herrn Rahr und Herrn Skalski danke ich für den Vorschlag, den Einwohnern von Kaliningrad die Einreise nach Europa ohne Visum zu ermöglichen. Sie sind wirkliche Freunde von Kaliningrad. Wir können uns sehr wohl vorstellen, welche grundsätzlichen Schwierigkeiten mit der Umsetzung dieses hohen Ziels verbunden sind. Dabei möchte ich in diesem Zusammenhang daran erinnern: Wir bitten nur darum, uns die Freiheiten zu lassen, die wir heute schon genießen; denn das ist für uns lebenswichtig. Aber leider entwickeln sich die Dinge in die entgegengesetzte Richtung. In den letzten Jahren höre ich immer wieder, welche Vorteile eine EU-Osterweiterung mit sich bringt. Aber ich konnte darüber kein einziges Mal mit einem kompetenten Experten sprechen. Die Gespräche verblieben immer im Allgemeinen nach dem Motto: Es wird schon alles gut gehen.

Was die Siegermentalität angeht, so ist das ein schwieriges Thema, das ich vielleicht gar nicht hätte ansprechen sollen. Lassen Sie mich meinen Hinweis ein wenig erläutern. Ich meinte nicht den Sieg der Staaten, die der EU beitreten, über die Staaten, die ihr nicht beitreten. Ich möchte damit etwas anderes zum Ausdruck bringen. Mich erschreckt die Selbstsicherheit, mit der die offiziellen Repräsentanten über den absoluten Nutzen der EU-Erweiterung reden. Die Kandidatenländer veranstalten zudem geradezu einen Wettbewerb, eine Art "Hürdenlauf", wer schneller das Aufnahmeverfahren in die EU schafft. In Wahrheit wissen alle sehr gut, dass die heutigen EU-Kandidaten sehr schwach entwickelt sind sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht wie auch in anderen Bereichen im Vergleich zu den "alten", den Kernmitgliedern der EU. Kann eine Union zwischen einer Maus und einem Elefanten stabil sein? Offensichtlich nicht. Im sowjetischen Imperium und im Warschauer Pakt - wie brutal diese sich auch verhalten haben - hatten diese Länder und ihre Völker das Gefühl, sie seien entwickelter und elitärer. In der EU werden sie auf lange Zeit die Rolle von Außenseitern und Bittstellern einnehmen. Darum möchte ich vor allzu großer Selbstsicherheit warnen.

Dazu zwei Beispiele. Es heißt, in Estland ist die Mehrheit der ethnischen Esten gegen den EU-Beitritt. Diese Euroskeptiker sprechen sogar von "Euro-Unsinn". Die in Estland lebenden Russen sind jedoch für den EU-Beitritt. Der Grund ist, dass die estnischen Russen sich in der Europäischen Union mit den im armen Russland lebenden Russen vergleichen und sich ihnen gegenüber im Vorteil sehen. Sie werden sogar in der Lage sein, dann ihren in Russland lebenden Verwandten zu helfen.

Wir sehen also, dass eine anscheinend so tolle Sache wie der schnelle Anschluss an das vereinigte Europa die Spaltung in einem postsowjetischen Land mit einer komplizierten demografischen Situation keineswegs verringern wird.

Mein zweites Beispiel: Polnische Bauern protestieren von Zeit zu Zeit gegen die Agrarpolitik der EU. Sie blockieren die Straßen, sodass Lkws aus Kaliningrad nicht zurückfahren können. Mit meinem Diplomatenpass habe ich mehrfach polnische Demonstranten zu überreden versucht, den Weg

freizugeben und die Lastwagen aus Kaliningrad durchzulassen. Ich denke, wir sind zu Recht besorgt, dass die EU-Osterweiterung so "sanft" wie möglich vor sich geht und den Nachbarn keine Schwierigkeiten bereitet. Wir, die wir in Kaliningrad leben, wünschen sehr, dass es unseren Nachbarn gut geht und sie keine Fehler machen. Nur dann kann das Kaliningrader Gebiet zu einer Pilotregion zwischen Russland und der EU werden.

Shedrovitzky

Mein Eindruck ist, dass die Beziehungen zwischen der EU und Russland und zu Kaliningrad im ersten Teil dieser Diskussion eher als positiv und stabil eingeschätzt wurden, während sie jetzt stärker problematisiert werden.

Können die Prozesse in der Ostseeregion und die Region selbst eine Art Modell sein, wie es hier verschiedentlich zum Ausdruck gebracht wurde? Dazu stelle ich die Frage: Was für ein Modell stellt die Ostseeregion dar? Wem können positive und negative Erfahrungen in dieser Region als Beispiel dienen? Und wie sieht das in mittel- und langfristiger Perspektive aus?

Hier wurde darüber gesprochen, auf welchen Prinzipien ein Dialog zwischen zwei Partnern beruhen müsste, der sowohl die Integrität als auch die Interessen der Beteiligten ausreichend berücksichtigt. Dabei wurde konstatiert, dass dieser Dialog und die konkrete Realisierung der Prinzipien zwischen gleichberechtigten Partnern vor sich gehen müsse. Allerdings ist der Inhalt dieses Prozesses offen geblieben. Natürlich muss man sich zunächst über den Rahmen der Beziehungen und die Form klar werden. Das reicht aber in keiner Weise aus. Denn wenn wir uns zu sehr auf die Frage der Form konzentrieren, besteht die Gefahr, dass wir das Ziel des Prozesses aus den Augen verlieren.

Ich würde sogar behaupten, dass einige negative Aspekte der europäischen Integration, die hier angesprochen wurden, und auch die Einstellung der Beteiligten und der Bevölkerung in diesen Ländern nicht zuletzt dadurch bedingt sind, dass der Inhalt des Integrationsprozesses zu sehr in den Hintergrund gedrängt wurde. Das heißt, die Frage nach den Zielen wird von vielen erneut aufgeworfen: In welche Richtung bewegen wir uns? Was streben wir an? Wofür werden all die komplizierten und aufwendigen überstaatlichen Strukturen und Institutionen aufgebaut?

In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin: Wenn wir die Rahmenbedingungen für die internationalen Beziehungen für Kommunikation und Partnerschaft zu sehr in den Vordergrund stellen, verzögern wir die Prozesse, derentwegen diese Rahmenbedingungen geschaffen wurden. Dient beispielsweise die NATO-Osterweiterung der Verbesserung des Klimas oder entstehen dadurch neue Konfliktherde? Führt dies nicht zu einer Entwicklung, die dann von einigen der Beteiligten nicht mehr mitgetragen werden können, wenn sich die Basisprozesse weiterentwickeln sollen? Deshalb möchte ich hier nach den positiven Inhalten der Zusammenarbeit in der Ostseeregion fragen.

Es wurde auch auf einige Gefahren hingewiesen, zum Beispiel auf die Umweltverschmutzung und die Atommüllbeseitigung. Selbstverständlich besteht die Notwendigkeit, angesichts solcher Gefahren zusammenzuarbeiten und die Interessen aufeinander abzustimmen. Es gibt aber auch Faktoren, von denen keine Gefahren ausgehen, die gleichwohl eine Integration nahe legen. Von diesen positiven Faktoren wurde hier lediglich erwähnt, dass sich in der Ostseeregion eine Wissensgesellschaft heranbildet und der Innovationsprozess eine ganz neue Qualität annimmt. Dabei geht es nicht mehr um die Konkurrenz im militärischen Bereich, sondern um grundlegende Ziele und Werte wie die Erhaltung des Lebens, des Lebensraumes und des Humankapitals.

Es ist durchaus möglich, dass eben darin eine Aufgabe für Europa insgesamt und für die Ostseeregion als Pionier des europäischen Innovationsprozesses besteht. Deshalb wäre es vielleicht sinnvoller, über diesen Prozess und seine Kriterien zu diskutieren. Ich denke, viele Staaten sind bereit, in diesem Prozess Teile ihrer Kultur, Geschichte sowie neues Wissen sowohl in den technischen als auch in den Geisteswissenschaften und im Bereich der Bildung einzubringen. Auf einer solchen Grundlage ließe sich recht gut feststellen, was eine erfolgreiche Zusammenarbeit behindert und welche neuen Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen.

Vielleicht sind Geschäftsleute oder die Zivilgesellschaft in der Lage, diese Dinge voranzubringen, oder auch Jugendinitiativen, für die es aber, wenn ich es recht verstanden habe, an Geld fehlt. Es wurde hier auf das Beispiel Silicon Valley hingewiesen, und das Wort Silicon Ostsee wurde als Metapher für den neuen Innovationsprozess, der heute in der Ostseeregion möglich ist, gebraucht. Ob ein solcher Prozess vorankommt, hängt jedoch auch davon ab, welche Fragen und Probleme wir auf die Tagesordnung setzen. Ob die Ostseeregion zu einem Versuchslabor für wirtschaftliche, kulturelle und dann auch für politische Zusammenarbeit werden kann, das dürfte sich in den kommenden zwei bis fünf Jahren zeigen.

Nyberg

Die Frage von Herrn Shedrovitzky hat mich neugierig gemacht: Ist die Ostseekooperation beispielhaft? Wenn sie ein Beispiel ist: für wen und in welchem Sinne?

Was ich festgestellt habe, ist, dass die Erfahrungen der Ostseezusammenarbeit keinerlei Bezug im allgemeinen russischen Diskurs finden. Dieses Thema existiert nicht in dem breiten, sehr auf Moskau zentrierten, sehr elitären politischen Diskurs in Russland. Es gibt Begriffe, die wir geprägt haben, von denen wir überzeugt sind, dass sie allgemein gültig sind, beispielsweise "Interdependenz". Jeder Deutsche versteht, was gemeint ist, wenn man von Rotterdam als dem größten deutschen Hafen spricht. Für einen Deutschen ist das kein Problem, aber es ist äußerst schwer, einem Russen zu erklären, dass nicht Hamburg, sondern Rotterdam der größte deutsche Hafen ist. Und wenn man vergleichbare Beispiele für Interdependenz in der Ostseeregion anführt, wird das nicht akzeptiert. Ich habe mit Politikern in Moskau gesprochen, die mir gesagt haben, Interdependenz mag gut für uns sein, aber es ist kein Konzept für eine Großmacht, die ganz bis zum Pazifischen Ozean reicht.

Am letzten Donnerstag hat die "Nezavizimaja Gazeta", die gerade ihren Herausgeber entlassen hat, einen Artikel veröffentlicht mit der Überschrift: Projekt Estland. Darin heißt es, Estland sei ein Projekt mit Chancen und Risiken des radikalsten postsowjetischen Experiments. Der Artikel über Estland ist eine ganze Seite lang. Ich habe so etwas nie zuvor in der russischen Presse veröffentlicht gesehen. Das ist insofern interessant, als die Art, wie dort Fragen gestellt werden, genau dem entspricht, wie sie gestellt werden sollten. Das heißt, die Fakten zählen als Argument, und eben das ist mir in dem Diskurs bisher nicht begegnet.

Deshalb ist Zusammenarbeit in der Ostseeregion keine theoretische Frage, Herr Shedrovitzky. Sie ist sehr, sehr konkret. Es gibt Umweltprobleme; es gibt das Problem fehlender Investitionen. Wir erwarten Anfang September Präsident Putin zu einem Staatsbesuch in Finnland, und wir hoffen, dass dann ein Investitionsschutzabkommen unterzeichnet werden kann.

Knudsen

Ich denke, es ist nötig, in dieser Diskussion auf einen grundsätzlichen Tatbestand hin-zuweisen, dass wir uns hier nämlich mit zwei konkurrierenden Integrationsprozessen befassen: Zum einen mit der Integration der EU, zum anderen aber schauen wir auf die Beziehungen zwischen der EU und Russland und tun so, als ob es sich dabei um eine vergleichbare Form von Integration handelte. Das ist jedoch nicht der Fall, denn diese Beziehungen stehen in Konkurrenz zum internen russischen Integrationsprozess. Ich meine, es ist wichtig zu verstehen, warum die Schwierigkeiten ein so substanzielles Gewicht haben.

Es ist äußerst schwierig, eine Region von oben nach unten aufzubauen, insbesondere wenn man das zwischen Russland und der EU versucht, um Russland in einer Region mit einzubeziehen, damit die Zusammenarbeit Gewicht und Inhalt bekommt. Ich bin der Ansicht, dass eine Region nur von unten her aufgebaut werden kann. Zumindest liegt die Substanz dessen, was man eine Region nennt, in der Gesellschaft, das heißt in den sozialen Beziehungen, in der Vielfalt alltäglicher Kontakte beim Handel und jeder Art von wirtschaftlichen Verbindungen. Alles, was sich daraus ergibt, bildet die eigentliche Substanz; denn daraus leiten sich alle anderen kulturellen Beziehungen ab. Davon bin ich fest überzeugt.

Was man allerdings braucht, ist die politische Unterstützung, um diesen Prozess zu erleichtern, und in dem Sinne kommt auch der Entwicklung einer Region von oben einige Bedeutung zu. Doch sieht man auch an den Programmen der Nördlichen Dimension, dass es grundsätzlich problematisch ist, eine Region von oben her aufbauen zu wollen. Man kann nicht in Konkurrenz zum internen Integrationsprozess in Russland agieren. Zuvor muss in Russland zwischen der Regierung und der Gesellschaft klar sein, wie die Verhältnisse ausgestaltet sein sollen, bevor es irgendwelche Fortschritte zwischen den Gesellschaften Russlands und der EU geben kann. Wir können an einer Reihe von Beispielen sehen, dass die Verbindung grundsätzlich erleichtert werden muss, insbesondere auf kommerzieller Seite. Bevor es nicht einen eigenständigen internen sozialen und wirtschaftlichen Prozess in Russland gibt, wird es sehr schwer sein, eine Beziehung zur EU auf dieser Ebene zu entwickeln.

Zöpel

Vorbemerkung: Die Schuldzuweisung für irgendwelche Probleme an die EU ist in Russland schon so weit gediehen wie in der EU selbst. Wenn Sie Verkehrsbehinderungen erwähnen, Herr Kuznetsov: Frankreich gehört der EU schon seit 1957 an, und wenn in Frankreich die Bauern streiken, ist mitunter

die Zufahrt nach Paris blockiert. Das ist absolut normal. Die EU ändert nicht grundsätzlich und immer das Verhalten der Menschen.

Wie erfolgreich war der Prozess einer europäischen Politik in Nordeuropa? Dazu will ich einige Anmerkungen machen.

Erstens. Eine Nördliche Dimension der Europäischen Union konnte es frühestens ab 1995 geben, nachdem Schweden und Finnland der Europäischen Union beigetreten waren. Vorher war das nicht möglich.

Zweitens. Die finnische Regierung hat das Projekt "Nördliche Dimension" bereits 1997, also schon zwei Jahre nach Beginn der finnischen Mitgliedschaft vorgeschlagen. Wenn es heute im Jahre 2001 ein Aktionsprogramm gibt, dann halte ich das für ein hohes Tempo - etwa gemessen daran, dass die Landwirte in Frankreich auch nach über vierzig Jahren EU-Mitgliedschaft immer noch streiken.

Drittens. Was die finanziellen Mittel angeht, die für die Nördliche Dimension aufzubringen sind, möchte ich nur darauf hinweisen, dass sämtliche nördlichen Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union Geberländer sind, während die Mittelmeerländer Nehmerländer sind. Das heißt, der Norden zahlt für den Süden, erhält aber selbst wenig EU-Regionalmittel.

Viertens. Die Außenbeziehungen der EU in der nördlichen Region richten sich vor allem auf Polen und die drei baltischen Staaten. Schneller als 1995 irgendjemand geglaubt haben mag, steht deren EU-Mitgliedschaft bevor. Ich bleibe bei meiner Prognose, Herr Stürmer: 2002 werden die Verhandlungen mit diesen Staaten abgeschlossen sein, daran schließt sich die Ratifizierung in 25 Ländern an, die möglicherweise das größere Risiko darstellt. Damit würde sich die Nördliche Dimension als EU-Außenpolitik zwischen 2002 und 2004 weitgehend erledigt haben und zur EU-Innenpolitik werden. Schneller und erfolgreicher kann die EU nicht sein. Die entsprechenden Finanzmittel sind bis 2006 bereitgestellt worden in der Agenda 2000, um die Mitgliedschaft zu implementieren.

Wenn hier immer wieder darauf hingewiesen wird, die drei Programme der EU: Interreg, Phare-Crossborder und Tacis sollten besser aufeinander abgestimmt sein, ist dem unter dem Gesichtspunkt, dass Bürokratie immer besser sein kann, als sie es ist, zuzustimmen. Vom Prinzip her ist die Forderung aber nicht so plausibel, wie sie meist formuliert wird. Interreg dient der Zusammenarbeit von Regionen, die in der EU liegen; Phare-Crossborder richtet sich auf die Länder, die der EU beitreten wollen, während Tacis sich an Länder wendet, die der EU zumindest derzeit nicht beitreten. Diese Unterscheidungen muss man sehen, auch wenn eine gewisse Harmonisierung zwischen diesen Instrumenten sicher wünschenswert ist.

Es dürfte aber allen bekannt sein, dass die Finanzmittel der EU vor Schaffung der Nördlichen Dimension definitiv bis 2006 festgelegt worden sind. Folglich kann über zusätzliche Gelder für diese Projekte erst nach 2006 gesprochen werden.

Im Übrigen wird es Phare-Crossborder nach der Osterweiterung der EU nur noch für Rumänien, Bulgarien und die Türkei geben, weil alle anderen Länder Mitglieder der EU geworden sind. Es wäre allerdings sinnvoll, über differenzierte Hilfen der EU in ihren dann neuen Grenzbereichen nach 2006 nachzudenken.

Fünftens. Eine generelle Zusammenarbeit der EU mit Russland ist im Grunde erst mit dem Amtsantritt von Präsident Putin möglich geworden. Mit der Jelzin-Administration konnte jedenfalls von einer effektiven Zusammenarbeit kaum die Rede sein.

Eine Voraussetzung für die Nördliche Dimension der EU war die Regionalisierung Russlands. Dass die Nördliche Dimension nicht für die Förderung, sagen wir, von Kamtschatka oder von Irkutsk zuständig sein kann, ergibt sich von selbst. Die Ausführungen von Herrn Kovalchuk machen deutlich, dass Russland mit der Schaffung der Nordwest-Region neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit eröffnet hat, um die Partnerschaft der EU mit Russland mit Leben zu erfüllen. Darin sehe ich einen großen Fortschritt. Wenn sich diese Tendenz fortsetzt - etwa unterstrichen durch die Teilnahme des russischen Präsidenten an den EU-Gipfeln; so war Putin beim Stockholmer Gipfel im März dieses Jahres dabei - hin zu einer effizienteren Zusammenarbeit auf der Basis der EU-Russland-Strategie, kann ich mir auch finanzwirksame Entscheidungen der EU zugunsten der Nordwest-Region Russlands nach 2006 vorstellen.

Sechstens. Was speziell Kaliningrad angeht, war ich selbst überrascht, welche Fortschritte sowohl auf russischer Seite als auch bei der EU in dieser sensiblen Frage möglich waren. Dass die deutsche Regierung Kaliningrad nicht auf ihre diplomatische Agenda setzen konnte, war allen klar; deshalb konnte nur auf europäischer Ebene, wenn zunächst auch zögerlich, etwas in Bewegung gesetzt

werden. In diesem Jahr hat die Europäische Union dazu ein Konzept vorgelegt, auf das die russische Regierung mit einem Kabinettsbeschluss im März dieses Jahres positiv reagiert hat.

Wenn Außenminister Iwanow jetzt davon spricht, Kaliningrad komme eine Pilotfunktion zu, dann geschieht das, wie gesagt, auf der Grundlage von Kabinettsbeschlüssen der russischen Regierung. Damit ist eine Entwicklung eingeleitet worden, die einige der hier vorgetragenen Probleme - vor allem von Ihnen, Herr Kuznetsov - lösen könnte. Um es deutlich zu sagen: Die Beziehungen zwischen der EU und Russland können nicht für Kaliningrad und Tschetschenien in gleicher Weise geregelt werden. Visafreiheit für alle Tschetschenen würde sicher kaum jemand in Europa wollen. Deshalb bewerte ich den Gedanken der Pilotfunktion für Kaliningrad sehr positiv.

Siebtens. In den nächsten drei, vier Jahren wird sich zeigen, ob Russland bereit ist, für seine Staatsbürger aus verschiedenen Regionen zu akzeptieren, dass sie beispielsweise in Visafragen unterschiedlich behandelt werden, ohne damit die Souveränität des Völkerrechtssubjekts Russland infrage stellen zu wollen. Wenn die russische Regierung dazu bereit ist - und ich interpretiere den Gedanken der Pilotfunktion entsprechend -, werden sich auch die Besorgnisse von Herrn Kuznetsov beheben lassen. Schengen ist flexibler, als man gemeinhin diskutiert. Es gibt beispielsweise Mehrfachvisen und besondere Regelungen für Menschen, die nahe der Grenze wohnen. Das wird teilweise bereits praktiziert. Darüber muss weiterführend im Detail gesprochen werden. Voraussetzung ist jedoch, dass Russland akzeptiert, einen bestimmten Teil seines Territoriums im Verhältnis zur EU anders zu positionieren als das gesamte russische Territorium, also zuzulassen, dass man Kaliningrad andere Möglichkeiten einräumt als zum Beispiel Tschetschenien oder Kamtschatka. Dies ist für die Menschen auf beiden Seiten der Grenzen um Kaliningrad zweifellos wünschenswert.

Abschließend eine generelle Feststellung: Das meiste, was ein Land für seine Entwicklung tun kann, muss es selber tun. Das gilt auch für Russland. Angesichts der gravierenden Unterschiede im Pro-Kopf-Einkommen zwischen den Mitgliedsstaaten der EU, insbesondere in Nordeuropa, und Russland, ist die Vorstellung, die EU könne daran entscheidend etwas ändern, abwegig. Russland kommt nicht darum herum, die Regeln der globalisierten Wirtschaft, die nicht zuletzt auf einem offenen Informationsaustausch basieren, zu akzeptieren. Die notwendigen finanziellen Mittel, die Russland aus seinen natürlichen Ressourcen gewinnt, sollten dafür genutzt werden. Das heißt: wirtschaftliche Großmacht statt eines erneuten Strebens nach militärischer Großmacht. Ich denke, ein Teil der neuen russischen Führung sieht das. Dass darüber in Russland innenpolitische Auseinandersetzungen stattfinden, ist verständlich. Aber nur wenn Russland die entsprechenden wirtschaftlichen Fortschritte mit eigenen Kräften anstrebt, ist auch eine Unterstützung durch die EU, vor allem für den Nordwesten Russlands, erfolgversprechend.

Nyberg

Zu Herrn Zöpel möchte ich nur sagen: Soweit ich den politischen Diskurs in Moskau verfolge und so wie ich Russland und die jetzige Regierung verstehe, gibt es keinerlei Anzeichen dafür, dass sie bereit wäre, einer Vorzugsbehandlung von Kaliningrad gegenüber anderen Regionen zuzustimmen. Ich hoffe, dass ich falsch liege, aber ich bezweifle das.

Hoyer

Was wollen wir eigentlich mit einer regionalen Zusammenarbeit im Ostseeraum erreichen? Die bisher erfolgreichsten Regionalprojekte in der Europäischen Union haben in der Vergangenheit zwischen mehr oder weniger homogenen Subregionen stattgefunden. Das ist im Ostseeraum ganz anders, weil wir es hier mit einer sehr heterogenen Region zu tun haben, deren Heterogenität sich noch erheblich verstärken wird, wenn Russland daran voll partizipiert. Das macht die Sache so überaus interessant.

Für die Europäische Union sehe ich darin auch insofern eine große Chance, als hier eine beispielhafte Integration gelingen könnte, die eine Dynamisierung der politischen Prozesse in der EU bewirken könnte, die wir dringend benötigen, um die zum Teil recht verkrusteten Strukturen in Europa aufzubrechen. Mein Eindruck ist, dass wir die Diskussion über die Integration in Europa vorzugsweise binnensorientiert führen, statt die europäischen Integrationsprozesse dafür zu nutzen, Europa fit für die Globalisierung zu machen, politisch wie wirtschaftlich. Am Beispiel der Ostseeregion könnte man in einem überschaubaren Rahmen neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit über die Grenzen der EU hinaus erproben.

Ein Beispiel für selbst auferlegte Fesseln in der europäischen Integration bietet die Diskussion zu den Übergangsfristen bei der nächsten Erweiterungsrunde der EU. Hier zeigt sich, wie defensiv wir an die europäischen Integrationsprozesse herangehen, was ich für einen großen Fehler halte. Damit werden Wachstumspotenziale eingeeengt und verhindert, dass die absolut notwendigen

Strukturbereinigungsprozesse vorankommen. Ich hoffe, dass man das vermeiden kann. Viel wichtiger wäre es, darüber nachzudenken - Herr Zöpel hat das angesprochen -, wie man nach der Erweiterung Hilfsprogramme der EU umgestalten könnte, also etwa von Far Crossborder auf Interreg zu verlagern. Statt Übergangsfristen festzulegen, sollten wir uns besser darauf konzentrieren, wie man die Probleme, die es in den Regionen zweifellos gibt, mit einer aktiven Struktur- und Wirtschaftsförderungspolitik in den Griff bekommen kann.

Ein Wort noch zur Visumsfrage und zu Schengen. Da möchte ich doch Realismus anmahnen. Ich stimme Herrn Zöpel zu, dass es einige Instrumente im Schengenregime gibt, die differenziertere Möglichkeiten zulassen. Ich würde aber sehr davor warnen, Schengen in irgendeiner Weise zu relativieren. Es war schon schwierig genug, Schengen überhaupt in den EU-Rahmen hineinzubringen - darüber wurde eineinhalb Jahre vor Amsterdam verhandelt. Jeder Versuch, an den damaligen Ergebnissen etwas zu verändern, würde auf enormen Widerstand stoßen. Wir müssen alle Fragen, die mit der Regelung der Außengrenzen verbunden sind, sehr ernst nehmen. Das ist im Übrigen auch im Interesse der beitretenden Länder. In der Frage der Sicherung der Außengrenzen darf es keine Kompromisse geben. Sonst müssten wir sofort wieder Abstriche bei dem machen, was wir mit der Beseitigung der Binnengrenzen Gott sei Dank erreicht haben.

Stebelski

Es lohnt sich wirklich, sich den Fortschritt bewusst zu machen, der unter der schwedischen Präsidentschaft in der Frage der Zusammenarbeit mit der Kaliningrad-Region erfolgt ist. Natürlich wurde dies besonders von den angrenzenden Ländern, nämlich von Litauen und Polen, begrüßt. Schon zuvor hatten diese beiden Länder eigene Initiative in dieser Hinsicht entwickelt und eine aktive Zusammenarbeit mit Kaliningrad begonnen.

Ich sympathisiere besonders mit zwei Bemerkungen von Herrn Kuznetsov. Die erste be-trifft Tacis. Ich würde gern von dem Vertreter der Europäischen Kommission, von Herrn Summa wissen, wie Tacis jetzt funktioniert. Es hat Jahre gebraucht, bis Phare so umgebildet war, dass die Beitrittskandidaten mit dem Geld von Interreg arbeiten konnten. Es bedurfte dann weiterer Jahre für eine Umgestaltung von Tacis, damit die Gelder von Phare und Tacis zusammenfließen konnten, um gemeinsame Projekte zu finanzieren. Ich vermute, dass sich die Kritik nicht nur an Tacis-Länder wenden sollte. Außerdem könnten und sollten die Gelder nicht nur für technische Projekte verwendet werden, sondern auch für investive Zwecke.

Der zweite Punkt betrifft die Visafrage. Es gibt nur wenige Länder, die wie Polen begreifen, wie wichtig es für Russland und für andere GUS-Länder ist, leichten Zugang zu Ländern zu gewinnen, in denen sich Marktwirtschaft und Demokratie entwickeln. Ihre vielfältigen Erfahrungen, einen erfolgreichen Transformationsprozess zu organisieren und umzusetzen und sich in die Weltwirtschaft zu integrieren, sind von größtem Wert und höchster Bedeutung für Länder, die ihnen auf dem Wege politischer und wirtschaftlicher Reformen nacheifern wollen.

Zugleich gibt es das Schengener Abkommen, das jetzt Acquis der Europäischen Union ist. Länder wie Polen und Litauen sollten nicht durch eine besondere Visaregelung ausgegrenzt werden. Dies ist ein EU-Problem und das muss von der Europäischen Union ins-gesamt geregelt werden oder zumindest von Schengen-Ländern gegenüber Russland im Hinblick auf die bevorstehende Erweiterung. Es gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten, um zu geeigneten Lösungen zu kommen. Zugleich ist das eine Frage, mit der sich auch die russische Seite befassen sollte: ob Kaliningrad eine Vorzugsbehandlung erhalten sollte, ob man Kaliningrad gestattet, in diesem Sinne tätig zu werden.

Mein weiterer Punkt betrifft die Beziehungen zwischen der EU und Russland und hängt mit dem Problem zusammen, wie sich Russland an den Acquis Communautaire anpassen soll. Das Partnership and Cooperation Agreement sieht eine Harmonisierung der russischen Gesetzgebung mit dem Acquis vor. Das besagt indes nicht unbedingt, dass Russland den Acquis Communautaire voll übernehmen wird. Zumindest sind solche Intentionen auf russischer Seite in absehbarer Zeit nicht zu erkennen, solange Russland sich nicht tatsächlich entschließt, die EU-Mitgliedschaft zu beantragen.

Deshalb müssen wir gewärtig sein, dass die Zusammenarbeit mit Russland nicht völlig auf dem Acquis Communautaire aufbaut. In vielen Fällen werden wir in der Zusammenarbeit auf verschiedener Grundlage operieren. Die russische Situation unterscheidet sich grundlegend von den Beitrittsländern, die sich dem Acquis Communautaire im Hinblick auf die mögliche Mitgliedschaft anpassen.

Schließlich stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob die Ostseeregion oder die Ostseekooperation der einzige Rahmen für eine EU-Russland-Zusammenarbeit ist. Was würde

geschehen, wenn Russland einen interessanteren Rahmen für die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union findet?

Iloniemi

Es sollte uns nicht überraschen, wenn es kritische Bemerkungen zu den Aktivitäten der Europäischen Union gibt. Im Übrigen findet hier eine gewisse zentrale Planung statt.

Heimsoeth

Bei der Diskussion über die Ziele und Komponenten der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland in der Ostseeregion sollte die Visumsfrage für Kaliningrad nicht im Vordergrund stehen. Das ist ein spezifisches Thema, bei dem die Frage berechtigt ist, ob die Gründe der Befürworter einer Sonderregelung für Kaliningrad wirklich so einleuchtend sind.

Herr Zöpel hat darauf hingewiesen, dass sich Russland in der Region weit stärker als Wirtschaftsmacht begreifen und sich mehr Themen wie der Informationsgesellschaft und dem Internet zuwenden sollte. Aber in der Hinsicht konnte im Rahmen des Ostseerates, wo an entsprechenden Projekten gearbeitet wird, wie die östliche Region der Ostsee an die raschen Entwicklungen in Nordeuropa angeschlossen werden könne, von einer aktiven Mitarbeit Russlands kaum die Rede sein. Wenn es um E-Commerce oder E-Learning geht, dann sind es die Esten und die Letten, mitunter auch die Deutschen, die hier Aktivitäten entwickeln, während auf russischer Seite kaum Bemühungen in dieser Hinsicht erkennbar sind - bedauerlicherweise.

Herr Nyberg hat zu Recht bemerkt, dass Russland die Bedeutung der multilateralen Kooperation im Ostseeraum bisher sehr gering einschätzt und man allenfalls auf die bilateralen Beziehungen mit den baltischen Staaten setzt. Es bleibt zu hoffen, dass sich das mit der russischen Präsidentschaft im Ostseerat ändern wird und man erkennt, welche Möglichkeiten darin auch für Russland bestehen.

In vielen Gremien wie der Task-Force zur Bekämpfung ansteckender Krankheiten fehlen die russischen Teilnehmer, weil Mittel für eine Teilnahme aus den russischen Ressorts nicht zur Verfügung gestellt werden. Muss dies so gewertet werden, dass man die Mitarbeit dort offensichtlich nicht als wichtig genug einschätzt? Der Gouverneur von Kaliningrad, Jegorow, hat wiederholt betont, dass das Thema ansteckende Krankheiten für die Kaliningrader Oblast von großer Bedeutung ist. Die russische Regierung sollte auf diesen Feldern ihre eigenen vitalen Interessen erkennen.

Fursenko

In Russland war eine Zeit lang die folgende Geschichte sehr populär: Nach der großen Versammlung einer Baugesellschaft fragt einer der Teilnehmer: "Ich habe alles verstanden bis auf einen Punkt: Wie werden wir die Brücke bauen, entlang des Flusses oder über den Fluss?" Ich will damit sagen, auch wir sollten uns zunächst darüber klar werden, wie die Brücke gebaut wird und ob es sich überhaupt lohnt, sie zu bauen.

Herr Knudsen meinte, eine Politik von oben sei nicht effektiv. Darauf sagte Herr Nyberg, man könne grundlegende Fragen schwerlich erörtern, wenn es seitens der russischen Regierung keine konkreten Vorschläge gibt. Darin sehe ich einen gewissen Widerspruch. Wenn wir glauben, es sei nützlich, NGOs und unabhängige Experten einzubeziehen, sollten wir vielleicht eben dafür einen Rahmen schaffen und uns darüber unterhalten, wie wir die Brücke bauen wollen, und uns danach über technische Details und andere konkrete Punkte verständigen.

Das heißt nicht, dass wir einige Fragen ausklammern sollten. Am Beispiel Kaliningrad wäre es jedenfalls interessanter, darüber nachzudenken, was wir an einem solchen Modell erproben wollen. Mir geht es also nicht in erster Linie um die Art der Visumerteilung, sondern vielmehr darum, wozu diese Visa dienen: Dazu, dass Menschen ins Ausland fahren, um Gebrauchtwagen zu kaufen oder dazu, um die Mobilität von Wissenschaftlern zu erhöhen und in diesem Raum ein neues europäisches Ausbildungssystem zu schaffen?

Ich denke, die Fragen, die Herr Shedrovitzky aufgeworfen hat, müssten, wenn nicht sogar vorrangig, so doch zumindest gleichwertig wie die anderen erörtert werden. Für die Staaten der "Nördlichen Dimension" insgesamt könnte dies für die Erschließung des Nordens weit wichtiger sein; denn Fragen der Energieversorgung und des Transports hängen in gewissem Sinne mehr von den nordischen Staaten ab als von Kaliningrad.

Kuznetsov

Ich möchte Ihnen ein kleine Geschichte "aus dem Leben" erzählen. Einem Bauern, der viele Hühner besaß, wurde eines Nachts eines davon aus dem Hühnerstall gestohlen. Er war darüber zunächst nicht sehr traurig, aber in der nächsten Nacht und in den folgenden Nächten wurden ihm weitere Hühner entwendet. Darauf beschloss er, zum klügsten Menschen im ganzen Dorf zu gehen, der für seine guten Ratschläge bekannt war. Der Weise riet ihm: "Male am Abend auf die Tür des Hühnerstalls einen Kreis." Der Bauer befolgte seinen Rat; aber am nächsten Tag fehlte wieder ein Huhn. Darauf riet ihm der Weise, ein Dreieck zu malen. Das Ergebnis war das gleiche. Nachdem der Bauer alle möglichen Figuren ausprobiert hatte, stellte er eines Tages fest, dass ihm auch sein letztes Huhn gestohlen war. Voller Ärger ging er zu dem Weisen und stellte ihn zur Rede. Der Weise aber schüttelte nur den Kopf und meinte: "Wie schade, ich hatte noch so viele gute Ideen."

Ich wünsche allen Teilnehmern unserer Diskussion, dass wir genug Ideen bis zum Jahr 2006 haben, wenn dann die Finanzierung der gemeinsamen Projekte seitens der EU beginnt.

Zöpel

Um die Geschichte kurz zu kommentieren: Ich denke, die Sache wäre besser ausgegangen, wenn der gute Mann auf den Gedanken gekommen wäre, eine Nacht lang selber aufzupassen.

Iloniemi

Es steht jetzt unser drittes Thema an: Möglichkeiten regionaler Politik: Die Nördliche Dimension als Modell? Die Nördliche Dimension ist bereits mehrmals angesprochen worden. Diese Runde bietet uns die Gelegenheit, das Thema konkreter anzugehen. Zunächst werden Herr Olsson, Herr Summa und Herr Olljum dazu Einführungsstatements vortragen.

Olsson

Zunächst erscheint es mir wichtig, sich an die Entwicklung des Konzepts Nördliche Dimension zu erinnern. Es hat seinen Ursprung zweifellos im Beitritt Schwedens und Finnlands zur EU 1995, der den Schwerpunkt der Union beträchtlich nach Norden verschoben hat. Innerhalb der Union oder in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft ergab sich eine Reihe ganz neuer Phänomene: andere klimatische Bedingungen, große Entfernungen, gering besiedelte Gebiete. Eine andere sehr wichtige Tatsache war, dass die Union eine Außengrenze mit Russland erhielt, eine Grenze von 1300 Kilometern Länge. Und eine Grenze, die große Unterschiede im Lebensstandard auf beiden Seiten zeigt.

Das Konzept der Nördlichen Dimension wurde 1995 von Finnland vorgelegt und erst-mals von der Union 1997 begrüßt. Während der finnischen Präsidentschaft wurde 1999 die erste Ministerkonferenz organisiert. Letztes Jahr in Feira nahm die Europäische Union einen Aktionsplan an. Während der schwedischen Präsidentschaft fand in Luxemburg die zweite Ministerkonferenz statt, bei der es um die politische Führung und die Planung weiterer Aktionen ging. Das Mandat von Feira enthielt auch eine Aufforderung an die Präsidentschaft, zusammen mit der Kommission einen umfassenden Bericht zur Implementierung der Nördlichen Dimension vorzubereiten. Dieser Bericht wird jetzt vom Rat für Allgemeine Angelegenheiten autorisiert und dann an den Europäischen Rat weitergeleitet.

Das Gebiet, das die Nördliche Dimension abdeckt, ist recht einzigartig. Neben einer Anzahl EU-Mitgliedsstaaten gibt es Partnerländer, von denen einige, nämlich die Beitrittskandidaten, im Begriff sind, Mitglieder zu werden. Aber es sind auch Länder dabei, die sich entschieden haben, keine Mitglieder zu werden. Es handelt sich also um eine dynamische Mischung von gut entwickelten Volkswirtschaften und Volkswirtschaften mit einem schnellen Wachstum. Es kommt darauf an, diese Dynamik zu nutzen, um die Zusammenarbeit in Nordeuropa zu intensivieren und zu versuchen, die Kooperation über die bestehenden und künftigen Außengrenzen hinweg zu stimulieren und zu verbessern.

Der Aktionsplan von Feira, auf den sich Herr Tuomioja bezogen hat, weist eine recht weite Perspektive mit vielen Feldern auf, von denen besonders drei im Mittelpunkt standen. Das eine ist die Umwelt, wo wir hoffentlich schon bald mit der so genannten Umweltpartnerschaft der Nördlichen Dimension beginnen können. Dies ist eine gemeinsame Anstrengung der internationalen Finanzinstitutionen, die auf diesem Gebiet tätig sind, in Zusammenarbeit mit der Kommission und interessierten bilateralen Geldgebern. Die Idee ist, einen finanziellen Rahmen für Projekte im Umweltbereich, für Atommüllentsorgung und Energienutzung zu schaffen. Bei den Umweltfragen sollte man das Ergebnis des Stockholmer Gipfels vom März 2001 erinnern, bei dem es eine grundsätzliche Übereinstimmung gab, dass die Europäische Investitionsbank bei Umweltprojekten auch in Russland einbezogen werden könnte. Darin sehen wir eine Art Durchbruch.

Was die nukleare Sicherheit angeht, so kommt da ebenfalls ein großes Thema zum Tragen. Wie die meisten hier wissen, verhandeln wir seit Ende 1999 über den so genannten MNEPR-Vertrag, ein multilaterales nukleares Umweltprogramm für die Russische Föderation. Ein solcher Vertrag würde den nötigen rechtlichen Rahmen für konkrete Maßnahmen abgeben, wenn es zur Beseitigung von Atomabfällen, insbesondere auf der Kola-Halbinsel, kommt. Diese Verhandlungen laufen seit Jahren und während unserer Präsidentschaft haben wir versucht, die Sache auf die höchste politische Ebene zu bringen. Es hat direkte Kontakte zwischen Herrn Persson, Herrn Prodi und Herrn Putin gegeben.

Nach dem EU-Russland-Gipfel im Mai dieses Jahres bestand die Übereinstimmung, dass man versuchen wollte, die offenen Fragen zum Abschluss zu bringen, die sich vor allem auf die sehr schwierigen Haftungsverhältnisse beziehen für den Fall, dass bei den Arbeiten etwas daneben geht. Die Verhandlungen sollten bis Ende dieses Monats beziehungsweise während der gegenwärtigen Präsidentschaft beendet werden. Ich denke dabei an die letzte Runde der Expertengespräche, die für nächste Woche in Paris geplant ist. Ich hoffe sehr, dass wir die verbleibenden Fragezeichen direkt angehen können, denn es macht sich offenkundig eine gewisse MNEPR-Müdigkeit unter den Geldgebern breit. Wenn die Verhandlungen nicht mit konkreten Ergebnissen beendet werden, fürchte ich, dass einige Geber ihr Interesse verlieren.

Ein anderes Gebiet, das in Feira im Blickpunkt stand, war der Kampf gegen das organisierte Verbrechen, die Zusammenarbeit der Justizbehörden und interne Angelegenheiten. Hier können wir einige Fortschritte erkennen. Dabei setzen wir die gute Arbeit fort, die im Rahmen der Arbeitsgruppe des Ostseerats geleistet worden ist. Überdies gibt es den gemeinsamen EU-Russland-Aktionsplan zum organisierten Verbrechen. Und vor einigen Monaten fand das erste Ministertreffen der Troika zwischen der EU und Russland über Rechtsfragen und interne Angelegenheiten statt.

Der dritte Hauptpunkt war Kaliningrad. Ich meine, die schlichte Tatsache, dass die Europäische Union und Russland jetzt über Kaliningrad reden können, ist an sich schon ein Fortschritt. Dies war vor einigen Jahren noch ein Tabu. Wir haben mit Russland einen Dialog in verschiedenen Expertengremien begonnen. Wie wir wissen, wird der Rat für Allgemeine Angelegenheiten morgen seine Schlussfolgerungen zu Kaliningrad vorlegen, die bestimmte Mechanismen vorsehen, damit Kaliningrad weiterhin auf der Tagesordnung auch während der künftigen Präsidentschaften stehen kann.

Ich habe nicht die Absicht, alle Bereiche durchzugehen, aber ich möchte doch einige weitere hervorheben. So stellt Energie einen wichtigen Bereich dar, mit dem wir, wenn auch langsam, einen Dialog zwischen der EU und Russland begonnen haben, der aber Zeit braucht, bevor sich konkrete Ergebnisse zeigen werden. Gleichwohl haben wir den Weg zu einer Diskussion geöffnet. In der Ostseeregion hat die so genannte BASREC einen Impuls in 2000 und 2001 erhalten. Es gibt jetzt eine Reihe von Expertengruppen, die verschiedene Aspekte der Energiethematik erörtern.

Ein weiterer Bereich, der künftig größere Bedeutung erlangen wird, ist natürlich die Informationstechnologie. Dies gilt im besonderen Maße in jenem Teil Europas, der von großen Entfernungen und gering bevölkerten Gebieten geprägt ist. Dort könnten E-Gesundheit oder E-Medizin sehr wichtig werden. Wie Sie wissen, gibt es einen Aktionsplan zu diesen IT-Fragen, die so genannte Nördliche E-Dimension, die vom Ostseerat in Partnerschaft mit der Kommission ausgearbeitet wird. Der Aktionsplan wird im September angenommen werden, wenn ich nicht irre, in Riga.

Bei all diesen Fortschritten bleibt dennoch die Frage: Kann die Nördliche Dimension als ein Modell für Regionalpolitik dienen? Ich bin mir nicht sicher, ob wir diesen Punkt bereits erreicht haben. Was wir immerhin feststellen können, ist, dass die Nördliche Dimension zu einem festen Bestandteil der Politik innerhalb der EU und ihrer Partnerländer geworden ist. Sie hat sich auch zu einem guten Beispiel dafür entwickelt, wie Zusammenarbeit, Kontakte, Netzwerke und Strukturen über die Außengrenzen der EU hinausreichen können. In dieser Hinsicht könnte unsere Ecke Europas vielleicht ein gutes Beispiel auch für andere Außengrenzen der Union abgeben; beispielsweise für den Südwesten oder den Südosten, wo die Außengrenzen der Union deutlicher als Trennlinien gesehen werden.

Einige Faktoren, die die Weiterentwicklung des Konzepts beeinflusst haben, liegen darin, dass die Nördliche Dimension, wie ich zu Beginn sagte, eine Mischung darstellt, die EU-Mitgliedsstaaten, Beitrittskandidaten und andere Länder umfasst. Die Schwierigkeit in dieser Hinsicht ist, dass die rechtlichen Grundlagen zwischen der Europäischen Union und anderen Ländern auf verschiedenen Abkommen beruhen. Die Beziehungen zu den Beitrittskandidaten haben wir auf der Basis von europäischen Übereinkommen geregelt; mit Russland gibt es das Partnership and Cooperation Agreement (PCA); für Norwegen und Island besteht die rechtliche Grundlage in dem EEA-Abkommen. Es ist nicht leicht gewesen, eine Struktur zu finden, die diese verschiedenen Elemente einbindet.

Das Gleiche gilt für die finanziellen Instrumente: die Phare-Programme für die Beitrittskandidatenländer und die Tacis-Programme für Russland entsprechen nicht den weitergehenden Erwartungen. Es ist schwierig, um es vorsichtig auszudrücken, die Finanzierung aus Phare- und Tacis-Mitteln in einem Projekt zu verbinden, das zum Beispiel Russland und Litauen betrifft. Die Kommission arbeitet an Wegen und Mitteln, um die Verfahren für diese Instrumente ebenso wie für die Interreg-Programme zu harmonisieren. Aber wir denken, dass in dieser Hinsicht weitere Fortschritte erfolgen können.

Ein weiterer Punkt, der einige Schwierigkeiten bereitet, besteht in der Frage, wie die Europäische Union und ihre Institutionen mit Nicht-EU-Institutionen bei der Umsetzung des Aktionsplans zusammenarbeiten können. Das gilt zum Beispiel für die regionalen Körperschaften wie den Ostseerat, den Barentsrat oder den Arktischen Rat. Häufig sind die im Aktionsplan erwähnten Bereiche sehr ähnlich oder identisch mit den Prioritäten, die von den regionalen Körperschaften festgelegt werden, die in vielen Fällen auf diesen Feldern über sehr gute Expertisen verfügen. Die Frage ist: Wie kann man Wege und Mittel für eine regionale Körperschaft zur Umsetzung von EU-finanzierten Projekten finden, wenn dort nicht alle Mitgliedsstaaten vertreten sind? Denn es besteht für die EU keine Notwendigkeit, parallele oder identische Strukturen zu schaffen, wenn es im Rahmen des Ostseerats bereits eine gut funktionierende Arbeitsgruppe gibt. Man könnte andere Beispiele für weitere Bereiche nennen.

Es gibt noch einen weiteren Tatbestand, der unsere Möglichkeiten beeinflusst. Die Europäische Union hat derzeit 15 Mitgliedsstaaten, von denen vier hier unmittelbar einbezogen sind. Andere sind daran ebenfalls interessiert, aber das Interesse an dem Konzept als solchem ist bei den 15 sehr verschieden. Es ist nicht nötig, das zu verhehlen.

Ein weiteres Problem muss gelöst werden: Wenn die Nördliche Dimension eine gemeinsame Initiative zwischen den 15 EU-Staaten und den sieben Partnerstaaten ist, müssen wir Wege finden, wo die fünfzehn plus sieben die politischen Maßnahmen und ihre Implementation erörtern können. Bisher gab es alle zwei Jahre Ministerkonferenzen. Das ist für die politische Führung schön und gut, aber es reicht nicht, wenn man wirklich eine aktive Beteiligung der Partnerländer anstrebt.

Zum Abschluss unserer Präsidentschaft haben wir einige Anstrengungen auf die weiterführende Arbeit verwandt, indem wir auch im Rahmen des Berichts für Göteborg Wege und Mittel zur ständigen Überprüfung vorgeschlagen haben, sowohl auf Beamtenebene als auch auf Ministerebene. Wir wissen, dass Dänemark, dessen Präsidentschaft in der zweiten Hälfte 2002 beginnt, die Herausforderung annehmen wird, die dritte Ministerkonferenz zu organisieren, bei der ein Thema sein sollte: Wie soll die Nördliche Dimension nach dem im Aktionsplan von Feira festgelegten Zeitpunkt weiterentwickelt werden? Eine Komponente in einer solchen Debatte sollte die Frage sein: Was geschieht mit der Nördlichen Dimension in der Ostseeregion, wenn nach der Erweiterung acht der neun Partnerländer Mitglieder der EU geworden sind? Wird dies zu einer Entwicklung führen, wo wir bei der Nördlichen Dimension nicht mehr über die Außenpolitik der Union, sondern eher über die Innenpolitik sprechen mit einer zusätzlichen Komponente EU/Russland? Denn Russland wäre der einzige Nichtmitgliedsstaat.

In diesem Zusammenhang stellt sich die weitere Frage: Wird diese Entwicklung im Ostseeraum dazu führen, dass sich die Zielsetzung der Nördlichen Dimension ändert? Trotz allem wird die Nördliche Dimension ja weiterhin im Norden liegen und von Island im Westen bis zur Barents- und Karasee im Osten reichen, wie es in einigen Dokumenten heißt. Wird das mit anderen Worten zur Folge haben, dass man sich künftig mehr auf nordische Themen, beispielsweise auf arktische oder sogar Polarfragen konzentrieren wird? Alle diese Dinge müssen wir bei der weiteren Entwicklung in Betracht ziehen.

Schließlich sollten in den Aufgabenkatalog und die weitere Entwicklung die Nichtregierungsorganisationen einbezogen werden. Ich denke dabei an die Wirtschaft, die konkrete Erfahrungen hat, ob das Investitionsklima gut ist oder nicht. Hinzu kommen die zivilgesellschaftlichen NGOs. Das hat uns zu dem Vorschlag angeregt, eine Art ständiges Forum der Nördlichen Dimension einzurichten, das nicht in erster Linie für Repräsentanten und Experten der Regierungen, sondern eher für die Wirtschaft und den zivilen Sektor gedacht ist.

Iloniemi

Als Finnland der Europäischen Union beiträt, hat die EU 1300 Kilometer gemeinsame Grenze mit Russland hinzubekommen. Die meisten Menschen sehen in den europäischen Grenzen heute eher Verbindungslinien. Das ist bei diesen 1300 Kilometern ganz anders. Nahezu 1000 Kilometer sind reine Wildnis, wo niemand lebt und nur wenige Straßen die Grenze überqueren. Deshalb lässt sich

das mit der Grenze zwischen Dänemark und Deutschland oder zwischen Deutschland und Österreich überhaupt nicht vergleichen. Das ist eine völlig andere Welt. Deshalb sind wir in dieser Hinsicht nicht so nahe beieinander, wie das die Kilometerzahl vermuten lässt.

Summa

Ich möchte zunächst einige Bemerkungen zur Nördlichen Dimension als Rahmenvereinbarung machen.

Was die Kandidatenländer angeht, gibt es keine größeren Probleme in Bezug auf die Nördliche Dimension. Sie sind hoch motiviert und arbeiten hart für ihren Beitritt. In der Praxis bedeutet das: Die baltischen Staaten und Polen haben nicht so viele administrative Kapazitäten, um gleichzeitig noch andere Dinge tun zu können. Sie sind so sehr mit dem Beitritt beschäftigt, dass alle anderen politischen Konzepte bei der Administration nicht viel Beachtung finden.

Aber die Beitrittsländer können über Ressourcen verfügen, um bei der Nördlichen Dimension mitzuwirken. Ich denke zum Beispiel an die beträchtlichen EU-Mittel im Rahmen von Phare. Auch die internationalen Finanzorganisationen, die Europäische Investitionsbank, die Nordische Investitionsbank und das BBRD sind in diesen Ländern sehr aktiv. Die Mittel sind also vorhanden.

Am erfreulichsten ist zurzeit, dass die Investoren sehr aktiv sind. Wenn man das Investitionsvolumen ansieht, ist dies beeindruckend. Das Gleiche gilt für die Wachstumsrate. Nach Prognosen vieler Ökonomen könnte das wirtschaftliche Wachstum in den Beitrittsländern ungefähr doppelt so hoch sein wie der EU-Durchschnittswert. Wenn das tatsächlich der Fall sein sollte, würde dies eine dynamische Entwicklung garantieren.

Dann zur EU und Russland. Die Region Nördliche Dimension hat die gleichen Abkommen und die gleichen Mechanismen mit Russland, wie sie auch sonst zwischen Russland und der Europäischen Union bestehen. Es gibt das Partnership and Cooperation Agreement (PCA) und auch die gemeinsame Strategie. Wenn Russland den Beitritt zur WTO anstrebt, werden wir die Frage der Freihandelszone miteinander erörtern. Ein weiteres Thema, mit dem wir uns jetzt befassen, lautet: Wie lässt sich zwischen der Europäischen Union und Russland ein gemeinsamer europäischer Wirtschaftsraum schaffen? Das betrifft natürlich vornehmlich den Rahmen der Nördlichen Dimension.

Einige Bemerkungen zur Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland. Meine eigene Lesart ist, dass sich diese Kooperation nach zehn Jahren sehr gut etabliert hat. Das PCA ist mehr oder weniger seit drei Jahren tätig. Der PCA-Mechanismus ist zwar äußerst schwerfällig, aber es scheint zu funktionieren. Das heißt, es gibt hier ein Forum, wo wir alle Themen mit Russland erörtern können. Dies geschieht in einem wöchentlichen, monatlichen und jährlichen Turnus. Das scheint somit in Ordnung zu sein und kommt auch der Nördlichen Dimension zugute.

Es gibt natürlich auch Probleme zwischen der EU und Russland. Die Hauptkompetenzen der Union liegen sicherlich auf dem Gebiet des Handels. Wir wissen, dass beim Handel einige Reizfragen auf der Tagesordnung von Gipfeltreffen oder anderen Konferenzen stehen. Beide Seiten sind mehr oder weniger frustriert, weil sie nicht gelöst werden. Vor diesem Hintergrund sind die EU und Präsident Putin übereingekommen, eine hochrangige Arbeitsgruppe zu Handelsfragen und zu den mit einem gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum verbundenen Themen einzusetzen. Das ist neu, und wir erörtern jetzt, was das für die Praxis bedeutet. Es ist leicht, dergleichen auf einem Gipfel zuzustimmen, doch dann müssen wir wissen, welche Bedingungen bei dieser Art von Zusammenarbeit gelten sollen; denn es gibt bereits den PCA-Mechanismus.

Die russische Diplomatie ist, wie wir wissen, sehr bilateral orientiert. Auf unserer Seite verhält es sich genauso. Einige EU-Mitglieder sind ausgesprochen bilateral tätig. Kann man deshalb von einem Wettbewerb zwischen den EU-Russland-Mechanismen und den bilateralen Aktivitäten sprechen? Zum Beispiel ist Deutschland bilateral äußerst aktiv. Das macht die Zusammenarbeit nicht gerade einfacher.

Es ist mitunter sehr schwer auszumachen, wer der eigentliche Gesprächspartner in Moskau ist. Wir wissen, dass der stellvertretende Ministerpräsident, Viktor Kristenko, "Mr. Europa" in der russischen Regierung ist; das ist gut. Doch haben wir fast täglich Probleme damit, wen wir ansprechen und mit wem wir Dinge abstimmen können. Es gibt mehr und mehr unterschiedliche Meinungen in der russischen Administration. Zum Beispiel folgt der Außenminister der alten konservativen Linie, während der Kreml und das Büro des Ministerpräsidenten sowie einige andere Minister viel moderner und kooperativer sind. Das Problem ist, dass der Außenminister eine Art Filter bei all diesen Beziehungen zu sein scheint und es schwierig ist, mit ihm zu irgendwelchen Zwischenergebnissen zu kommen.

Jetzt zur Nördlichen Dimension. Ich denke, es ist viel zu früh, den Erfolg der Nördlichen Dimension zu bewerten. Sie wurde beim Europäischen Rat in Helsinki im Dezember 1999 offiziell ins Leben gerufen. Der Aktionsplan wurde genau vor zwei Monaten angenommen. Doch ihr gelang ein sehr guter Start. Von Beginn an gab es keine Reibungen und es war leicht, äußerst schnell in Gang zu kommen. Wenn ich das mit einigen anderen Initiativen vergleiche, ist das ein wirklich fantastischer Start gewesen. Ich denke, der politische Rückhalt ist eindeutig und sehr stark. Wie Herr Olsson sagte, zeigen einige Länder an dem Konzept größeres Interesse als andere. Aber wenn wir uns die Schwarzmeer-Kooperation oder den Barcelona-Prozess anschauen, ist das überall das Gleiche. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Damit komme ich zu Russland. Das Land ist bekanntlich immer noch sehr zentralistisch. Nordwestrussland einschließlich Kaliningrad ist psychologisch und geografisch weit von Moskau entfernt. Von daher stellt sich die Frage: Wie lässt sich in dieser Konstellation die Aufmerksamkeit auf die Nördliche Dimension lenken? Vielleicht zeigt sich jetzt eine Gelegenheit, die es vor zwei Jahren, als wir mit der Nördlichen Dimension begannen, noch nicht gab. Das ist Präsident Putin zu verdanken, der die Region selbst sehr gut kennt, ebenso wie seine Berater. Er scheint daran sehr interessiert zu sein und das ist natürlich außerordentlich wichtig. Er bringt dieses Interesse in allen Treffen zum Ausdruck und hat auch sehr persönliche Ansichten und Prioritäten.

Darüber hinaus ist die EU-Erweiterung für die russische Administration der Grund, warum der Außenminister und einige andere Personen an der Nördlichen Dimension mehr und mehr Interesse finden. Die EU hat es nicht abgelehnt, die Erweiterung mit den Russen zu erörtern; sie hat aber betont, dass dies im PCA-Mechanismus geschehen soll. Doch Russland will mehr. Wenn man aber keine neuen Gremien schafft, die sich mit den Auswirkungen der Erweiterung auf Russland befassen, dann dürfte es im Augenblick am besten sein, das Thema Kaliningrad separat zu erörtern. Damit werden dann automatisch auch andere Fragen der Erweiterung diskutiert werden. Deshalb ist die Erweiterung mit der Nördlichen Dimension und mit Kaliningrad verknüpft. Das ist der Grund, warum dem mehr Beachtung geschenkt wird.

Wie gesagt, mitunter haben wir große Schwierigkeiten, den Gesprächspartner in Moskau auszumachen. Das hängt mit der Nördlichen Dimension eng zusammen. Deshalb müssen die Regionen - St. Petersburg, Kaliningrad, Murmansk und Karelien - die Verantwortung übernehmen. Einige von ihnen sind dazu in der Lage, andere nicht.

Das betraf jetzt mehr die politische Intention der Nördlichen Dimension. Jetzt komme ich kurz zu den Ressourcen und den Projekten. Politisch besteht, wie gesagt, eine klare Übereinstimmung. Die Politik der Nördlichen Dimension findet Zustimmung und ist von den höchsten Organen in der EU abgesegnet worden, sodass daran zurzeit nicht weitergearbeitet werden muss. Der eigentliche Test besteht darin, zu konkreten Ergebnissen zu kommen: Was können diese Konzepte leisten?

Viele Institutionen beschäftigen sich mit den weichen Problemen wie Kriminalität, Gesundheitswesen und so weiter. Das ist sehr wichtig. Dann müssen wir aber auch die Hardware sozusagen angehen. Die Mittel der Nördlichen Dimension sind sehr begrenzt. Den baltischen Staaten und Polen stehen wie gesagt einige Mittel der EU zur Verfügung. Im Vergleich dazu sind aber die Mittel, die die EU für MEDA bereitstellt, um ein Vielfaches höher. Die bilateralen Programme für Ägypten, Nepal oder andere Länder sind verglichen mit dem, was die Region Nördliche Dimension erhält, sehr viel größer. Sie würden überrascht sein, wenn ich hier auflisten würde, wie die EU-Fonds weltweit verteilt sind.

Was können wir also tun? Zum einen haben wir das Phare-Instrumentarium. Die betreffenden Länder, die baltischen Staaten und Polen, entscheiden selbst, wie die Mittel regional verteilt werden. Tacis zum Beispiel ist ein Instrument, bei dem die EU-Kommission abgestimmt mit den Russen ein gewichtiges Wort mitzureden hat. Wir haben bereits viele der Fondsmittel zugeteilt. Dies bedeutet, dass wir weniger im Gebiet von Wladiwostok und sehr viel mehr im westlichen Teil der Russischen Föderation tun. Aufgrund des Abkommens Nördliche Dimension und neuer Prioritäten zeigt der Vergleich zwischen 1998 und heute, was Projekte angeht, die die EU zu hundert Prozent finanziert oder zumindest zu fünfzig Prozent eine Verdoppelung bei den vorrangigen Projekten. Das heißt, hier hat in den letzten zwei, drei Jahren eine erhebliche Veränderung stattgefunden.

Es gibt vieles andere: grenzüberschreitende Umweltprojekte, Bildungs- und Industrieprojekte, Projekte im Energiebereich. Für das Luxemburger Ministertreffen haben wir eine Liste von 55 Seiten ausgearbeitet, die zeigt, was die Europäische Union für die Nördliche Dimension tut. Sie deckt elf Bereiche ab. Das ist also ein sehr aktives Feld, das sich schnell entwickelt. Bei der Kommission arbeiten zurzeit elf Abteilungen an der Nördlichen Dimension, was allerdings von der Definition abhängt; es könnten auch 20 oder 25 sein.

Hans Olsson hat darauf hingewiesen, dass IVICE erhebliche Fortschritte gemacht hat. Eine Bestandsaufnahme der laufenden Projekte der Nördlichen Dimension, die für das IVICE-Treffen erstellt wurde, weist 360 Projekte für diese Region aus, von denen 72 in Russland durchgeführt werden. Die Idee einer Umweltpartnerschaft der Nördlichen Dimension wird höchstwahrscheinlich nächste Woche in Göteborg Zustimmung finden. Die Finanzierung soll erweitert werden, und zwar hauptsächlich für Umweltschutz und Atommüllentsorgung. Ich denke, IVICE kann noch aktiver werden, wenn es über die entsprechenden Mittel verfügt. Natürlich sollte auch der rechtliche Rahmen und das Investitionsklima der Motivation förderlich sein.

Das heißt, die Nördliche Dimension ist bereits Teil der neuen Politiken, was in den drei, vier Jahren, die wir daran gearbeitet haben, eine wirkliche Leistung darstellt.

Nun zu einigen Herausforderungen, Problemen und möglichen Verbesserungen. Erstens. Wenn wir wirklich sichtbare Ergebnisse, auch politische, erreichen wollen, sind die Mittel entscheidend. Die Wirkung haben wir in der Nördlichen Dimension festgestellt. Der EU-Haushalt ist mehr oder weniger festgelegt; und viele Mittel sind auf den Balkan geflossen, die teilweise von Tacis, Phare und anderen Instrumenten abgezogen wurden. Das bedeutet, dass wir derzeit kleinere Fonds zur Verfügung haben als noch vor ein paar Jahren. Diese Gelder werden dort mittelfristig nicht einmal benötigt, aber das war wohl politisch notwendig.

Zweitens müssen wir sehen, dass die anderen ihren Beitrag leisten. Es gibt bilaterale Beitragszahlungen von den Mitgliedsstaaten, während die Beitrittskandidaten nicht sehr viel mehr an Mitteln beisteuern können. Ferner müssen wir darauf dringen, dass die russische Regierung aktiver wird. Ich habe den Eindruck, dass einige russische Banken abwarten, was die EU für diese Region tun wird. Sie sind nicht bereit, ihre eigenen Mittel einzusetzen. Das entspricht bestimmt nicht der Idee.

Was die politische Wahrnehmbarkeit angeht, so ist das wahrscheinlich das größte Problem der Nördlichen Dimension, man mag es glauben oder nicht. Wenn es in dieser Region keine Krisen gibt, wird sie auch nicht wahrgenommen. Mein sehr persönlicher Eindruck in Brüssel ist, dass es einer Krise bedarf, um Mittel zu bekommen und wahrgenommen zu werden. Normale harte Arbeit reicht dafür nicht aus. Die Probleme, mit denen wir es zu tun haben, liegen im Verborgenen, sie sind nicht so sichtbar: Wasser- und Luftverschmutzung oder manche Krankheiten. Es ist nicht leicht, diese Probleme politisch zu vermarkten.

Ein anderes politisches Problem zeigt sich vor allem auf russischer Seite. Wenn man mit russischen Politikern diskutiert, so geben sie zu verstehen, dass die Nördliche Dimension die Vergangenheit aufarbeitet: Säuberung verunreinigten Wassers, Entsorgung des Atommülls, Lösung einiger Probleme in Kaliningrad. Diese Dinge haben eine eher negative Assoziation. Was wir politisch brauchen, heißt es, sind zukunftsorientierte, positive, politisch attraktive Projekte.

Welche könnten das sein? Hans Olsson nannte den IT-Bereich und die Kommunikationstechnologie. Das Potenzial ist gewaltig, insbesondere in St. Petersburg, in Kaliningrad und in einigen baltischen Städten. Die russische Regierung hat vorgeschlagen, im wissenschaftlichen und technologischen Bereich zusammenzuarbeiten. Dort könnten wir in der Tat sehr viel mehr tun und St. Petersburg käme dabei eine wirklich bedeutende Rolle zu. Wir brauchen etwas Positives, das wir den Politikern vorweisen und was sie wiederum ihrer Bevölkerung vorführen können: neue Unternehmen, neue Arbeitsplätze für junge Leute etc.

Dann die Frage des Engagements. Auf europäischer Seite ist das Engagement eindeutig. Wir tun unsere Arbeit, und die Kommission koordiniert die Dinge. Das scheint alles recht gut zu laufen. In Russland ist das Problem vor allem, dass alles über Moskau läuft. Was immer wir beispielsweise in Sachen Tacis tun, geht über Moskau. Das heißt, die Regionen müssten sehr viel aktiver werden. Die Regionen stellen Einkaufslisten zusammen, produzieren einige Ideen und veranstalten Brainstormings. Mehr findet in den meisten Fällen nicht statt. Die Listen schicken sie nach Moskau oder zu uns und nach sechs Monaten kritisieren sie die Kommission, weil die nicht liefert. Was wir brauchen, sind gut ausgearbeitete realistische Vorschläge, die wir aber nicht erhalten. Niemand sollte glauben, dass wir so etwas in Brüssel erstellen können. Deshalb liegt die Verantwortung tatsächlich bei den Regionen.

Das gilt auch für Beitrittsländer wie die baltischen Staaten und Polen. Ich sagte bereits, dass die ihre Aufmerksamkeit in erster Linie auf Brüssel lenken; in manchen Fällen auch auf Deutschland und einige andere Länder, nicht jedoch auf die Ostseeregion.

Der nächste Punkt, über den wir sprechen könnten und der verbesserungsfähig ist, ist die Organisation. Es gibt gegenwärtig entschieden zu viele Institutionen im Nordwesten und in der Ostseeregion. Für die Zusammenkünfte und für die konkrete Arbeit hätte eine stromlinienförmige

Ausrichtung erste Priorität. Während der schwedischen Präsidentschaft hoffen wir, in dieser Hinsicht einige Ergebnisse vorlegen zu können.

Gegenwärtig richtet die Nördliche Dimension ihre Aktivitäten viel zu sehr auf die Europäische Union und besonders die Kommission. Nach meiner Auffassung besteht die Rolle der Kommission vor allem darin, die Kontinuität zu garantieren. Dazu sind wir bereit und verpflichtet. Natürlich handhaben wir die entsprechenden Instrumente. Es kann nicht sein, dass die anderen nur irgendwelche Einkaufslisten erstellen oder vage Ideen produzieren und ansonsten die Kommission und die EU kritisieren. Das ist langfristig nicht sehr konstruktiv. Mitunter hatte ich den Eindruck, dass jene, die ihre eigenen Hausarbeiten nicht machen, es leichter finden, die Kommission zu kritisieren. Vielleicht ist das nicht sehr klug.

Wenn wir die anderen regionalen Ansätze betrachten, bei denen die EU sehr stark beteiligt ist: Mittelmeer, Schwarzes Meer und so weiter, denke ich, hat die Nördliche Dimension einen ausgesprochen guten Start gehabt. Wir können auch konkrete Ergebnisse vorweisen. Dies wird, wie gesagt, zu wenig wahrgenommen. Das beste Anzeichen dafür ist wohl, dass viele Regierungen aus den Mitgliedsstaaten oder Nichtmitgliedsländern im Süden und viele Mitglieder der Parlamente bereits auf uns zugekommen sind und angefragt haben: Wie haben Sie das organisiert? Wie haben Sie diese riesige Einrichtung so schnell auf die Beine gestellt? Es ist ein guter Anfang, aber es bleibt noch viel zu tun. Vieles kann noch verbessert werden; jeder kann seinen eigenen Beitrag intensivieren. Dies ist meine persönliche Antwort auf die Frage, die auf unserer Tagesordnung steht: Diese Dynamik als Modell für die regionale Zusammenarbeit.

Olljum

Was mich in dieser Diskussion zunächst überrascht hat, war die pessimistische und skeptische Grundstimmung in Hinblick auf den gegenwärtigen Stand der regionalen Zusammenarbeit und ihrer Zukunftsperspektiven.

Des Weiteren finde ich die Dominanz seitens der russischen und der deutschen Teilnehmer in der Diskussion bemerkenswert. Nach meiner Erfahrung in der Ostseekooperation ist dies jedenfalls recht ungewöhnlich. Im Allgemeinen, wenn über die Ostseekooperation bei unterschiedlichen Anlässen gesprochen wird, war das immer eine Art nordisch-baltischer Klub. Die früheren fünf plus drei und jetzigen acht nördlichen Ostseestaaten haben sich in nicht einmal zehn Jahren in einem erstaunlichen Maße integriert. Das wird nicht nur deutlich, wenn man auf die besondere Beziehung zwischen Estland und Finnland blickt, sondern ist auch offenkundig bei unseren südlichen Nachbarn Lettland und Litauen. Das trifft insbesondere zu, wenn man sich die Handels- und Investitionsströme im letzten Jahrzehnt anschaut. In der Tat könnte man halb scherzhaft die Redeweise von einem Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten auch auf die Ostseeregion übertragen. Auch da gibt es verschiedene Geschwindigkeiten.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Ich behaupte nicht, dass die nordische Kooperation bedeutsamer ist als die weitere Zusammenarbeit in der Ostseeregion. Aber es gibt unter diesen Ländern eine regionale Kooperation in einem Ausmaß, das sich in der größeren Gruppe nicht findet. Es wäre natürlich ganz unsinnig zu meinen, dass Russland, Deutschland oder Polen deshalb in unserer Region nicht zählen. Diese Länder sind von entscheidender Bedeutung. Ich frage mich jedoch, warum sie bisher in der Region nicht aktiver sind. Olaf Knudsen hat die häufig ambivalente Haltung Russlands gegenüber der Region zum Teil damit erklärt, dass dort vielleicht ein konkurrierender Integrationsprozess stattfindet, nämlich die Reintegration der Regionen mit Russland. Ich würde noch weiter gehen und behaupten: um einige seiner Nachbarn wieder unter das Kommando Moskaus zu reintegrieren.

Auch der fortschreitende Prozess der europäischen Integration umfasst zweifellos fast die ganze Ostseeregion, insbesondere die vier Beitrittskandidaten und die vier Mitgliedsländer der EU. In diesem Zusammenhang verstehe ich nicht, wenn das Verhältnis von Tallinn zu St. Petersburg so kritisch gesehen wird. Man sollte sich daran erinnern, dass der Zusammenbruch des bilateralen Handels zwischen Russland und Estland großenteils durch die einseitige Verdoppelung von Strafzöllen verursacht wurde, die Russland gegenüber estländischen Importen nach Russland erhob. Man könnte also mit Recht fragen, wer eigentlich wem den Rücken zugekehrt hat. Ironischerweise erwies sich die russische Strafzollpolitik für Estland als ein Segen, denn sie hat uns gezwungen, unsere Exporte auf die EU hin zu orientieren, was wiederum die Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität der estländischen Industrie beflügelt hat.

Wir begrüßen natürlich die kürzlichen Signale aus Moskau, dass man bereit sei, mit Estland ein MFN-Abkommen zu unterzeichnen. Es gab Anzeichen, dass dies Ende Juni geschehen würde. Leider ist

das jetzt aufgrund organisatorischer Schwierigkeiten verschoben worden. Wir haben auch an neuen Initiativen gearbeitet, die sowohl von St. Petersburg als auch von der Pskower Oblast ausgehen. Es gibt in der Tat ein sehr gutes Beispiel für eine dreiseitige Zusammenarbeit zwischen Estland, Dänemark und der Pskower Oblast. Wir hoffen, dass dies auch durch die Entscheidung für die Gründung eines subregionalen Projektfonds des Ostseerats gefestigt wird. Leider ist dies aus verschiedenen Gründen aufgeschoben worden.

Abgesehen von Island, das aufgrund seiner geografischen Entfernung die Ausnahme darstellt, ist Estland das kleinste Land der Region. Als ein kleines Land sind wir vom Handel und der regionalen Zusammenarbeit besonders abhängig. Aus diesem Grund hat die regionale Zusammenarbeit für Estland immer eine hohe Priorität gehabt, und das wird auch so bleiben. Das gilt für alle Formen und Ebenen, ob es sich dabei nun um die baltische Kooperation zwischen Estland, Lettland und Litauen oder um die Kooperation der acht nordisch-baltischen Länder, um die Länder des Ostseerats und die verschiedenen subregionalen Zusammenschlüsse handelt. Von daher sollte es auch leicht verständlich sein, warum es für Estland von essenzieller Bedeutung ist, der Europäischen Union und der NATO beizutreten, um ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Stabilität und Sicherheit zu gewährleisten. In diesem Sinne sieht Herr Stebelski zu Recht die regionale Zusammenarbeit in einem größeren Kontext. In der Tat sind die meisten regionalen Kooperationsinitiativen, besonders auf den Gebieten der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik, mehr oder weniger im Hinblick auf das Ziel der europäisch-atlantischen Integration konzipiert worden.

Vor diesem Hintergrund muss ich eine vorsichtige Bemerkung zu den Grenzen der Regionalpolitik machen. Estland hat verschiedene regionale Initiativen im Bereich der zivilen Sicherheit stark unterstützt, zum Beispiel im Rahmen einer sehr guten Zusammenarbeit mit Finnland und Russland bei der Grenzsicherung. Aber wir lehnen jede Regionalisierung harter Sicherheitsvereinbarungen einschließlich vertrauensbildender Maßnahmen grundsätzlich ab. Europäische Sicherheit ist letztlich unteilbar. Auf der anderen Seite hat Herr Ignatavicius darauf hingewiesen, dass Litauen in den Wiener Dokumenten mit Russland zusätzlichen Inspektionen zugestimmt hat, die wir auch mit Russland vereinbart haben und die seit Jahren gut laufen.

Wir begrüßen auch die so genannte Kieler Initiative, die die Verteidigungsminister der Ostseestaaten zusammenbringen soll mit der Maßgabe, sich praktischen Fragen der Zusammenarbeit zu widmen, was uns dabei helfen soll, uns der europäisch-atlantischen Integration anzunähern. Das schließt also die befreundeten Länder außerhalb der Region ein.

Ich möchte noch einmal die Bedeutung einer aktiveren Beteiligung der drei bevölkerungsreichsten Staaten in der Region, von Russland, Deutschland und Polen, betonen. Tatsache ist, dass für Moskau, Berlin und vielleicht auch für Warschau die Ostseekooperation nur von untergeordneter Priorität ist - zumindest erscheint dies einem Außenstehenden so. Dabei wiederhole ich, dass ich die Beteiligung größerer Länder in der Region keineswegs unterschätze. Ohne die pionierhafte Vision von Björn Engholm, die in den frühen 90er Jahren mit Hans-Dietrich Genscher und seinem dänischen Kollegen Uffe Ellemann-Jensen wirkungsvoll abgestimmt war, säßen wir heute hier nicht zusammen. Außerdem sollte der wichtige deutsche Beitrag für die regionale Ostseekooperation insbesondere von Botschafter Heimsoeth während der deutschen Präsidentschaft im Ostseerat Erwähnung finden. Ich meine, der Vertreter der Europäischen Kommission wird mir zustimmen: Wenn Deutschland im letzten Jahr nicht so aktiv und effizient gewesen wäre, dann wäre die Arbeit in der Nördlichen Dimension nicht so erfolgreich gewesen.

Bisher hat die Nördliche Dimension allerdings noch zu wenig "Fleisch am Knochen"; aber ich meine, selbst mit dem Wenigen können wir jetzt eine gute Suppe kochen. Wenn wir noch energischer daran arbeiten, wie Timo Summa sagt, und wenn wir beharrlich dabei bleiben und auch ein wenig guten Willen und Optimismus üben, können wir auch mehr Fleisch an den Knochen bekommen.

Ich stimme jedenfalls der Aussage von Herrn Kuznetsov nicht zu, dass wir bis zum Jahr 2006 warten müssten, bis zusätzliche Mittel zur Verfügung stehen, um neue Ideen und Projekte umzusetzen. Timo Summa sagte beispielsweise, dass im Ostseerat Dinge vorbereitet werden, die mit dem, was unsere Freunde aus St. Petersburg gefordert haben, auf einer Linie liegen. Das könnte in der Tat ein Projekt sein, das in der Region politisch helfen würde, die entsprechende Beachtung zu finden. Ich meine die Nördliche Dimension. Estland ist - darauf wurde hier hingewiesen - das fortschrittlichste Land auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie. Unser E-Regime beispielsweise gilt als beispielhaft für eine Praxis, der weltweit nachgeeifert werden sollte. Tatsächlich ist unser Außenminister in der hochrangigen Beratergruppe von Kofi Annan dabei, um die digitale Kluft auf globaler Ebene zu überbrücken.

Im Komitee der Senior Officials des Ostseerats hat Estland zusammen mit der Europäischen Kommission die Führung übernommen, um den Aktionsplan Nördliche-E-Dimension zu entwickeln, von dem wir hoffen, dass er auf dem hochrangigen ministeriellen Treffen in Riga Ende September dieses Jahres angenommen wird. Ich bin fest davon überzeugt, dass diese Initiative die Entwicklung in dieser Region erheblich anspornen wird. Bekanntlich sind Schweden und Finnland Weltführer bei der Entwicklung und Implementierung von Informations- und Kommunikationstechnologie in praktisch allen Lebensbereichen. Die anderen Länder in der Region holen schnell auf und St. Petersburg und Kaliningrad haben, wie Timo Summa festgestellt hat, in dieser Hinsicht große Möglichkeiten.

In vielen Bereichen sind Banken und Telekommunikationsunternehmen führend in der Entwicklung von ICT-Systemen, die sicherlich ein wichtiger Faktor für das künftige wirtschaftliche Wachstum in der Region sind. Sowohl der private Sektor als auch die Regierung fördern diese Entwicklung. Die Aufgabe der Regierung besteht darin, geeignete Rahmenbedingungen für diese Entwicklung zu schaffen. Ich denke, dass die Nördliche Dimension der EU eine Plattform bietet, um die viel versprechende Entwicklung der E-Economy zu fördern, und zwar durch zunehmende gemeinsame Anstrengungen und in enger Zusammenarbeit, was wiederum helfen wird, den Übergang zur Informationsgesellschaft zu beschleunigen.

Angesichts der Komplexität der Ostseeregion ist es jedoch notwendig, koordinierte Initiativen und wachsendes Engagement auf Seiten der Regierungen und anderer Schlüsselakteure zu ermutigen, um Trennlinien in unseren Regionen zu überwinden. Einer der Schlüssel für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den Ostseestaaten sind stets Netzwerke gewesen. Das gilt auch in Zukunft. Auf Aktivitäten im ICT-Sektor sollte verstärkt Wert gelegt werden, damit wir unsere regionale Führungsposition auf diesem Gebiet kontinuierlich stärken können.

Nach meiner Erfahrung wurde der Ostseerat immer als ein neutraler Boden für Treffen von verschiedenen Akteuren in der Region angesehen. Olaf Knudsen sagte, dass die Region stets ein Ort für eine sich entwickelnde Zusammenarbeit zwischen Akteuren gewesen ist, die sonst wohl kaum hätten zusammenkommen können. Ich denke, in der Hinsicht ist auch die Initiative der Körber-Stiftung hilfreich.

Lange

Herrn Olsson möchte ich fragen: Ist die Migration das Kernthema der Nördlichen Dimension? Diese konzentrierte sich anfangs auf solche spezifisch nördlichen Probleme wie Besiedelung, Arbeitsbedingungen und Ökologie. Aber gibt es Kriminalität als typisches nordisches Problem? Was meint "nördlich" dann? Eine bestimmte Fähigkeit der nordischen Völker, der nordischen Nationen, zur Niederhaltung von Kriminalität? Macht das den Hauptpunkt des Interesses aus? Damit hängt zusammen, was Sie die Attraktivität die-ses Modells nennen. Wie können wir das, was "das Nördliche" ausmacht, auf den Mittelmeerraum oder das Schwarze Meer übertragen? Welche Instrumente haben wir, um das zu übertragen? Und wenn das nicht gehen sollte: Welche modernisierungspolitische Arbeitsteilung zwischen den Regionen folgt daraus?

Zu Herrn Summa. Sie beanstandeten, dass es in Moskau keinen "Mr. Europa", also quasi keinen allein herrschenden Ansprechpartner, gebe. Aber besteht nicht die Schwierigkeit der bilateralen Kommunikation gerade darin, dass sie in Russland inzwischen wieder auf eine zentralisierte Oberaufsicht mit deren unliebsam vertrauten traditionellen Störfaktoren stößt?

Deshalb frage ich, inwieweit nicht das Subsidiaritätsprinzip als Kriterium für eine operative Effektivität auch Anwendung auf Russland finden sollte - um den stets ineffektiven russischen Zentralismus in Grenzen zu halten und eine wünschenswerte Dezentralisierung zu befördern!

Olsson

Zunächst sollte man daran erinnern, dass der Begriff "Nördliche" Dimension heißt und eben nicht "Nordisch", was etwas anderes meint. Was sich mit dem Begriff "nördlich" verbindet, habe ich in meiner Einleitung kurz zu erklären versucht. Das heißt, die Europäische Union hat nach dem Beitritt von Finnland und Schweden innerhalb ihrer Grenzen urplötzlich mit einer Reihe neuer Phänomene zu tun, die zuvor nicht im gleichen Maße zwischen den bisherigen Mitgliedern bestanden.

Ein Beispiel dafür sind die nördlichen Teile Finnlands und Schwedens mit ihren sehr spezifischen Problemen hinsichtlich klimatischer Bedingungen oder der äußerst dünn besiedelten Gebiete. Das warf eine Reihe neuer Probleme und viele neue Fragen für die Union auf, was sich auch in den Strukturpolitiken und den verschiedenen internen Programmen der Union widerspiegelte. Dies ist verbunden mit dem Tatbestand, dass die Europäische Union sich in Richtung eines Territoriums

erweitert - nämlich Russland und die baltischen Länder -, das einige Charakteristika aufweist, die es zuvor so nicht gab - sie mögen bekannt gewesen sein, aber sie waren nicht so präsent, wie sie es nach unserem Beitritt zur EU geworden sind.

Summa

Ich denke, Subsidiarität wird bereits weithin praktiziert. Nehmen wir nur die Geschäftswelt im Rahmen des Ostseerates als Beispiel. Die regionalen Körperschaften spielen da-bei eine Schlüsselrolle. Sie müssen aber, wie ich bereits sagte, effizienter und besser organisiert werden. Aber die konkreten Ideen müssen ohne Frage aus den Regionen kommen. Glauben Sie nicht, dass die aus Brüssel kommen. Wenn die Region nicht in der Lage ist, die Prioritäten und Vorstellungen selbst zu entwickeln, hat sie keine Zukunft. Aber natürlich müssen wir in Brüssel darauf achten, dass sie auf einer Linie mit der generellen Politik liegen.

Yagya

Im Zusammenhang mit der Nördlichen Dimension wurde hier die interessante Frage gestellt, in welcher Hinsicht und für wen sie ein Modell darstellen könnte. Mit anderen Worten: Wo könnte ein solches Modell angewendet werden - wenn es denn ein Modell ist? Ist es denkbar, wie Herr Summa meinte, die Nördliche Dimension als ein Modell anzusehen, das sich auch, sagen wir, in Sibirien, im fernen Osten Russlands, in Nepal oder in Ägypten anwenden ließe? Tatsache ist, dass die Nördliche Dimension hinsichtlich ihrer Ziele und auch ihrer bisherigen Ergebnisse sehr unterschiedlich bewertet wird.

Lassen Sie mich zunächst darauf zurückkommen, welche Idee der Initiative Nördliche Dimension durch Finnland ursprünglich zugrunde lag. Aus meiner Sicht waren es vor allem drei wichtige Gründe.

Erstens war es der Wunsch Finnlands - und bis zu einem gewissen Grade auch Schwedens -, Investitionen für ihre nördlichen Randgebiete anzuziehen; denn mit dem Beitritt zur Europäischen Union war die Wettbewerbsfähigkeit der schwedischen, besonders aber der finnischen Landwirtschaft zurückgegangen, was zu einer Abwanderung der ländlichen Bevölkerung in die Stadt und zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führte.

Zweitens waren die nördlichen Länder, insbesondere Finnland, bestrebt, Investitionen in die nordwestlichen Gebiete Russlands, die an die EU angrenzen, zu ziehen, um diese Regionen zu stabilisieren und damit auch die Handelsbeziehungen zu aktivieren.

Der dritte Grund war, dass Finnland seine Rolle in der internationalen Politik und damit auch innerhalb der Europäischen Union stärken wollte. In der zweiten Jahreshälfte 1999 hat Finnland die Möglichkeiten seiner EU-Präsidentschaft voll genutzt für die Verbreitung und Entwicklung der Nördlichen Dimension. Das führte dazu, dass die Agenda, die im Juni 2000 in Portugal als Aktionsplan der gesamten Union angenommen wurde, viele Programmpunkte enthielt, die Finnland ausgearbeitet hatte. Aber die konkreten Vorschläge von Seiten St. Petersburgs und der Kaliningrader Oblast wurden leider in dem Aktionsplan nicht berücksichtigt. Was Russland angeht, konzentriert sich der Aktionsplan lediglich auf vier wichtige Problembereiche: nukleare Sicherheit, Umwelt, organisierte Kriminalität und die Situation in der Kaliningrader Oblast.

Schweden, das derzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat, weicht in einer Reihe von Punkten von der Politik Finnlands ab, weil die beiden Länder in Bezug auf die europäische Integration unterschiedliche Vorstellungen haben. Während Finnland für die gemeinsame europäische Währung und für die Ausweitung der Zuständigkeiten der Europäischen Kommission eintritt - vor allem in Bezug auf die Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Außenpolitik der EU -, verhält sich Schweden viel skeptischer zum Euro und plädiert dafür, dass Grundsatzentscheidungen weiterhin bei den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU verbleiben und nicht auf die überstaatliche Ebene übertragen werden sollten.

Schweden versucht seinerseits eine Initiative voranzubringen unter dem Rubrum "Russland - Teil Europas". Aber diese schwedische Initiative hat nicht den gleichen Widerhall gefunden wie die finnische. Das ist einer der Gründe, warum die Nördliche Dimension bisher erst geringe Ergebnisse vorzuweisen hat. Einen weiteren Grund sehe ich darin, dass keiner der großen EU-Staaten die Nördliche Dimension in seine Prioritätenliste aufgenommen hat, auch Deutschland nicht, obwohl es wichtige Interessen in der Ostseeregion hat.

Hinzu kommt, dass die Nördliche Dimension den Widerstand der mediterranen Mitgliedsstaaten der EU herausgefordert hat. Diese Staaten befürchten eine Neuverteilung des EU-Budgets - insbesondere in Bezug auf die Finanzierung der Landwirtschaft - zugunsten der Nordstaaten. Und, wie wir eben gehört haben, viele der Mittel, die bereits für verschiedene Programme in den nördlichen Territorien

vorgesehen waren, werden jetzt auf dem Balkan eingesetzt. Das betrifft Tacis, Phare, Interreg und andere Programme.

Zwei weitere Gründe wurden hier bereits genannt. So verfügt die Nördliche Dimension über keine eigenen Finanzmittel, und bis zum Jahr 2006 ist es noch lange hin. Außerdem stimme ich Herrn Summa zu, dass es der Nördlichen Dimension an entsprechenden organisatorischen Strukturen fehlt, was für die Wirksamkeit des Programms nicht gerade förderlich ist.

Die russische Führung hat sich gegenüber Finnland im Allgemeinen zustimmend zu dieser Initiative geäußert, aber in einigen Punkten Kritik geübt, besonders was die Orientierung des Programms auf die Erschließung der natürlichen Ressourcen des nordwestlichen Russlands angeht. Es ist nicht zu übersehen, dass die Nördliche Dimension in vieler Hinsicht vor allem darauf abzielt, europäische Investitionen in die Länder des Baltikums zu ziehen, um deren Beitritt zur EU vorzubereiten, und erst an zweiter Stelle stehen Investitionen in den Nordwesten Russlands. Aber ungeachtet meiner kritischen Bemerkungen möchte ich betonen, dass die Nördliche Dimension eine wichtige Initiative für den Nordwesten Russlands und insbesondere für St. Petersburg darstellt.

Was ließe sich zur positiven Umsetzung tun? Erstens könnte die direkte Zusammenarbeit mit der EU ausgeweitet werden. Im nächsten Jahrzehnt verläuft die Grenze zwischen Russland und der EU allein im Nordwesten Russlands. So hat der estnische Botschafter in Russland vor kurzem erklärt: Wenn Estland der EU beitrifft, wird es die Möglichkeit bekommen, in die Entwicklung der nordwestlichen Regionen Russlands zu investieren.

Ein zweiter positiver Aspekt der Nördlichen Dimension besteht darin, dass die Einbeziehung des Nordwestens Russlands in diese Programme der Region ein "Gütezeichen" verleiht und ihr Ansehen sowohl international als auch in Russland selbst anhebt.

Drittens sehe ich positiv, dass die Nördliche Dimension ausländische Investitionen, die der Entwicklung der Infrastruktur in der Region, insbesondere im Bereich der Kommunikation dienen, anziehen kann.

Ich habe den finnischen Außenminister, Herrn Tuomioja, gestern gefragt, ob er nicht auch den Eindruck habe, dass die Nördliche Dimension trotz allem bis heute nicht viel mehr als eine programmatische Deklaration geblieben ist. Seine Antwort war: "Das mag vorerst so sein, aber wir hoffen, dass diese Initiative tatsächlich realisiert werden wird." Ich möchte aber darauf hinweisen, dass nach der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft von den nördlichen Ländern nur noch Dänemark in der ersten Hälfte von 2002 bleibt. Danach geht der Vorsitz an die südlichen Staaten der EU über, wodurch sich aufgrund von deren Voreingenommenheit gegenüber der Nördlichen Dimension die Situation möglicherweise nicht zum Besseren verändern wird.

Eine abschließende Bemerkung. Die Nördliche Dimension wurde 1997 vom finnischen Premierminister Paavo Lipponen als finnische Initiative verkündet. Ich möchte daran erinnern, dass der finnische Präsident Ahtisaari unmittelbar nach dem Beitritt Finnlands zur EU bei einem Besuch 1995 in St. Petersburg erklärt hat, Finnland sei bereit, eine Initiative "Nördliche Dimension" ins Leben zu rufen, und dabei werde die Zusammenarbeit mit St. Petersburg einen der Schwerpunkte bilden.

Deshalb schlage ich vor, einen Bergedorfer Gesprächskreis in St. Petersburg durchzuführen, der sich speziell dem Thema der Nördlichen Dimension, der Idee einer Annäherung und Einigung der Völker in der Ostseeregion und der Rolle von St. Petersburg widmet. Dieser Gesprächskreis könnte im Jahre 2003 stattfinden, wenn St. Petersburg die Feier seiner Gründung vor 300 Jahren begeht.

Knudsen

Die Frage ist gestellt, ob die Nördliche Dimension ein regionalpolitisches Modell sein kann. Ich verstehe die Nördliche Dimension als eine Regionalpolitik; sie ist kein Modell für irgendetwas sonst. Es handelt sich um eine Regionalpolitik, die aber deutlich mit einem Umsetzungsproblem zu kämpfen hat. Sie ist sehr erfolgreich gewesen, öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen, und in der Hinsicht stellt sie sicherlich ein Modell für andere dar. Sie war insofern erfolgreich, als es ihr gelungen ist, die Aufmerksamkeit der EU auf die Probleme des Nordens der EU und ihre Beziehungen zu ihrem nächsten und wichtigsten Nachbarn, nämlich Russland, zu lenken. Außerdem war sie ein Vehikel, um die Anstrengungen zu konzentrieren und zielorientiertes Planen zu erleichtern. So weit, so gut.

Zugleich stellt sie das Paradox eines politischen Erfolgs dar, weil es letztlich auf den Inhalt ankommt, das heißt, das Ganze mit wirklicher Substanz zu füllen, und das ist das Umsetzungsproblem. Zur gleichen Zeit, als die Nördliche Dimension von der EU akzeptiert wurde, lief bereits eine sehr gute Vereinbarung zwischen Russland und der EU an (das EU-Russland-Abkommen), und ich hatte

erwartet, dass dies das Hauptinstrument für die weitere Entwicklung dieser Politik sein würde. Nun scheint es fast, als gäbe es hier jetzt zwei konkurrierende Institutionen. Zum einen das Abkommen mit Russland und zum anderen das, was im Rahmen der Nördlichen Dimension vonstatten geht.

Ich sehe die Nördliche Dimension als ein Problem der Prioritätensetzung. Angenommen, die vorher bestehenden Prioritäten wären aus guten Gründen gesetzt worden - wozu bedürfte es dann noch der Nördlichen Dimension? Die Annahme dieses Programms kann nur bedeuten, dass die vorherigen Prioritäten entweder falsch waren oder die Prioritätensetzung nicht funktioniert hatte und man deshalb meinte, die Prioritäten neu festsetzen zu müssen. Das wurde bei Timo Summa sehr deutlich, als er vom Fehlen einer Krise sprach. Wenn es keine Krise gibt, bekommt man kein Geld. Ich bin mir nicht sicher, ob das so falsch ist. Bei der Umwelt beispielsweise ist es ein erhebliches Problem, dass diese Krise nicht wahrgenommen wird. Ich kann das verstehen. Aber ich würde sagen, dass es schwierig ist, irgendein neues Problem finanziell anzugehen, solange die Welt irgendwie heil erscheint. Ich meine sogar, der Erfolg der Nördlichen Dimension als politisches Projekt seitens Finnland sollte als eine Warnung dienen, weil er ein Hinweis dafür ist, wie man die vorhandenen Prioritäten umgeht und neue in Angriff nimmt.

Die Umweltkrise ist gegenwärtig lediglich eine lauernde Krise. Solange sie aber nicht wahrgenommen wird, könnte man sagen, es gibt genügend andere Krisen, die stärker in Erscheinung treten. Das heißt, wir haben es mit einer Konkurrenz zwischen bedrohlichen Krisen zu tun. Die bestehenden Prioritäten sowohl in Russland als auch in der Europäischen Union haben jedenfalls nicht dazu geführt, diese unsichtbaren Krisen zum Thema zu machen. Deshalb würde ich davor warnen, das bestehende Prioritätensystem zu umgehen, indem man neue Kanäle für politische Prioritäten schafft. Wenn zu viele andere das nachmachen, wird der politische Prozess in der Union und ihre Beziehungen zu Russland chaotisch werden.

Henningsen

Gegen die Vorstellung, die Nördliche Dimension als Modell zu begreifen, habe ich erhebliche Vorbehalte, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen verbindet sich mit dem Modellbegriff die Vorstellung, die in dieser Region gewonnenen Erfahrungen nunmehr auch andernorts anwenden zu können. Damit verkennt man aber die spezifischen historischen, kulturellen, mentalen und politischen Hintergründe, die man nicht auf andere Regionen übertragen kann.

Zum anderen rangiert der Modellbegriff sehr hoch in der Wertehierarchie. Modell ist immer etwas Positives. Ich habe mich mit dem schwedischen Wohlfahrtsstaat sehr intensiv beschäftigt und bin der Ansicht, dass die rationale Auseinandersetzung mit diesem Thema erheblich dadurch beeinträchtigt wurde, dass stets vom "schwedischen Modell" die Rede war. Obwohl beispielsweise die dänischen Sozialstaatsvorstellungen in den 30er Jahren viel fortschrittlicher gewesen sind als die schwedischen, gilt Schweden als das große Vorbild aufgrund des Modellbegriffs - als Benchmarking sozusagen.

In dem Zusammenhang will ich nur darauf hinweisen, dass es vor allem die skandinavischen Frauen sind, die große Vorbehalte gegenüber der europäischen Integration hegen, weil sie befürchten, dass mit der Mitgliedschaft in der Europäischen Union etwas von dem Modellcharakter des skandinavischen Wohlfahrtsstaates verloren gehen könnte. Sie gehen also nicht davon aus, dass sie nach Europa etwas mitbringen können, sondern dass eher etwas zurückgedreht wird.

Deshalb würde ich vorschlagen, anstelle von Modell einen anderen Begriff zu verwenden, den Helmut Hubel geprägt hat, nämlich: die Ostseeregion als "Laboratorium der Moderne" zu begreifen. In einem Laboratorium wird experimentiert; es kann auch etwas schief gehen; in jedem Fall wird dort gearbeitet. Dabei wird es darauf ankommen, gut durchdachte Vorschläge und Programme auf ihre Durchsetzbarkeit zu überprüfen.

Eine Reihe von Vorschlägen wurde bereits gemacht. Ich denke etwa an die Einrichtung von Observatorien, die dazu dienen sollten, die Integrations- und Regionalisierungsprozesse in den Ländern zu beobachten und zu befördern. Auch das Thema der Gründung einer Ostsee-Universität wurde kurz angesprochen. Für diese Idee gibt es ja Ansätze - all das könnte man im Rahmen eines Laboratoriums sehr gut weiterverfolgen.

Kindsmüller

Herr Summa hat den Satz formuliert: Es braucht eine Krise, um an Geld heranzukommen. Wir alle hier hoffen sicherlich, dass es keine Krise in der Ostseeregion geben wird. Ich denke auch, mit der Erweiterung der Europäischen Union wird es mehr Geld für diese Region geben.

Auf der anderen Seite ist die Frage sicher berechtigt, ob es in fünf oder zehn Jahren überhaupt noch eine Nördliche Dimension und eine Ostseekooperation geben wird. Denn nach der Erweiterung werden 95 Prozent der Ostseeregion EU-Binnenland sein und die Ostsee in der Tat zu einem Binnenmeer werden. Wozu braucht es dann noch eine Nördliche Dimension respektive eine EU-Ostseepolitik?

Ich bin nun der Auffassung, dass dafür einige gewichtige Gründe auch nach der Erweiterung sprechen - vorausgesetzt, dass sich die beteiligten Staaten hier auf etwas Gemeinsames verständigen können.

Zum einen ist die Erweiterung mit der Beschlussfassung nicht abgeschlossen, sondern die Umsetzung des Acquis Communautaire bedeutet, diese Region mit einer entsprechenden Infrastruktur zu versehen, damit gerade die kleinen Mitgliedsstaaten in die Lage versetzt werden, ihr Potenzial zu entwickeln. Dabei geht es nicht nur um den Einsatz von Mitteln aus den EU-Strukturfonds, sondern das setzt eine grenzüberschreitende interregionale Kooperation voraus. Und dafür dürfte die Nördliche Dimension ein sehr guter Ansatz sein.

Zum anderen wird diese Region auch nach der Erweiterung unsere Aufmerksamkeit beanspruchen, um die Stabilität nicht nur in militärischer, sondern vor allem in ökologischer Hinsicht zu gewährleisten.

Des Weiteren möchte ich anknüpfen an das, was Herr Henningsen eben zur Ostseeregion als Laboratorium der Moderne gesagt hat. Das heißt, auch aus europäischer Sicht kann diese Region etwas bewegen - etwa im Blick auf die Wissensgesellschaft -, was die Europäische Union im globalen Wettbewerb insgesamt voranbringt. Das ist dann nicht zuletzt eine Frage der "visibility", nämlich mit Hilfe zukunftsorientierter Projekte deutlich zu machen, dass die Ostseeregion tatsächlich zu einer Lokomotive für die Europäische Union werden kann. Dafür müssen wir insbesondere in dem Bereich der universitären Zusammenarbeit, der Jugendbegegnungen Möglichkeiten schaffen.

Das setzt voraus, in Brüssel zukünftig mit einer Stimme zu sprechen, was heute so nicht der Fall ist. Es mag sein, wie es hier anklang, dass sich Deutschland und Polen derzeit nicht genügend um die Ostseeregion kümmern. Ich bin mir aber keineswegs sicher, dass die neuen Mitgliedsstaaten nach der Erweiterung ihre Priorität darin sehen werden, die Ostseeregion als Ganzes im Auge zu haben, statt nur ihre nationalen Egoismen zu pflegen, dass sie also tatsächlich erkennen, welche Vorteile diese Region ihnen bieten kann. Mit anderen Worten: Inwieweit sind die Beitrittsländer bereit, künftig ihren Beitrag zur Entwicklung der Ostseeregion zu leisten?

Schließlich: Gerade im Zusammenhang mit dem Aktionsplan Nördliche Dimension sind auch Widerstände in der Europäischen Union deutlich geworden, insbesondere aus der Ecke der südeuropäischen Mitgliedsstaaten. Da ist vieles in den Entwürfen stark verwässert worden. Das hat aber seinen Grund nicht zuletzt darin, dass bisher nicht deutlich genug geworden ist: Bei der Nördlichen Dimension geht es nicht um irgendeine regionale Marotte, sondern dies ist ein Projekt, das der Europäischen Union insgesamt zugute kommt, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas angesichts der globalen Herausforderungen zu stärken.

Shedrovitzky

Einige Teilnehmer sind offenbar der Meinung, solange es keine Krise gibt, werde man sich um die Lösung der Probleme nicht ernsthaft bemühen. Die Krisen könnten sogar miteinander konkurrieren, um die entsprechende Aufmerksamkeit auf die Probleme zu lenken. Ich halte dagegen diejenige Krise für die gefährlichste, die man zunächst nicht bemerkt, die sich gewissermaßen ungesehen heranschleicht. Und ich wage zu behaupten, dass bereits Anzeichen einer solchen Krise vorhanden sind.

Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte man den Eindruck gewinnen, die langfristige Entwicklung werde allmählich die Gegensätze abmildern und die armen Länder würden die reichen, was den durchschnittlichen Lebensstandard angeht, nach und nach einholen. Dann erfanden die entwickelten Länder ein neues interessantes Spielzeug, das sie postindustrielle Informationsgesellschaft nannten. Eine Zeit lang erwies sich der Austausch zwischen den entwickelten und den Entwicklungsländern mit postindustriellen Produkten wie Information, Wissen und neuen Technologien als sehr vorteilhaft für die entwickelten Länder.

Jetzt erleben wir eine neue Welle der Industrialisierung im Rahmen der Globalisierung, die mit der primären und sekundären Industrialisierung im 20. Jahrhundert nicht zu vergleichen ist. China, Indien, Lateinamerika, Nordafrika, alle diese Regionen stehen an der Schwelle dieser neuen Entwicklung. Wenn sie die Schwelle überschreiten, sind wir gleichzeitig mit zumindest drei Problemen konfrontiert.

Erstens. Für diesen globalen Entwicklungssprung fehlt es an entsprechenden Infrastrukturen. Dabei geht es nicht nur um Transport-, Energie- und Kommunikationswege, sondern vor allem um moderne Gesellschaftsstrukturen.

Zweitens. Zwischen und innerhalb von Staaten entstehen zunehmend Diskrepanzen. Das heißt, einige Regionen werden schneller wachsen, andere werden zurückbleiben. Davon sind auch die entwickelten Länder nicht ausgenommen.

Drittens. Der Austausch von Rohstoff- und anderen natürlichen Ressourcen sowie der Wissenstransfer müssen konzeptionell überdacht werden. Ungleichgewichte auf diesen Gebieten können dramatische Folgen haben. Ich denke, die Botschaft der Ostseeregion, der Nördlichen Dimension und der EU könnte darin bestehen, eine neue Art der Zusammenarbeit auf den vorgenannten Gebieten, der natürlichen und der menschlichen Ressourcen, zu entwickeln.

Nun kann man der Meinung sein, die Probleme der Arktis, des Polarkreises, des nördlichen Raumes insgesamt - Gebiete, die ein großartiges Reservoir an Naturressourcen für die Zukunft darstellen - können wir fürs Erste vernachlässigen und sie in, sagen wir, 15 bis 20 Jahren anpacken. Aber wäre es nicht geboten, diese Zeit zu nutzen, um uns auf die veränderten Gegebenheiten vorzubereiten, die in 15 bis 20 Jahren die ganze Welt betreffen werden und die ganz andere sein werden als die heute bekannten?

Deshalb bin ich besorgt, wenn hier die Meinung vertreten wurde, man sollte der Nördlichen Dimension im gesamteuropäischen Prozess eine nicht so große Bedeutung beimessen. Ich halte diese Einstellung für kurzfristig. Ich sehe jedenfalls eine ganze Reihe von Projekten, die wir in den nächsten Jahren gemeinsam durchführen, und die später als Beispiele für andere Großregionen der Welt nützlich sein könnten. Denn früher oder später werden wir uns angesichts der Entwicklung ohnehin einer globalen Krise gegenübersehen.

Fursenko

Mein Vorschlag wäre, uns auf die Dinge zu konzentrieren, die erfolgversprechend sind, und nicht über mögliche Krisen zu diskutieren. Das ist weder konstruktiv noch produktiv.

Offenkundig gibt es zumindest einen Bereich, in dem die Länder der Nördlichen Dimension Vorreiter sein könnten. Das ist der Bereich der wirtschaftlichen und technologischen Innovationen. Das heißt, wir sollten uns nicht darauf beschränken, Probleme nur zu analysieren, sondern Herausforderungen als Möglichkeit begreifen, sie als Erste in Angriff zu nehmen. Die Übernahme einer solchen Vorreiterrolle stellt insofern ein Problem dar, als viele Länder, auch Russland, nicht bereit sind, dabei die Führung zu übernehmen. Viele Menschen verstehen, wie wichtig es ist, diese Rolle auszuüben, aber sie wollen nicht vorangehen.

Ich denke, es wäre eine enorm wichtige Aufgabe, den Willen zur Führung wieder zu wecken und an konkreten innovativen Projekten zu erproben. Dabei müssen wir der Wirtschaft freie Hand lassen und ihr die notwendigen Rahmenbedingungen garantieren, damit sie tatsächlich innovativ tätig werden kann. Dazu gehört sowohl die Ausbildung der Menschen als auch die technische und kommunikative Infrastruktur und nicht zuletzt die Schaffung geeigneter Finanzinstrumente.

Wichtig ist zudem, dort zu beginnen, wo nationale Regierung, Geschäftsleute und internationale Organisationen bereits Interesse gezeigt haben. Dazu gehört beispielsweise der Joint-Venture-Bereich, und die russische Regierung wartet darauf, was die EU in dieser Hinsicht anzubieten hat. Vor etwas über einem Jahr hat Präsident Putin eine Verordnung über die Schaffung eines kleinen Fonds unterschrieben, der für die Entwicklung der Joint-Venture-Industrie in Russland sorgen soll. Ich denke, solche Projekte, an denen sowohl die Regionen des jeweiligen Landes als auch einige Staaten der Ostseeregion und der Nördlichen Dimension interessiert sind, müssten von uns ausfindig gemacht werden.

Rahr

Zusammen mit Timo Summa haben wir in den letzten zwei Jahren verschiedene EU-Russland-Foren durchgeführt in Berlin, Moskau und in anderen Städten. Dabei wurde immer wieder deutlich, dass man in Russland zunehmend gerade hinsichtlich der PCA-Aktivitäten frustriert ist. In der Tat wird die PCA-Maschinerie immer größer und der Eindruck bei unseren russischen Gesprächspartnern verstärkt sich, dass die EU Russland hinhält. So wie man es in Russland sieht, will die Europäische Union Russland mit den PCAs lediglich abspeisen, ähnlich wie sie es mit afrikanischen oder lateinamerikanischen Entwicklungsländern hält. Auf diese Weise, so empfindet man es, will man Russland auf Distanz halten und nicht etwa näher an die Europäische Union heranführen.

Möglicherweise ist dies ein gravierendes Missverständnis auf russischer Seite, das sich aber immer häufiger zeigt. Timo Summa hat die Frage gestellt: Mit wem soll man eigentlich in Moskau reden? Die Gegenfrage aus Moskau, aber auch seitens einiger Beitrittsländer lautet: Mit wem soll man eigentlich in Brüssel reden? Ist Herr Solana der richtige Adressat oder der für Außenpolitik zuständige Kommissar Patten oder wer sonst? In der Hinsicht gibt es auch auf unserer Seite gewisse Kompetenzprobleme.

Um welche interessanten Projekte könnte es auf der Basis der PCAs gehen? Wie steht es beispielsweise um die Energieallianz, das wohl größte Projekt, das die Europäische Union mit Russland vorhat und das auf eine Initiative zurückgeht, die Putin und EU-Präsident Prodi verabredet haben? Aber seit dem Stockholmer Gipfel spricht man bei uns nicht mehr von einer Allianz, sondern nur noch von einem Dialog. Das hat möglicherweise damit zu tun, dass sowohl auf amerikanischer als auch auf polnischer Seite und bei etlichen anderen Beitrittsländern gewisse Irritationen entstanden sind und man befürchtet, da werde etwas über die Köpfe anderer entschieden, etwa die Umgehung der Ukraine bei den Pipelines, was dieses Land von den Öltransfers isolieren würde. Wie realistisch ist dieser Dialog? Kann man davon ausgehen, dass die Energieallianz oder der Energiedialog ein wichtiges Element in der Zusammenarbeit zwischen Russland und der Europäischen Union ist?

Ein Thema haben wir bisher nur am Rande erwähnt, an dem Russland außerordentlich interessiert ist in der Zusammenarbeit mit der Europäischen Union: Das ist der Kampf gegen die Drogen aus Afghanistan, die Europa jetzt überschwemmen. Die Taliban finanzieren damit ihre terroristischen Aktivitäten. Weiterhin muss vom bedrohlichen Anstieg der HIV-Rate in einer Reihe von GUS-Ländern gesprochen werden. Auch da könnte die Europäische Union Pilotprojekte ins Auge fassen.

Summa

HIV und Drogenhandel. Wir arbeiten daran. Es ist uns bekannt, dass dies nicht nur Russland betrifft, sondern auch die Nördliche Dimension und besonders Kaliningrad. Wir wissen, dass der Drogenhandel von Mittelasien über den Kaukasus verläuft. Wir betreiben mehrere Projekte dort zusammen mit den Mitgliedsstaaten. Wir sprechen über Justiz und innere Angelegenheiten mit den Zollbehörden, der Polizei und Ministern - also den Schlüsselfiguren. Wir finanzieren und koordinieren die Dinge. Das heißt, wir arbeiten mit der russischen Regierung sehr gut zusammen.

Dann zu Aids, zum Gesundheitswesen. Die Kompetenzen liegen bei den Mitgliedsstaaten. Aber wir unterstützen die Organisation des Gesundheitswesens. Es gibt viele Projekte in Kaliningrad, in St. Petersburg, in Karelrien, und wir helfen der russischen Regierung, diese Probleme zu lösen. Es wird bekanntlich schlimmer. Das gilt auch für Tuberkulose. Deshalb sollten wir den Fonds dafür mehr Mittel zuteilen.

Energie-Partnerschaft: Das ist eine sehr bedeutsame Initiative. Ich würde nicht sagen, dass es die wichtigste und bestimmt nicht die einzige ist, aber es ist eine neue und wir arbeiten daran. Die russische Regierung muss dafür einen sehr konkreten Beitrag leisten. Das betrifft beispielsweise das Abkommen über Produktionsanteile sowie die Steuergesetze und einige andere Gesetze. Die russische Regierung muss hier sehr großen Verpflichtungen nachkommen. Dies ist einer der Gründe, warum Präsident Putin die Duma gebeten hat, einige Gesetze noch vor der Sommerpause auszuarbeiten und zu verabschieden. Es gibt natürlich auch einige Erwartungen auf russischer Seite, insbesondere was die Finanzierung angeht. Die Hauptforderung auf russischer Seite ist, dass die Europäische Union Anleihen der Europäischen Investitionsbank an Russland für den Energiesektor gewähren sollte. Sie sind der Meinung, dass die hundert Millionen Euro, die wir für Umweltprobleme bereitstellen wollen, nicht ausreichen. Sie würden gerne das große Geld aus Europa für den Energiesektor in Russland sehen.

Die zweite Schlüsselfrage auf russischer Seite ist die Zusammenarbeit auf nuklearem Gebiet. Sie meinen damit ganz sicher nicht die Beseitigung des Atommülls. Was sie gern hätten, ist, dass Russland und die Europäische Union auf nuklearem Gebiet bei der Herstellung von Kapazitäten der nächsten Generation zusammenarbeiten. Sie würden auch eine Finanzierung durch die Europäische Union von neuen Reaktoren in Russland gern sehen. Sie wären ebenfalls bereit, solche in unseren Mitgliedsstaaten zu bauen. Außerdem würden sie gern Atomstrom in die Mitgliedsstaaten liefern, was bekanntlich bereits über Finnland nach Skandinavien und über Polen nach Deutschland geschieht. Doch ist das Volumen zurzeit noch sehr begrenzt. Warum wollen sie das? Sie sehen, dass dies der beste Weg ist, um Mittel für die nächste Generation von Atomreaktoren zu bekommen. Sonst wäre das nicht der Fall.

Die russische Regierung ist da sehr präzise gewesen: In den nächsten 25 Jahren wollen sie 20 neue Reaktoren bauen. Das läuft zurzeit; einige davon werden in diesem oder im nächsten Jahr fertig

gestellt. Aber das ist nur möglich, wenn die entsprechenden Mittel zur Verfügung stehen, und eben das ist die große Frage. Das ist bekanntlich politisch ein sehr empfindlicher Punkt bei unseren Mitgliedsstaaten. In einigen Mitgliedsstaaten gibt es grüne Regierungen und es dürfte schwer sein, dass wir den gewünschten Beitrag leisten. Persönlich meine ich, dass wir gut beraten wären, das zu tun, wenn wir die klare Zusicherung bekämen, dass im Falle die Russen einen modernen, sicheren Reaktor entwickeln, sie gleichzeitig oder sogar früher zwei oder drei der risikoreichen Reaktoren abschalten würden, sagen wir, vom Tschernobyl-Typ, aber nicht nur die Tschernobyl-Reaktoren. Aber, wie gesagt, das scheint mir auf unserer Seite sehr schwierig zu sein.

Eine dritte Anfrage seitens der Russen hängt mit der wissenschaftlichen Kooperation zusammen. Ihnen ist sehr bewusst, dass sie eine Menge zu bieten haben, und das ist zugegeben wirklich der Fall. Natürlich würden sie gerne an EU-finanzierten Forschungsprojekten teilnehmen, und ich denke, dass wir genügend flexibel sind, um gute Lösungen für jeden zu finden. Das ist grob gesagt der Diskussionsstand. Die Kommission hat dazu vor ein paar Wochen einen Bericht veröffentlicht. Wir arbeiten an einem neuen Papier, das vor dem nächsten EU-Russland-Gipfel im kommenden Oktober fertig sein sollte. Dies ist in der Tat ein wichtiges Thema, und das wird es für Jahre bleiben. Das ist eine Art von Zwangsehe. Wollen wir das oder nicht?

Der einzige wirkliche Kunde für Russlands Gas wird auf lange Sicht die Europäische Union sein. Aus diesem Grund hat Russland keine Wahl und auch wir haben keine großen Optionen, wenn wir 40 Prozent, möglicherweise 50 Prozent unseres Erdgasverbrauchs in 20, 30 Jahren von Russland beziehen. Deshalb ist es unser gemeinsames Interesse, eine wirkliche Lösung zu finden. Wahrscheinlich müssen wir einen Kompromiss schließen, zu dem beide Seiten beitragen müssen. Ich halte das für sehr wichtig und sehr konkret. Es gibt vier Arbeitsgruppen, ein monatliches Treffen und es werden Ergebnisse erarbeitet. Natürlich müssen dann die Politiker die letzten Entscheidungen treffen, und die russische Duma hat der Unterzeichnung des Energie-Abkommens nicht zugestimmt. Das zeigt nur, dass es auch in Russland nicht so leicht ist.

Zu unserer Seite: Wir wissen, dass die Zusammenarbeit im Bereich der Kernenergie eine politische Entscheidung ist. Das gilt auch in der Hinsicht, ob die Regierungen bereit sind, Russland Hilfe zu gewähren. Das wird auf dem Gipfel im Oktober erörtert werden und dann müssen die Spitzenpolitiker auf unserer Seite dazu bereit sein. Doch mein Eindruck ist, dass viele konkrete Dinge vorankommen und wir zumindest einige dieser Probleme, wenn auch nicht alle, werden lösen können.

Eine Bemerkung zum Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PCA). Das hat sich allmählich entwickelt, weil es sich um einen neuen Mechanismus handelt, der Zeit braucht, um zu funktionieren.

Herr Rahr fragt, wen man in Brüssel ansprechen soll. In der Praxis haben wir derzeit keine Probleme und unsere russischen Kollegen kennen sich gut damit aus. Alle Sicherheitsfragen gehören in die Zuständigkeit von Herrn Solana, die übrigen in die von Christopher Patten. Das gibt keine Probleme, denn die Arbeitsteilung ist im Augenblick eindeutig.

Fagernäs

Zunächst zur Frage, ob die Nördliche Dimension als ein Modell für die Regionalpolitik dienen kann. Ursprünglich war dies ja keine regionale Initiative; es war gedacht als Initiative für die EU-Politik insgesamt. Darin sollte das Interesse der Union in einer veränderten geopolitischen Situation zum Ausdruck kommen. Wir sprechen in diesem Zusammenhang über die zweite Generation der Ostseekooperation, die sich zu einer internen Politik der EU entwickeln wird mit einem externen Element, nämlich der Kooperation mit Russland. Deshalb ist sie ein Modell für die Politik der EU in einer Region, die von strategischem Interesse ist.

Es ist jedoch sehr schwer, das mit der Phare-Kooperation zu vergleichen. Welches Interesse verfolgt die EU dabei? Ich möchte Sie an das Einführungsreferat von Herrn Tuomioja erinnern, der gesagt hat, das wichtigste politische Ziel sei, Russland in die europäische Integration einzubinden. Das wird in einem Gebiet angestrebt, wo die EU und Russland am engsten miteinander verbunden sind.

Herr Olsson erwähnte, ein Grund für diese Politik liege darin, dass sich der Schwerpunkt der Europäischen Union verschoben hat. Das ist sicher richtig. Aber wir würden es auch gern sehen, wenn sich der Schwerpunkt in Russland im Vergleich zu den Zeiten der zentralen Planung in der Sowjetunion verschoben hätte. Es gibt eine deutliche Verschiebung nach Nordwesten, wenn man beispielsweise an die Energie-Exporte und -Transporte denkt.

Was die Felder der Zusammenarbeit angeht, stimme ich besonders mit Herrn Yagya überein, dass es mehr dieser Felder geben müsste als die im Aktionsplan von Feira genannten. Ich bin froh, dass im Kommissionsbericht alle diese Bereiche aufgeführt sind. Und hier stimme ich mit Herrn Summa voll

überein, dass wir diese Dinge vertiefen sollten. Wir wollen sicher keine Krise im Bereich der Kernenergie, aber dort zeichnet sich in der Tat eine Krise ab. Wir haben uns auf die Atommüllbeseitigung konzentriert, und es gibt hier eine Reihe weiterer Probleme. Aber ungeachtet der politischen Schwierigkeiten sollten wir die Frage der Planung und Konstruktion von Kernkraftwerken ansprechen.

Herr Iloniemi hat darauf hingewiesen, dass die europäische Integration als solche einen Aspekt der Regionalisierung darstellt. Die Frage ist, ob es auch in Russland einen solchen Aspekt zur Regionalisierung gibt, dass die Regionen im Nordwesten die Zusammenarbeit mit Westeuropa intensivieren und sich damit in gewisser Weise von Moskau entfernen. Ich stimme zu, dass es in der Hinsicht erste Ergebnisse gibt.

Es hieß hier, bei der Nördlichen Dimension werde viel geredet; es komme aber wenig dabei heraus. Ich denke, die Beteiligung der internationalen Finanzinstitutionen hat gezeigt, dass dieses Konzept attraktiv ist. Der nächste Test wird sein, ob das interessierte Pri-vatkapital sich beteiligen wird. Wir müssen die Situation nutzen. Ich meine, das darf nicht von einzelnen Präsidentschaften und Mitgliedsländern, in diesem Fall sind es die nordischen Mitgliedsstaaten, abhängig sein. Ich bin froh, dass bereits Entscheidungen über das anschließende Prozedere getroffen wurden. Ich füge hinzu, dass dies für Brüssel wichtig wäre, um die Treffen der derzeitigen Ratsarbeitsgruppe in Zukunft bei der Nördlichen Dimension zu organisieren und dabei die sieben Partnerländer vielleicht einmal oder zweimal im Jahr einzubeziehen.

Herr Olsson wies darauf hin, dass die Nördliche Dimension mit der Arbeit der Regionalorganisationen wie dem Ostseerat in Konflikt geraten könnte. Ich denke, da gibt es klare Abgrenzungen und dem ist in gewisser Weise im Aktionsplan zugestimmt worden. Die Rolle des Ostseerats und anderer Organisationen hier besteht darin, in ihren Expertisen die entsprechenden Prioritäten aufzuzeigen. Man sollte nach praktischen Lösungen suchen, um wirtschaftliche Hindernisse und Handelshemmnisse zu vermeiden und zu klären. Außerdem sollten Kontakte zur Basis verbessert und gefördert werden, beispielsweise Kontakte zu den NGOs, zu Industrieverbänden und dergleichen.

Herr Summa erwähnte die Herausforderung und die Probleme der Nördlichen Dimension. Um mehr Mittel zu erhalten, bedarf es auch des Engagements seitens der Partner in der Region, um das Investitionsklima zu verbessern. Natürlich kommt es auch auf die Mittelzuweisungen an. Genauso wichtig ist aber auch, dass die Regierungen garantieren, dass die Projekte realistisch und von nationalem Interesse sind. Die Dinge politisch wahrzunehmen, ist sicher ein Problem. Anfangs glaubten wir - und tun dies immer noch -, dass der Energiesektor politisch einen hohen Stellenwert habe. Ich will dabei nicht in Einzelheiten gehen, denn ich stimme mit Herrn Summa überein. Europa benötigt mehr Erdgas, um seinen Energiebedarf zu decken, und das künftige Erdgas liegt in Nordrussland.

Ich bin mir nicht sicher, ob der Informations- und Kommunikationssektor ein Zukunftsbereich ist. Er ist sicher wichtig, aber für diesen Sektor ist die globale Szenerie sehr viel wichtiger. Ich glaube nicht, dass diese Aktivitäten auf den regionalen Kontext begrenzt werden können. Forschung und sicherlich arktische Forschung ist ein Zukunftsbereich, dem jedoch nur geringe politische Bedeutung zukommt.

Schließlich meinte Herr Summa, die Nördliche Dimension verlasse sich zu sehr auf die Europäische Kommission. Ich denke, die Kommission muss die treibende Kraft sein, wenn es um die EU-Politik geht. Das kann nicht an einzelnen Präsidentschaften hängen. Doch die Voraussetzung für einen Erfolg der Initiative ist in jedem Fall, dass die internationalen Finanzinstitutionen einbezogen werden und dass die Bedingungen für private Investitionen stimmen.

Ignatavicius

Die Diskussion hier hat einige interessante Hinweise ergeben, etwa, dass die Nördliche Dimension ein Instrument des finnischen Imperialismus sei, und: keine Krise, kein Geld. Ich denke, das wird uns für die Zusammenarbeit mit Herrn Kuznetsov hilfreich sein. Ich sehe aber in der Nördlichen Dimension ohne Zweifel ein gutes Übungsfeld für Litauen und gleichermaßen für Russland, und zwar sowohl nach innen wie nach außen.

Bei der Arbeit an den Projekten im Rahmen der Nördlichen Dimension haben wir gesehen, dass es notwendig ist, enge Verbindungen zu unseren regionalen Behörden herzustellen, und die Nördliche Dimension arbeitet in der Tat in dieser Richtung. Moskau sieht die gleiche Notwendigkeit in Bezug auf die russischen Regionen. Außerdem war es nötig, für die Infrastruktur unseres Landes Prioritäten auszuarbeiten, die von regionaler Bedeutung sein werden. Wir denken an mehrere Verkehrs- und Energieprojekte wie zum Beispiel den Energie-Link nach Polen.

Des Weiteren haben wir die Prioritäten für die Zusammenarbeit und für Projekte mit unseren Nachbarländern festgelegt. Das nannte sich "Initiativen des neuen Tages". Es handelt sich dabei um eine Liste von Projekten, die hauptsächlich auf Vorschlägen regionaler Behörden beruht. Das ist so eine Art Einkaufsliste. Ich meine, das war eine sehr gute Einübung für die litauisch-russische Zusammenarbeit. Es war die erste gemeinsame Initiative, die es jemals in den litauisch-russischen Beziehungen gegeben hat. Die meisten dieser Projekte sind noch in der Entwicklung, doch es fehlt ganz offensichtlich an der Finanzierung besonders auf Seiten Kaliningrads. Vor dem Luxemburger Gipfel haben wir auf Anfrage der schwedischen EU-Präsidentschaft zusammen mit dem Stellvertretenden Minister Iwanow eine kürzere Einkaufsliste mit fünf Projekten (Nida II) zusammengestellt; falls es nötig ist, können wir eine weitere erstellen (Nida III).

Jetzt geht es aber um die Umsetzung dieser Projekte. Deshalb umfasst Nida II nur fünf Projekte: Verkehr, ein Umweltprojekt, Aids-Überwachung und Ausbildung von Zoll- und Grenzbeamten. Dies sind die Kernfragen für unsere Länder. Wir haben dieses Projekt ausgeweitet, das jetzt zu einem trilateralen litauischen, russischen und polnischen Gemeinschaftsprojekt werden sollte. Mein Eindruck ist, dass es darum herum eine Vielzahl von Entwicklungen gibt und auch zahlreiche Institutionen, die sich mit den gleichen Projekten befassen: die Europäische Kommission, der Ostseerat, die Konferenz peripherer maritimer Euro-Regionen. Das heißt, überall schweben die gleichen Projekte herum, ohne dass in der Sache eine wirkliche Entwicklung stattfindet.

Die Rolle der internationalen Finanzinstitutionen wurde erwähnt, um Geld für solche Projekte zu erhalten. Es gibt zwei Wege, an Geld heranzukommen. Das eine ist wirtschaftliche Durchführbarkeit, die für die meisten Projekte, etwa im Umweltbereich, nicht gegeben ist. Notwendig ist dann ein entsprechender politischer Wille und die Bestätigung der Europäischen Kommission für Infrastrukturprojekte oder einer anderen Institution, die die Gelder zuteilt. Es fehlt offensichtlich an einer dezentralen Finanzierung für kleinere grenzüberschreitende Projekte auf lokaler Ebene. Der dänische Vorschlag gibt hier eine gewisse Hoffnung.

Ein weiteres Problem besteht in der Koordinierung der vorhandenen Instrumente. Wenn jedes Land die Geldvergabe auf eigene Weise handhabt, dann gibt es jeweils verschiedene Strukturen, unterschiedliche Instrumente, unterschiedliche Verfahren, und selbst innerhalb eines Landes ist es nicht leicht, die Gelder zuzuteilen. Mit anderen Worten, es gibt keine einheitlichen Regelungen der Geldzuweisung für Projekte der Nördlichen Dimension. Und wie können jene Leute kontrolliert werden, die darüber entscheiden, Gelder für bestimmte Projekte freizugeben, insbesondere auf der anderen Seite in Kaliningrad?

Ich habe Herrn Summa gerade auf seine Bemerkungen zu den Projekten angesprochen, die der Europäischen Kommission von den russischen Regionen zugehen könnten. Vielleicht kann er noch ein wenig mehr zu dem Prozedere sagen und welche Kriterien für jene Projekte gelten. Wir verzeichnen einen Mangel an Information und Wissen bei den russischen Regionen, vor allem bei den lokalen Behörden. Polen hat viel Erfahrung und Möglichkeiten, Leute in Kleinstädten auszubilden und zu unterstützen, um solche Projekte vorzubereiten. Was wäre also der richtige Weg und wie sehen die Finanzierungsmöglichkeiten aus?

Eine letzte Bemerkung zur möglichen Einbeziehung Russlands auch in Projekte der Nördlichen Dimension, weil das bei manchen Projekten, an denen wir arbeiten, miteinander verknüpft ist. Ich meine, wir sollten überlegen, Russland zumindest auf regionaler Ebene einzubinden. Denn wenn wir Russland ausschließen, strafen wir weder die Regierung noch den Präsidenten, sondern die Menschen, die etwas dazu beitragen könnten, wenn sie an jenen Projekten beteiligt werden.

Skalski

Bei der Bemerkung: Solange keine Krise besteht, gibt es auch kein Geld, habe ich an das russische Sprichwort gedacht: Bevor der Donner nicht grollt, bekreuzigt sich der Muschik nicht.

Wenn es eine Krise gibt, bezieht sie sich wahrscheinlich auf die Nördliche Dimension. Darüber reden wir nun schon seit zwei Tagen, aber für mich ist der Begriff "Nördliche Dimension" immer noch verschwommen. Offenbar ist das weitgehend nur eine Idee. Positiv daran ist der Aspekt der Zusammenarbeit zwischen den skandinavischen Ländern auf der Grundlage des Nordischen Rates. Herr Haarder hat die Mängel und die verpassten Möglichkeiten angesprochen, während Herr Iloniemi und Herr Tuomioja auf die großen Errungenschaften des Nordischen Rates hingewiesen haben, die für die gesamte Nördliche Dimension und später vielleicht auch für andere europäische Regionen, etwa dem Mittelmeerraum und anderen, als positives Beispiel dienen könnten.

Mir ist die skandinavische Kooperation seit langem bekannt. Ich habe 1967 ein Jahr in Dänemark gelebt und alle skandinavischen Staaten bereist. Ich war begeistert von der Tätigkeit des Nordischen Rates, vor allem davon, was diese Zusammenarbeit für die einfachen Menschen gebracht hat. Es ging dabei weniger um irgendwelche Rechte, sondern um konkrete Vorteile für die Menschen, etwa Niederlassungsfreiheit innerhalb dieser Gemeinschaft oder in dem Land zu arbeiten, wo man wollte und auch überall Eigentum zu erwerben. Das Gleiche geschieht im Rahmen der europäischen Integration. Und wenn Staaten, die weder skandinavisch sind noch bisher der EU angehören, in Zukunft diese Vorteile in Anspruch nehmen können, ist das nur positiv zu bewerten.

Was mich bei dem Bezug auf Skandinavien beunruhigt, ist folgender Zusammenhang: Herr Thönnies erwähnte zu Recht, dass Länder wie Schweden, Dänemark und Deutschland - das nicht zu Skandinavien gehört - sehr hohe soziale Standards und einen hohen Lebensstandard aufweisen, was sich nicht zuletzt an der hohen Lebenserwartung zeigt. Die neuen Demokratien, die sich gerade vom Kommunismus befreit haben, betreiben jetzt eine liberale Wirtschaftspolitik. Diese Länder sind arm, die Menschen leben schlecht und ihre Lebenserwartung ist kurz. Nun meinen viele, daran sei die liberale Politik schuld. Ich weiß nicht einmal, ob diese Politik wirklich liberal ist. Für Polen jedenfalls trifft das schwerlich zu. Und selbst wenn man eine liberale Politik betreiben möchte, ist man gezwungen, die sozialen Komponenten nicht zu vernachlässigen. Die geringe Lebenserwartung und der niedrige Lebensstandard haben ihre Ursache vor allem in der kommunistischen Vergangenheit, in der zentralen Planwirtschaft, und das braucht Jahre, bis dies überwunden ist.

Aber statt über verschiedene soziale Lösungen zu streiten, sollten wir besser von den skandinavischen Ländern lernen, wie man die Zusammenarbeit in der Nördlichen Dimension aktiviert. Das heißt, regionale Politik im Ostseeraum kann nicht darin bestehen, nach einvernehmlichen sozialen Lösungen zu suchen. Das wäre ein zu weit gestecktes Ziel. Ein Sprichwort sagt: "Wer zu viel umarmt, greift nur wenig." Deshalb sollten wir uns zunächst auf die Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen konzentrieren und erst zu einem späteren Zeitpunkt zu den sozialen Fragen übergehen.

Thönnies

Bei dem Thema, ob die "Nördliche Dimension" ein Modell für andere Regionen sein könnte, sollten wir jene regionalen Kooperationsprojekte nicht vergessen, die in der Ostseeregion selbst bereits laufen - beispielsweise zwischen Schleswig-Holstein, Dänemark und Schweden in der Öresund-Region. In dieser Region mit acht Millionen Menschen geht es weniger darum, die jeweils eigenen Vorteile im Auge zu haben, sondern gemeinsam Stärken und Schwächen auszugleichen zum Nutzen aller Beteiligten. Dabei spielen in der Tat die erwähnten Bereiche eine Rolle wie die Entwicklung der New Economy oder die Lerngesellschaft, die Erhöhung der Mobilität und der Schutz der Umwelt.

In der Öresund-Region wird in einem überschaubaren Gebiet etwas geleistet, was für die Konkretisierung und Umsetzung der Idee Nördliche Dimension ungeheuer wichtig ist. Hier werden Vertreter von Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften, Verwaltungen und Nichtregierungsorganisationen aus der Region an den jeweiligen Projekten beteiligt. Solche gemeinsamen Ansätze, die für die Menschen direkt erfahrbar sind, haben mehr Erfolg, als erst eine Krise abzuwarten und darauf zu hoffen, dass sich dann etwas tut.

Was ich anregen möchte, ist, Vertreter aus Regionen zwischen der EU und Russland als Beobachter zu bereits laufenden Projekten hinzuzuziehen, damit sie miterleben können, wie die Kooperation zum Beispiel mit Brüssel läuft und wie die Zusammenarbeit in der Region untereinander funktioniert, um die vorhandenen Potenziale gemeinsam zu nutzen - zum Vorteil aller Beteiligten. Jedenfalls scheint mir die Kooperationsfähigkeit eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Konkurrenzfähigkeit zu sein. Die verschiedenen Regionen in Europa stehen hier auch im Wettbewerb miteinander. Deshalb wird es sehr wichtig sein, in der nördlichen Region ein Netzwerk von Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften, Verbänden und kulturellen Akteuren zu schaffen.

Dabei werden zwar auch das Internet, die modernen Kommunikationsmöglichkeiten überhaupt, eine große Rolle spielen. Dennoch behält die persönliche Begegnung der Menschen ihre Bedeutung auch in der Informationsgesellschaft. Dazu gehört im Übrigen ebenso die Verkehrsinfrastruktur für den Transport von Waren und Dienstleistungen in der Region.

Herr Kindsmüller hat nach der Ausgestaltung dieses Prozesses gefragt. Versuchen die Mitglieder in einer Region jeder für sich etwas in Brüssel zu erreichen, oder tun wir uns zusammen und formulieren unsere gemeinsamen Interessen, um unsere Stärken zu bündeln und unsere Schwächen auszugleichen? Nirgendwo sonst sind die Unterschiede der beteiligten Länder so groß wie in der Ostseeregion. Dabei denke ich zum Beispiel an Kaliningrad auf der einen und die EU-Mitgliedsstaaten

auf der anderen Seite. Das Wohlstandsgefälle ist ungeheuer, und die daraus resultierenden sozialen Spannungen lassen sich nur abbauen, wenn man in der Region wirksam zusammenarbeitet und den Menschen eine Zukunftsperspektive bietet.

Natürlich müssen wir auch die unterschiedlichen Wertvorstellungen berücksichtigen, Herr Skalski, die beispielsweise in den sozialstaatlichen Zielsetzungen einzelner Länder bestehen. Und wenn ich an bestimmte marktliberale Entwicklungen denke, dann muss schon die Frage erlaubt sein, ob es auch so etwas wie eine unternehmerische Verantwortung für das Ganze und nicht nur für den Profit des eigenen Unternehmens gibt. In unserem Zusammenhang würde dazu die gesellschaftliche Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region gehören. Wenn alle Marktwirtschaft nur dahingehend verstehen, den eigenen Vorteil im Blick zu haben, dann wird es kaum gelingen, die regionale Entwicklung in der Nördlichen Dimension erfolgreich zu verwirklichen.

Dafür gilt es gerade junge Menschen zu begeistern. Deshalb unterstütze ich die Anregung von Herrn Henningsen, konkrete Schritte zur Bildung einer Ostseeuniversität zu unternehmen. Des Weiteren sollte man fortentwickeln, was Schweden, Finnland und Deutschland mit der Finanzierung eines Baltic Youth Secretariat for Youth Affairs in Kiel begonnen haben. Hier könnte eine Erweiterung zu einer Ostsee-Jugendstiftung erfolgen, damit junge Menschen sich begegnen, unterschiedliche Lebenssituationen wahrnehmen und Akzeptanz und Toleranz einüben können. Es wäre schön, wenn eine Einrichtung wie die Körber-Stiftung sich bereit fände, die Erstellung einer Machbarkeitsstudie für die Schaffung einer solchen Jugendstiftung zu unterstützen. Denn die offiziellen Stellen tun sich offensichtlich schwer, in der Sache voranzukommen.

Stalvant

Es stimmt, dass Repräsentanten der EU den Anspruch haben, eine großräumige Regionalpolitik zu entwickeln, aber keine Region. Von daher könnte die Nördliche Dimension Vorläufer einer Regionalpolitik für eine der strategischen Umwelten der EU sein.

Was die Frage der Prioritäten im Norden und die Bewertung des Mehrwerts in der Nördlichen Dimension angeht, so hat Herr Knudsen ein sehr gutes Argument gebraucht. Vielleicht ist hier ein neuer kostspieliger Rahmen für Prioritäten erfunden worden, der bereits zuvor schon sehr gut etabliert war. Wenn man das tut, mag man zu dem gelangen, was man Zero-Politik genannt hat und was nicht zu irgendwelchen neuen Leistungen führt. Es sind jedoch eine Reihe von Maßnahmen ergriffen worden, die der Zusammenarbeit neue Mittel und mehr Zusammenhalt verleihen sollten. Vielleicht schaffen sie einen besseren Überblick und ermöglichen eine Koordination der separaten Prioritäten, die in den fünf unterschiedlichen subregionalen Formen gefördert wurden - mit allen ihren funktionalen und geografischen Überschneidungen. Deshalb dürfte nunmehr die Phase der Umsetzung ganz entscheidend sein.

Es gibt zwei schlichte Bedingungen, um festzustellen, ob ein Mehrwert geschaffen wurde. Die eine ist, dass die Europäische Union einer Nicht-EU-Institution oder -Körperschaft eine eindeutige Rolle bei der Implementation zuspricht. Das wäre ein kühner Schritt und überdies gut für die Infrastruktur aller subregionalen Netzwerke und Organisationen. Die zweite Bedingung ist die Wahrnehmbarkeit. Die Schaffung und dauerhafte Präsenz einer "Koalition der interessierten Parteien der Nördlichen Dimension" in den Brüsseler Korridoren erscheint wünschenswert, unabhängig davon, wie sie organisiert ist und wie unterschiedlich ihre Beziehungen zu ihren heimischen Wählerschaften sein mögen. Ein solcher Schritt wäre nötig, wenn die Nördliche Dimension verschiedene Präsidenschaften überleben will.

Eine letzte Bemerkung zu Herrn Kindsmüller. Man sollte sich nicht so sehr über die Aussichten der Nördlichen Dimension oder der Ostseekooperation in der Zukunft sorgen. Wenn es nicht zu einem Ausbruch des irischen Fiebers oder einer ähnlichen Krankheit unter den gegenwärtigen Mitgliedsstaaten der EU kommt, dann wird die Union mit 25 oder 27 Mitgliedern ein ganz anderes Wesen sein als das, was wir jetzt kennen. Ob man es dann eine Konföderation oder Föderation oder eine Föderation von Nationalstaaten nennt oder ein viertes Wort dafür wählt, Tatsache ist, dass dieses Gebilde überfrachtet sein wird. Es wird notwendig sein, sehr vieles bei diesem Prozess zu dezentralisieren. Das gilt sowohl für die Entwicklung als auch für die Umsetzung dieser Politik. Man könnte sagen, dass wir in der Hinsicht bereits einiges Positives bewirkt und Nutzen aus einer länderübergreifenden Organisation im Norden Europas gezogen haben, die sogar noch wertvoller werden wird.

Heimsoeth

Kann die Nördliche Dimension ein Modell für andere Regionen sein? Unsere Diskussion hat deutlich gemacht, dass sie modellhaft wirken kann, aber sicherlich kein Modell ist. Ich möchte fünf Punkte nennen, die ich als Voraussetzung sehe, wenn die Nördliche Dimension zu einem Modell werden soll.

Erstens stimme ich Herrn Summa zu, dass wir eine stärkere Konzentration der Regionalorganisationen brauchen. CBSS, BEAC, BSSSC, UBC, Nordischer Rat und so weiter; da finden sehr viele Überschneidungen statt, und diese Vielfalt ist in Brüssel nicht zu vermitteln. Deshalb läge eine Konzentration im Interesse der Region mit einer entsprechenden stärkeren Legitimierung der einzelnen Gremien.

Zweitens. Die Nördliche Dimension umfasst im Grunde den gleichen geografischen Raum wie der Ostseerat. Deshalb würde ich eine stärkere Anbindung des Ostseerates an die Europäische Union für sinnvoll halten. Die Europäische Kommission hat sich ja im vergangenen halben Jahr sehr bemüht, etwas für die Nördliche Dimension zu tun. Es erwies sich aber als schwierig, da die Kommission weniger regional, sondern mehr sektoral arbeitet. Sobald die schwedische Präsidentschaft in der EU zu Ende ist, die sich sehr bemüht hat, die Dinge zusammenzubinden, sehe ich die Gefahr, dass das Ganze wieder auseinander fällt. Da reichen die Kontakte zur Task-Force Organized Crime, zu BASREC und dergleichen nicht aus. Eine strategische Partnerschaft der EU mit dem Ostseerat müsste sich auch auf der politischen Ebene zur Umsetzung der Nördlichen Dimension etablieren.

Drittens. Ich denke, nicht nur die Mitgliedsstaaten, sondern auch die Europäische Kommission müssten deutlich machen, was in ihren Augen sinnvoll und machbar ist. Es wird auch von den Beitrittskandidaten erwartet, dass sich die Kommission da stärker engagiert.

Viertens. Herr Fagnäs hat darauf hingewiesen, das wichtigste Ziel der Nördlichen Dimension sei, Russland in die EU-Politik einzubinden. Es wird immer deutlicher, dass die EU als Rahmen für die gesamte Region zunehmend wichtiger wird. Der Ostseerat bietet den Vorteil, dass Russland dort als gleichberechtigter Partner mit am Tisch sitzt. Deshalb sollte Russland aktiv auch bei der Umsetzung der Nördlichen Dimension mitarbeiten.

Fünftens. Der wichtigste Punkt dürfte die Frage der Ressourcen sein. Herr Summa hat die bescheidene finanzielle Ausstattung dargelegt. Es wurde der dänische Vorschlag zur Bildung eines subregionalen Fonds angesprochen. Aber das sind für drei Jahre gerade einmal drei Millionen Euro, die man dafür einwerben will. Damit wird man die Probleme der Region nicht lösen können. Und auch auf deutscher Seite fragt man sich gelegentlich, ob es Sinn macht, neben den EU-Strukturfonds jetzt noch weitere Fonds zu gründen. Wir sind der Meinung, man sollte zunächst alles tun, um die Möglichkeiten der EU voll zu nutzen.

Ein Stichwort in diesem Zusammenhang lautet Interoperabilität. Dazu haben wir zusammen mit den nördlichen Bundesländern einige Vorschläge erarbeitet, die von der Kommission teilweise sehr positiv aufgenommen wurden. Persönlich meine ich aber, dass der Erfolg der Nördlichen Dimension entscheidend davon abhängt, dass es dafür einen entsprechenden Finanztopf bei der EU selbst gibt, damit die Projekte, die in diesem Rahmen entwickelt werden, auch mit dieser "Trademark" in Verbindung gebracht werden. Das müssen nicht unbedingt zusätzliche Mittel sein - so sehr ich das wünschen würde -, aber es muss für die regionalen Projekte in der Region einen eigenen Topf geben, der aus Tacis, aus Phare-CBC oder Interreg mit gespeist werden könnte. Ein entsprechendes politisches Konzept würde jedenfalls der Nördlichen Dimension auf die Dauer zum Erfolg verhelfen können.

Olsson

Einige Bemerkungen zu Herrn Fagnäs. In der Tat ist eine Kräfteverschiebung in Russland von entscheidender Bedeutung. In der Hinsicht ist festzustellen, dass es - ich würde nicht sagen: widersprüchliche, aber doch sehr unterschiedliche Signale zu verschiedenen Zeiten gegeben hat. Wir haben eine Phase durchlaufen, in der das übergeordnete Ziel von Herrn Putin in der Stärkung der "Vertikalen" bestand, wie er es nannte. Das konnte als ein Versuch Moskaus verstanden werden, die Entwicklung in den Regionen besser in den Griff zu bekommen. Auf der anderen Seite haben wir zum Beispiel von Außenminister Iwanow beim Ministertreffen in Murmansk im Barentsseerat vernommen, dass er den Regionen gegenüber äußerst positiv eingestellt war und die Regionen Nordwestrusslands ermuntert hat, sich aktiver bei direkten Kontakten mit ihren westlichen Partnern zu verhalten. Hoffen wir, dass sich die zweite Auffassung durchsetzen wird.

Ich glaube indes nicht, dass es einen Konflikt zwischen der Nördlichen Dimension und dem Ostseerat gibt. Aber das Problem ist: Wie kann die EU eine Nicht-EU-Körperschaft zur Implementation eines EU-Aktionsplans einsetzen? Das ist besonders dann die Frage, wenn diese Idee bei einigen

Mitgliedsstaaten umstritten ist. Gleiches gilt für den Vorschlag, den Sie in Bezug auf die Nachfolgetreffen und die Arbeitsgruppen des Ostseerates gemacht haben - 15 plus sieben. Schweden als Präsidentschaft hat eindeutig nichts dagegen, ganz im Gegenteil. Doch dies ist ein Beispiel dafür, wie Dinge durch andere Interessen verwässert werden können.

Schließlich eine allgemeine Bemerkung als Antwort auf verschiedene Äußerungen hier, dass die Ostsee zu einem EU-Binnenmeer wird. Was geschieht, wenn acht der neun Küstenländer dieser Region EU-Mitglieder sind? Diese Frage wird sich früher oder später stellen. Darüber könnten wir unter verschiedenen Gesichtspunkten diskutieren. Man könnte beispielsweise mit der Initiative der Nördlichen Dimension beginnen. Jemand sprach hier von einer zweiten Generation der Ostseekooperation. Man könnte auch mit der ersten Generation beginnen, also mit den regionalen Körperschaften. Denn angesichts der Veränderungen, die in der Region stattfinden, bedarf es sicher einer gewissen Abstimmung in der Region. Wie ich in meiner Einleitung ausführte: Vielleicht wird dies zu einer Nördlichen Dimension führen, die sich mehr in Gebiete verschiebt, wo es zumindest zwei Nicht-EU-Mitgliedsstaaten gibt, Russland und Norwegen - und wir werden dann in Europa noch weiter im Norden enden.

Summa

Ich sehe in der Nördlichen Dimension einen sehr engagierten politischen Dialog, der klare Prioritäten setzt. Sie bedeutet ein erweitertes Netzwerk und eine Ausweitung der Investitionen in der Region. Natürlich bedarf es vieler Projekte, um dieses Ziel zu erreichen.

Herr Yagya sagte, dass die Mittel äußerst begrenzt und deshalb auch die Ergebnisse entsprechend gering seien. Ich frage Sie: Was erwarten Sie? Wir arbeiten an diesem Konzept seit höchstens drei oder vier Jahren, wahrscheinlich sind es nur zwei oder drei Jahre. Wenn wir in dieser Zeit klare Prioritäten vorweisen können, so ist das schon einmal ein Ergebnis. Nehmen wir den Aktionsplan, dann können Sie sehen, dass wir klare Prioritäten haben und wirklich danach handeln. Wir haben die doppelte Anzahl von Projekten abgeschlossen oder in der Abwicklung als noch vor drei Jahren. Zusätzlich machen die internationalen Finanzinstitutionen eine ganze Menge. Wir können also bereits Ergebnisse vorweisen. Ich verstehe nicht, warum Sie das als "sehr begrenzt" bezeichnen. Natürlich möchte jeder weit mehr Resultate sehen, aber ich denke, wir müssen auf eine mittlere Sicht hinarbeiten.

Dann sagten Sie, die Nördliche Dimension sei lediglich eine Absichtserklärung, die in Zukunft in die Tat umgesetzt werden sollte. Damit stimme ich nun ganz und gar nicht überein. Wir haben mit der Umsetzung bereits begonnen, und wir hoffen natürlich, in Zukunft noch mehr tun zu können. Das heißt, wir setzen heute schon um und warten nicht ab. Es stimmt keineswegs, dass wir die Nördliche Dimension als etwas betrachten, das erst 2005 oder 2006 verwirklicht wird. Das tun wir hier und jetzt. Das gilt zumindest, wenn wir den Beitrag der EU und der internationalen Finanzinstitutionen nehmen.

Herr Knudsen sagte, es bedürfe politischer Prioritäten. Offensichtlich meinen Sie, wir hätten ein inhaltliches Problem. Ich denke, das haben wir nicht. Im Aktionsplan sind die Prioritäten und die Inhalte beschrieben und wird deutlich, was die Nördliche Dimension sein soll. In diesem 45-Seiten-Bericht ist die Substanz ganz konkret dargestellt. Gewiss müssen wir in Zukunft für neue Ideen und neue Inhalte arbeiten. Da stimme ich voll zu. Doch für den Anfang ist es nicht schlecht.

Die Idee von Herrn Henningsen, die Nördliche Dimension als Laboratorium zu verstehen, finde ich ausgesprochen gut. Das genau ist es, was wir tun. Auch mit der Ostsee-Universität und den anderen Vorschlägen stimme ich voll überein. Auf diesem Wege lassen sich Netzwerke aufbauen und kann man für junge Menschen und für die Zukunft etwas tun.

Herr Kindsmüller verwies darauf, dass man in Brüssel mit einer Stimme sprechen sollte. Das ist in der Tat äußerst wichtig, und es ist teilweise bereits der Fall. Bei den Ministertreffen werden viele Dokumente dafür vorbereitet, die als Grundlage für unsere Planung dienen, ob es sich dabei nun um Phare oder Tacis handelt.

Herr Fursenko betonte die Bedeutung von Innovationen und von Pionierleistungen. Das ist ein wirkliches Problem bei der Nördlichen Dimension. Wir müssen weit mehr die zukunftsgerichteten Inhalte betonen und uns weniger an der Vergangenheit orientieren. Aber wir müssen mit den Problemen des Atommülls, des Abwassers und auch einigen anderen Problemen fertig werden, die wir nicht einfach vernachlässigen dürfen.

Herr Ignatavicius sprach die Nida-Initiative an. Ich sehe darin ein äußerst gutes Beispiel dafür, was man auf der politischen Ebene tun kann. Wie Sie gesagt haben: Es war das erste Mal, dass die

litauische Regierung zusammen mit den Russen einen konkreten Vorschlag entwickelt hat, an dem sich die Europäische Union beteiligen kann. Das ist genau das, was wir in der Region brauchen.

Ein Wort zur Information. Sie erwähnten, dass wir gerade ein neues Büro in Kaliningrad eröffnet haben. Das ist ein guter Weg, mehr Informationen zu bekommen und Menschen sehr konkret zu helfen, die an unseren Programmen teilnehmen wollen.

Noch eine kurze Bemerkung zum Belarus-Programm und zu dem, was wir bereits in Weißrussland tun. Die Mitgliedsstaaten erwarten von der Union, dass sie hier sehr behutsam vorgeht. So wurde das mit den Mitgliedsstaaten und im Ministerrat besprochen. Wir tun zurzeit zwei Dinge: Wir arbeiten zum einen an den Grenzproblemen und zum anderen mit den NGOs. Dafür stehen fünf Millionen Euro zur Verfügung, was ausreichen dürfte. Für die Grenzen tun wir, was wir tun können. Bei den Grenzen meine ich vor allem die Grenzübergänge: Beim Schienen- oder Straßenverkehr finanzieren wir die Grenzstationen auf beiden Seiten. Auf litauischer Seite beispielsweise wird dies aus dem Phare-Haushalt finanziert, auf weißrussischer Seite aus dem Tacis-Programm. Wir können das gleichzeitig tun. Wir können natürlich auch die Leute ausbilden und Computer und dergleichen liefern.

Herr Skalski fragte: Was ist Nördliche Dimension? Noch einmal: Mich erstaunt diese Frage. Der Aktionsplan gibt darauf eine klare Antwort. Wir müssen erörtern, was sie in Zukunft sein soll, aber wir wissen recht genau, was sie heute ist.

Herr Thönnies fragte, was wir ohne Krisen tun können. Als ich mich auf Krisen bezog, meinte ich speziell die Zuteilung des gesamten Haushalts. Ich verwies darauf, dass die Finanzierung der Nördlichen Dimension einschließlich Phare und Tacis unter den Zahlungen an die Balkanstaaten gelitten hat. Doch die reduzierten Mittel haben wir so effizient wie irgend möglich eingesetzt. Wir können jedenfalls frei darüber entscheiden, wie wir die Mittel verwenden wollen: für Umwelt, Bildung, Energieeffizienz, NGOs, das Gesundheitswesen, Transport, was auch immer. Das Problem ist der Umfang der Mittel; danach ist alles nur eine Frage des guten Managements.

Mit Herrn Heimsoeth stimme ich darin überein, dass die Verbindung zwischen dem Ostseerat und der EU enger sein könnte. Während der deutschen Präsidentschaft im Ostseerat war sie ausgesprochen gut, aber wir müssen im Auge haben, wie sie weiter verbessert werden kann. Ich bin auch der Auffassung, dass wir mittelfristig auf die Budgetlinie zurückkommen müssen. Ohne eine klare EU-Budgetlinie ist man in einer schwachen Position. Dies ist heute in der Tat der Fall. Ich denke aber, das ist nur eine Frage der Zeit. Die Dinge sind im Fluss, so wie sie bereits mehrfach in Brüssel erörtert worden sind. Vieles liegt auch in den Händen des Europäischen Parlaments. Meine Vermutung ist, dass wir früher oder später eine Budgetlinie haben werden. Das könnte der Fall sein, wenn wir den nächsten Haushaltsrahmen für die Europäische Union beraten oder schon vorher, aber es wird kommen. In der Zwischenzeit müssen wir die Mittel, die verfügbar sind, nutzen.

Iloniemi

Wir kommen zum Ende unserer Tagung. Vor einigen Jahren war der Ex-Vizepräsident der Vereinigten Staaten, Walter Mondale, hier in Helsinki. Auf die Frage eines Journalisten zum Balkan sagte er, der Balkan hätte zu viel Geschichte, mehr Geschichte, als er vertragen könne. Auch im Ostseeraum haben wir einiges an Geschichte, aber wir haben offenbar gelernt, damit umzugehen. Wir sehen darin mehr eine Stärke als eine Schwäche. Diese ganze Konferenz ist dafür aus meiner Sicht ein gutes Beispiel: Wir sehen unsere Vergangenheit positiv, auch wenn sie nicht immer so glücklich war. Doch ich übertreibe nicht, wenn ich aus finnischer Sicht sage: Wir hatten nie zuvor solche guten Beziehungen mit Ostseestaaten wie heutzutage. Darauf können wir zuversichtlich aufbauen.

Die Körber-Stiftung hat eine hervorragende Initiative geleistet, indem sie diese Gruppe hierher eingeladen hat, um über die Dinge zu reden. Ich würde gern - und bin mir sicher, im Namen aller Teilnehmer zu sprechen - unseren Dank an die Körber-Stiftung zum Ausdruck bringen, dieses Treffen organisiert zu haben. Wir sind gut empfangen und ausgezeichnet behandelt worden. Schließlich möchte ich unseren Dank Herrn von Weizsäcker gegenüber zum Ausdruck bringen, dessen Teilnahme und Anwesenheit unserem Treffen Glanz verliehen hat.

Weizsäcker

Mein Dank gilt zunächst unserem Gastgeberland. Ich will es einmal deutlich sagen: Seit Finnland - und auch Schweden - Mitglied der Europäischen Union sind, hat sich die Atmosphäre spürbar verbessert. Die jetzt zu Ende gehende schwedische Präsidentschaft hat die Stimme der Europäer innerhalb und außerhalb unseres Kontinents zweifellos vernehmbar werden lassen, und Finnland ist - Herr Iloniemi wies eben darauf hin - mit seiner schwierigen Geschichte, die es mit großem Mut

bewältigt hat, beispielhaft in Europa, vor allem auch für die Länder der Ostseeregion. Das gilt nicht zuletzt für Ihren Umgang mit Ihrem großen Nachbarn Russland, mit dem das Land die längste Grenze in Europa teilt. Ich denke, von Ihren Erfahrungen können wir alle immer wieder von neuem lernen.

Finnland ist auch insofern ein bemerkenswertes Mitgliedsland der Europäischen Union, als es mit seinen Erfahrungen genau das einbringt, was wir alle in Europa dringend benötigen: politische Vernunft und Augenmaß. Auch deshalb freue ich mich, dass wir diesen Gesprächskreis in Helsinki durchführen konnten.

In der Diskussion ist gelegentlich angeklungen, dass die Nord-Süd-Beziehungen in Europa neben den Ost-West-Beziehungen im Ostseeraum eher ein wenig kritisch gesehen werden. Für uns Deutsche, die wir aus auch historisch einsichtigen Gründen die Ost-West-Beziehungen präferieren, ist es indes wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Nord-Süd-Beziehungen deshalb für Europa nicht weniger bedeutsam sind. Aber dass Russen und Deutsche gerade auch im Ostseeraum miteinander in Kontakt kommen können, das hat dieses Treffen einmal mehr unterstrichen - ohne dass wir dadurch bei anderen sofort wieder Rapallo-Verdächtigungen auslösen. Ich denke, dass wir über unsere Begegnungen im Ostseeraum manches lernen und bewegen können, was nicht nur Russland und Deutschland, sondern letztlich allen anderen Ostseeanrainerstaaten und darüber hinaus Europa als Ganzem zugute kommt.

Der Begriff "Modell-Region", der bereits im Titel unseres Gesprächs auftaucht, ist vielleicht ein wenig hochgegriffen. Die Ostseeregion als Beispiel zur Nachahmung für andere Regionen in Europa zu verstehen, würde verkennen, dass jede Region ihre eigenen Probleme aufweist, die unterschiedliche Lösungen erfordern. Wenn gelegentlich von gelungener "Baltisierung" im Gegensatz zur konfliktbeladenen "Balkanisierung" die Rede war, zeigt dies nur, dass die Verhältnisse hier wie dort schwer vergleichbar sind.

Was jedoch im Ostseeraum besonders eindrucksvoll erscheint, ist, dass hier ein Bewusstsein für die natürlichen Gegebenheiten vorhanden ist, das für das gedeihliche Leben der Menschen unerlässlich ist. Nirgendwo anders in Europa und in der Welt wird der Erhaltung von Natur und Umwelt so große Aufmerksamkeit gewidmet wie in dieser nördlichen Region; nirgendwo sonst zeigt sich auch eine Hilfsbereitschaft für Menschen, die in Not sind, wie gerade in den Ländern rund um die Ostsee. Insofern kann man vielleicht doch von einer Modellregion sprechen.

Herrn Itoniemi möchte ich unseren besonderen Dank aussprechen. Er hat uns mit Klugheit und Besonnenheit über die Untiefen der Diskussion hinweggeführt und ein konstruktives Gespräch zwischen den sehr unterschiedlichen Standpunkten und Interessen der Teilnehmer an diesem Tisch ermöglicht.